

n Dienstag
l der
immer kom

Dienstag, 10. Juni 1986 - D * * *

Anal Springer Verlag AG, Postf. 10 08 94, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtig: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenabteilung (02 28) 540 / 10 16 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 247-1 - Faksimile an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 132 - 24. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr., Frankreich 7,00 F., Gr.-britannien 150 Dr., Großbritanien 65 p.
Italien 1500 L., Jugoslawien 560,00 Din., Luxemburg 28,00 Fr., Niederlande 2,20 fl.
Norwegen 8,50 skr., Österreich 14 Sch., Portugal 150 Esc., Schweden 8,00 skr.
Schweiz 2,20 sfr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 165 Ptas., Türkei 250 Y.



Duell der ehemaligen Nationalspieler

Früher haben sie gemeinsam in der deutschen Nationalmannschaft gespielt, am Freitag wartet alles gespannt auf das Duell der Mannschaften von Sepp Piontek und Franz Beckenbauer. Piontek stapelt tief: „Wir können ein Unentschieden schaffen.“ Beckenbauer optimistisch: „Wir sind stark genug, auch die Dänen zu besiegen.“ Seite 8

WM heute: Zum erstenmal wagt das ZDF heute von 20 Uhr an eine Live-Konferenzschaltung mit den Spielen Argentinien - Bulgarien und Südkorea - Italien.

Platzverweise: Vier Spieler wurden bisher vom Platz gestellt. Am zweiten Vorrundenspieltag sahen Basil Hanna (Irak) und Miguel Bossio (Uruguay) die Rote Karte.

POLITIK

Botschafter: Der seit 1977 amtierende Erste Vize-Außenminister der Sowjetunion, Viktor Malzew, ist zum neuen Botschafter seines Landes in Jugoslawien ernannt worden. Er löst auf diesem Posten Nikolai Rodionow ab, der in den Ruhestand tritt.

Flucht: Ein 21 Jahre alter Grenzsoldat der „DDR“ ist während einer Kontrollfahrt nördlich von Eschwege nach Hessen geflüchtet. Er war von seinem Streifenwagen aus über den Metallgitterzaun geklettert. Sein Begleiter konnte die Flucht nicht verhindern.

Abgesetzt: Erneut haben sich Teilnehmer einer Reisegruppe aus der CSSR in den Westen abgesetzt. Neun Reisende blieben in der Schweiz, sieben weitere Touristen setzten sich in Süddeutschland von ihrer Gruppe ab.

Hochschulen: Der Wissenschaftsrat hält es für unverzichtbar, daß der Bund und die Länder trotz der rückläufigen Zahl von Studienanfängern bis 1990 weiterhin jährlich 2,2 bis 2,4 Milliarden Mark in den Ausbau der Hochschulen investieren. (S. 10)

Demonstrationen: Den verstärkten Einsatz von Staatsanwälten bei Demonstrationen hat der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum gefordert. Damit könnten Ermittlungsverfahren sofort eingeleitet und rasche Verurteilung gewährleistet werden. (S. 10)

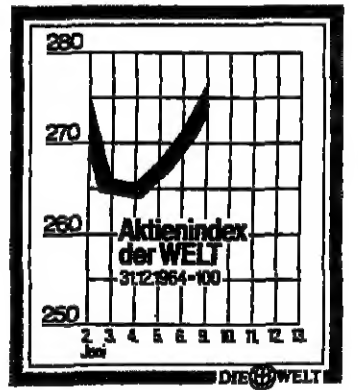
Südafrika: Die zunehmende Gefahr neuer ausländischer Wirtschaftssanktionen und Pessimismus über die Möglichkeit einer politischen Lösung der Krise haben zu einem Rückgang des Rand-Kurses geführt. (S. 5)

WIRTSCHAFT

Mahnung: Eine günstige Bilanz der Weltwirtschaft hat der Präsident der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Jean Godeaux, gezogen. Zugleich mahnt er jedoch, die angestrebten Ziele Wirtschaftswachstum und Geldwertstabilität sollten nicht mit einer riskanten Geldpolitik erkauft werden. (S. 11)

Börse: Zum Wochenbeginn setzte sich an den deutschen Aktienmärkten die Kurssteigerung fort. Der Rentenmarkt tendierte ebenfalls fest. WELT-Aktienindex 276,43 (271,57). BHF-Performance-Index 106,568 (106,253). BHF-Performance-Index 104,450 (104,113). Dollar-

mittelskurs 2,2385 (2,2344) Mark. Goldpreis je Feinunze 341,80 (341,85) Dollar.



KULTUR

Vorschläge: Die Beamten von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten waren sichtlich verärgert über die Vorschläge, den Wettbewerb für die elektronischen Medien so zu organisieren wie auf dem Buch- oder Zeitchriftenmarkt. Medienkongress in Weikersheim. (S. 21)

Sehenswert: Es muß nicht immer ein Staatstheater sein, das Müt zur Uraufführung beweist. Kleine Bühnen machen manches besser: Neuer Shakespeare und Rosenfelder in Stuttgart, einmal „Theater der Altstadt“, einmal „tribühne“. Literarischer Nachholbedarf wird befriedigt. (S. 21)

SPORT

Tennis: Eric Jelen aus Neuss (Nummer 40 der Welttrangliste) ist beim Queens-Club-Turnier in England in der ersten Runde ausgeschieden. Er unterlag dem Australier Simon Youl (Nummer 128) deutlich mit 2:6 und 2:6.

Bundesliga: Reinhard Rauball (39), Präsident von Borussia Dortmund, will zurücktreten. Rauball, dessen Amtszeit noch anderthalb Jahre läuft, wird seinen Posten am 29. Juni aufgeben, obwohl der Klassenerhalt gesichert wurde.

AUS ALLER WELT



Leer: Die Thomaskirche in Berlin und Pastorin Imela Mukwarthoda (Foto). Früher zählte die Gemeinde 140 000 Mitglieder, heute sind es noch 4000. Die evangelischen Kirchen werden zu groß. (S. 22)

Sumpf: Die Moskauer Taxifahrer, bisher Großverdiener unter den sowjetischen Werktätigen, sehen schlechten Zeiten entgegen. Der Staat will den Sumpf von Bestechung, Korruption und Schiebereien - eine ihrer Haupteinkommensquellen - trockenlegen. (S. 22)

Umwelt - Forschung - Technik
Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Sonntag

Seite 6
Seite 7
Seite 20
Seite 22

Nach Waldheims hohem Sieg vorzeitige Parlamentswahl?

Bundeskanzler Sinowatz bietet Rücktritt an / Israel ruft Botschafter zurück

DW. Wien/Jerusalem
Der klare Sieg von Kurt Waldheim bei der österreichischen Präsidentschaftswahl (53,9 Prozent) hat große innenpolitische Rückwirkungen. Bundeskanzler Fred Sinowatz bot gestern nachmittag dem Präsidium der von ihm geführten Sozialistischen Partei (SPO) seinen Rücktritt an. Der derzeitige Finanzminister Franz Vranitzky wurde bereits als Nachfolger gehandelt. Sinowatz hatte angeregt, die Funktionen des Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden zu trennen. Das Augenmerk der Parteistrategen der SPO richtet sich jetzt auf die Nationalratswahl im April kommenden Jahres, für die sich nach dem Sieg des ÖVP-Präsidentenbeisetzers Waldheim am Sonntag ebenfalls eine Wende andeutet. SPO-Funktionäre schlossen nicht mehr aus, daß die Parlamentswahl auf Herbst dieses Jahres vorgezogen werden wird.

Maßvoll, aber mit der nach Ansicht diplomatischer Beobachter härtesten Reaktion, die sich Israel gestatten konnte, ohne seine Beziehungen mit Österreich zu gefährden und gleich-

zeitig den Jüdischen Weltkongreß zu desavouieren, reagierte Jerusalem auf die Wahl Waldheims. Der israelische Botschafter in Wien wurde am Montag angewiesen, „zum Zwecke von Beratungen“ nach Jerusalem zurückzukehren. Dazu gab das Außenministerium bekannt, daß dieser Schritt als Protest gegen die Wahl Waldheims gedacht sei; Staatspräsident Chaim Herzog wurde gleichzeitig von der Regierung gebeten, das

**SEITE 2:
Wende in Österreich**

nach dem Protokoll übliche Glückwunschtelegramm an einen neu gewählten Präsidenten vorläufig zurückzustellen. Aus Kreisen der Präsidentschaftskanzlei verlautet, daß Herzog seine Wünsche wahrscheinlich erst in einem Monat, kurz vor Waldheims Vereidigung, einbringen wird.

Die praktische Schwierigkeit, vor der Israel steht, ist die Neubestimmung der israelischen Botschaft in Wien, denn der jetzige Botschafter, Michael Elizar, erreicht in zwei Monaten das

Ruhestandsalter. Ein Nachfolger ist schon ernannt - Avi Pazner, Chef-sprecher des Außenministeriums. Seine Entsendung nach Wien wird jedoch bis auf weiteres aufgehalten, damit er sein Beglaubigungsschreiben nicht an Waldheim überreichen muß. Bemühungen sind jetzt im Gange, Elizar zu einer Dienstverlängerung zu überreden. Elizar war es übrigens, der während des österreichischen Wahlkampfes die israelische Regierung konsequent gedrängt hatte, sich einer Stellungnahme zu enthalten. Außenminister Shamir hatte diesen Ratschlag ignoriert.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat den früheren UNO-Generalsekretär Waldheim als „hervorragenden Politiker“ gewürdigt. Gleichzeitig beschuldigte Tass die amerikanische Regierung und „zionistische Kreise“, eine „Kampagne persönlicher Angriffe“ gegen Waldheim in die Wege geleitet und sich „auf grüßliche Weise“ in den österreichischen Wahlkampf einzumischen zu haben. „Die niederen Untertöne der Zionisten und ihrer Beschützer in der Administration in Washington sind gescheitert.“

Vatikan sondiert im Entführungsfall

Präsident Ortega droht mit militärischem Eingreifen / Contras bestehen auf Garantien

DW. Managua/Bonn
Die Bemühungen um die Freilassung der in Nicaragua entführten deutschen „Aufbauhelfer“ wurden gestern auf internationaler Ebene fortgesetzt. Es schaltete sich auch der Vatikan ein. Der Weibsbischof von Quito (Ecuador), Emilio Stehle, steht in Managua in engem Kontakt mit dem SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischniewski, der als deutscher Unterhändler in dem Fall fungiert.

Niemand in Bonn wagt gestern allerdings vorzusagen, ob ein Ultimatum des nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega an die antisandinistischen Rebellen, die acht Deutschen bis Montagabend Ortszeit freizulassen, zu einem Ergebnis führt. Ortega hatte den Entführern andernfalls „militärische Aktionen“ angedroht, um die Freilassung zu erreichen. Die Rebellenbewegung „Demokratische Kräfte Nicaraguas“ (FDN) reagiert gelassen auf die Drohung von Ortega. „Wir hören so etwas seit 20 Tagen“, sagte ein FDN-Vertreter der WELT. „Bisher ist nichts pas-

sierter.“ Ein Sprecher dieser Contra-Gruppe forderte in Honduras die Einschaltung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz. Die Freilassung der Deutschen werde erschwert, weil sich die Regierung in Managua weigere, den Rebellen bestimmte Garantien zu geben. „Wir müssen nicht nur Rücksicht auf die Deutschen nehmen, sondern auch auf unsere Kämpfer“, hieß es.

Die deutschen Behörden und Diplomaten forderten unterdessen die Führung in Managua auf, alles zu unterlassen, was die Contras als Provokation auffassen könnten. Politische Beobachter in der Hauptstadt von Honduras, Tegucigalpa, vertreten dennoch die Auffassung, daß sich der Druck auf die FDN verstärken werde. Negativ äußerte sich ein Sprecher über die Bundesregierung. Sie erwecke den Eindruck, die sandinistische Position zu verteidigen. Einer dieser Beobachter: „Die Sandinisten sind sicher der Meinung, daß sie keine Kompromißbereitschaft demon-

strieren müssen. Die Zeit scheint für sie zu arbeiten.“

In Bonn war gestern der Arbeitsstab des Auswärtigen Amtes rund um die Uhr bemüht, alle Möglichkeiten einer Lösung zu nutzen. Dabei wurde abermals Kontakt mit der amerikanischen Regierung aufgenommen.

Journalisten in Managua wurde die Kopie eines Briefes von Bundeskanzler Helmut Kohl an Präsident Ortega ausgehändigt, in dem es unter anderem hieß, daß sich der Ausgang des Geiseldramas im Verhältnis beider Länder niederschlagen werde. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wurde von der Fraktion der Grünen im Bundestag aufgefordert, unverzüglich nach Washington zu reisen. Der Bundesaußenminister war gestern nicht zu den Beratungen des FDP-Präsidiums nach Osnabrück gekommen, sondern hielt sich in Bonn auf. Offensichtlich wollte er sich für eine Reaktion auf alle Eventualitäten in dem Entführungsfall bereithalten.

Terroraktivitäten beunruhigen Bonn

Verfassungsschutz registriert wiedererstarkte RAF / 1985 mehr als 1600 Anschläge

GÜNTHER BADING, Bonn
Der seit Jahren zu beobachtende stetige Anstieg terroristischer Gewalttaten hat sich auch 1985 fortgesetzt. Im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) für das vergangene Jahr wird nach Informationen der WELT darauf hingewiesen, daß der Anteil der besonders schwerwiegenden Fälle „widerum auffallend hoch“ gewesen sei. Die linksextremistischen Terroristen verübten nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes im vergangenen Jahr zwei Morde, begingen oder versuchten 214 Sprengstoff- und Brandanschläge und unternahmen fünf Geld-, Beschaffungsaktionen.

Wie in den vergangenen Jahren sind die brutalsten Gewaltaktionen wieder von der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und von den „Revolutionären Zellen“ (RZ) unternommen worden. Das BfV verzeichnet in dem Bericht, der heute veröffentlicht werden soll, auch ein Wiedererstarken des Kernbereichs der RAF. Dieser sogenannte „Kommandobereich“ der

Roten Armee Fraktion habe „gegenwärtig mit etwa 20 Personen wieder eine Personalstärke wie Mitte der 70er Jahre erreicht.“

Die RAF sei heute „personell und materiell in der Lage, ihre Ende 1984 begonnene „Offensive 84/85“ mit den bisherigen Hauptanschlagszielen „US/NATO-Militärmaschine“, „Rüstungssache“ Paris-Bonn, „Repres-

**SEITE 6:
Anschläge gegen Menschenleben**

sionsapparat“ und „Pfeiler kapitalistischer Herrschaft“ weiter zu steigern. Dabei werde es immer schwieriger, die Bandbreite möglicher Angriffsziele der RAF einzugrenzen. Hinzu komme, daß die RAF auf eine „politische Vermittelbarkeit“ ihrer Aktionen offenbar zunehmend weniger Wert lege. Das habe sich gezeigt, als ein US-Soldat in Wiesbaden aus dem einzigen Grunde ermordet worden sei, um an seinen Militärpaß zu gelangen. Dieses Vorgehen hatte sogar im engeren Un-

terstützbereich der RAF Verunsicherung hervorgerufen.

Zu den Aktivitäten der „Revolutionären Zellen“, die 1984 mit elf Gewalttaten einen Tiefpunkt erreicht hatten, wird wieder ein deutlicher Anstieg vor allem von Brand- und Sprengstoffanschlägen festgestellt. Die Ziele dieser Anschläge haben sich gewandelt. So wurden auch Firmen und Forschungsinstitute, die sich mit der Entwicklung von Bio- und Gentechnologie befassen, angegriffen. Weitere Ziele sind Computerfirmen und Anlagen zur Nutzung der Kernenergie. Die Versuche der „Revolutionären Zellen“, auch „sozialrevolutionäre Themen“ stärker aufzugreifen, verdeutlichen Anschläge auf die Zentrale der IG Bergbau und Energie und den Gesamtverband des Deutschen Stahlkohlbergbaus. Insgesamt wurden 1985 einschließlich von Sachbeschädigungen und Verkehrsgewalttaten 1604 terroristische Gewaltaktionen (1984: 1269) gezählt. Verurteilt wurden 314 Linksextremisten, 29 davon zu Haftstrafen.

Wirbel um die „entschärfte Zigarette“

andere gefährliche Substanzen seien jedoch unverändert vorhanden.

LUDWIG KÜRTEN, Bonn
„Der Bundesgesundheitsminister Rauchen gefährdet ihre Gesundheit“, so steht es auf jeder Zigaretteneinpackung. Ist die Warnung so ernst, wie sie klingt? Bundesgesundheitsministerin Rita Süsmuth erklärte gestern, die Bundesregierung begrüße die Bemühungen von Wissenschaft und Forschung um eine schadstoffarme „leichtere“ Zigarette. Die Warnung vor den Gefahren des Rauchens werde zwar aufrechterhalten, doch schwächen sogenannte entschärfte Zigaretten das gesundheitliche Problem des Rauchens ab, so die Ministerin.

Dies widerspricht der Ansicht zahlreicher Wissenschaftler: Die „Leichtzigaretten“ können das Problem, so die Experten, nicht lösen, da ein Raucher nach dem „Umsteigen“ von einer schadstoffreichen Zigarette meist mehr Zigaretten pro Tag rauche und den Rauch stärker inhaliere. Zudem seien bei den Leichtzigaretten nur bestimmte Schadstoffe reduziert,

andere gefährliche Substanzen seien jedoch unverändert vorhanden.

Frau Süsmuth bezog sich bei ihren Äußerungen auf eine amerikanische Studie, deren Ergebnisse im Mai auf einer Tagung des „Peutinger-Instituts für angewandte Wissenschaft“ vorgestellt worden waren. Die Studie war, ohne Wissen der Forscher, von der Firma Reemtsma finanziert worden. Die Wissenschaftler hatten während eines Rauchversuchs fünf Jahre lang Hunde untersucht. Die Tiere mußten täglich den Qualm von zehn Zigaretten mit den Werten „Kondensat 4,0 Milligramm und Nikotin 0,3 Milligramm“ inhalieren. Die Forscher berichteten auf der Tagung, es seien keine organische Schäden bei den Hunden festgestellt worden.

Auf der Tagung hatte der irische Wirtschaftswissenschaftler Professor James S. McCormick die Meinung vertreten, „Rauchen mag zwar gesundheitsschädlich sein, aber wirtschaftlich ist es zu begrüßen. Das

gleiche gilt auch für Alkohol. Rauchen ist gut für die Wirtschaft, weil es einerseits Arbeitsplätze schafft... und andererseits zu frühzeitigem Tod führen kann.“ Der Generalsekretär des Peutinger-Collegiums, Professor Armin Steinkamp, wies darauf hin, daß der Gesetzgeber bis heute für ein Verbot des Rauchens keinen Handlungsbedarf gesehen hat und wandte sich gegen das negative Image, das der Zigarette angehängt werde.

Die überwiegende Mehrheit der Mediziner, die sich mit den gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsums beschäftigt haben, ist heute der Ansicht, daß Rauchen für zahlreiche Erkrankungen, von Gefäßschädigungen bis zum Krebs, verantwortlich ist. So wird zum Beispiel nur noch von wenigen Forschern geäußert, daß die 30 000 Todesfälle durch Lungenkrebs, die jedes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland zu beklagen sind, im Wesentlichen auf das Konto des Rauchens gehen.

DER KOMMENTAR

Erpressung

HERBERT FELDER

Daniel Ortega hat eine „Befreiungsaktion“ angedroht. Die Truppen der sandinistischen Volksarmee sollen das Gefangenendrama im nicaraguanischen Dschungel beenden. Man kann sich dieses Ende leicht vorstellen: Es würde ein Blutbad werden.

Die Contras demonstrieren Gelassenheit: Dies sei nicht die erste Drohung dieser Art. Hingegen liegt der Verdacht nahe, daß es sich um ein Erpressungsmanöver gegen die Bundesregierung handelt. Sie soll ihren Druck auf die Contras (bzw. die USA) verschärfen.

Man muß den Strategen im Auswärtigen Amt einen kühlen Kopf empfehlen. Jetzt dürfen sie nicht in Panik geraten; sie müssen vielmehr gegenüber den kommunistischen Machthabern in Managua auftreten wie die Vertreter einer zivilisierten Nation, die etwas gilt in der Welt. Es gibt eine unblutige Lösung: Wenn beide Seiten Konzessionen machen, werden die acht Festgenommenen bald frei sein. Die Contras sind bereit, ih-

re Gefangenen nach Managua zurückkehren zu lassen. Sie fordern jedoch Sicherheitsgarantien für ihre Truppen. Sie wollen in keine Falle laufen.

Selbst Somoza ist einst über seinen Schatten gesprungen. Er hat auf sandinistische Geiselnaktionen mit der Befreiung politischer Häftlinge reagiert. Zwei der prominentesten: Daniel Ortega und der heutige Innenminister Tomas Borge. Sie durften dann nach Havanna fliegen.

Eine solche Konzession wird dem Comandante nicht einmal zugemutet. Sie sollen nur freies Geleit gewähren. Wenn sie das verweigern und die blutige Aktion wählen wollen, so ist ihnen der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit allen Konsequenzen anzudrohen. Die Sandinisten haben schließlich schon drei Botschaftsbesetzungen durch ihre deutschen „Aufbauhelfer“ geduldet. Das hat sich noch keine andere Regierung der Welt gegenüber Bonn geleistet. Die Toleranzschwelle ist längst überschritten.

Gorbatschow gegen „Atomterrorismus“

DW. Budapest
Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat in einer Rede vor Arbeitern einer Budapester Werkzeugmaschinenfabrik ein internationales System zur Verhinderung von „Nuklearterrorismus“ vorgeschlagen. Aus den USA und Europa seien Fälle von „Sabotage an nuklearen Industrieanlagen und Diebstahl an hochangereichertem Atomabfall“ bekannt geworden. Es sei, so Gorbatschow, von äußerster Wichtigkeit, derartige Akte in Zukunft zu verhindern.

Stoltenberg bleibt auf Spar-Kurs

HH. Bonn
Finanzminister Stoltenberg ist entschlossen, den Etat für das Bundestagswahljahr 1987 auf seiner in den vergangenen vier Jahren konsequent durchgehaltenen Linie der Sparsamkeit zu halten, wie bei den derzeit laufenden „Chefgesprächen“ mit den Ressortkollegen deutlich wird. Ungeachtet der zusätzlichen Etatforderungen soll die Zuwachsrate gegenüber 1986 (263,5 Milliarden Mark) unter drei Prozent bleiben. Seite 11: Im Wahljahr ein Spar-Etat

„Staatsanwälte zu Demonstrationen“

DW. Bonn
Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Gerhart Baum hat den verstärkten Einsatz von Staatsanwälten bei Demonstrationen gefordert. Baum sagte in einem Interview des „Hamburger Abendblatts“, gewalttätige Demonstrationen sollten von den Polizisten, die sie festnehmen, noch am Demonstrationsort dem Staatsanwalt vorgeführt werden. Damit würde das Ermittlungsverfahren noch vor Ort eingeleitet und eine rasche Aburteilung gewährleistet.

Plazet des Kreml für die Ungarn

DW. Moskau
Die Sowjetunion hat den Ungarn offenbar ihre Zustimmung für eine Fortsetzung der Wirtschaftsreformen gegeben, die lange Zeit im Ostblock umstritten waren. Das schlossen Beobachter aus einem gestern von der ungarischen Presse veröffentlichten Komunique über ein Treffen zwischen Parteichef Gorbatschow und seinem ungarischen Kollegen Janos Kadar. Gorbatschow hält sich seit Sonntag zu einem Freundschaftsbuch in Budapest auf. Seite 3: Fragezeichen

Kohl reist zu Mitterrand

DW. Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl wird am 17. Juni auf Schloss Rambouillet bei Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand zusammenkommen. Kohl hat sich neben den halbjährlichen deutsch-französischen Konsultationen regelmäßig zu Gesprächen mit Mitterrand getroffen. Nach dem Regierungswechsel in Paris hieß es, neben Kontakten zum sozialistischen Präsidenten werde es auch regelmäßige Treffen mit Premierminister Chirac geben.

Sonderkonferenz der Innenminister

p. p. Bonn
Auf einer Sonderkonferenz wollen die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern sich über ein effektiveres Vorgehen gegen gewalttätige Demonstrationen verständigen. Bundesinnenminister Zimmermann wird morgen im Kabinett einen „umfassenden Bericht“ über die Ausschreitungen des Wochenendes vorlegen sowie über die Möglichkeiten, „wie man dem offenen, bewaffneten Kampf begegnen kann“. An schärfere Gesetze ist offenbar nicht gedacht.

Die SED jubelt über das „Vertrauen der Wähler“

99,94 Prozent votierten für die Einheitsliste der Nationalen Front

DW. Berlin
Bei der Wahl zur Volkskammer in der „DDR“ entfielen nach Angaben der Ostberliner Nachrichtenagentur ADN von den 12 398 619 abgegebenen gültigen Stimmen 99,94 Prozent auf den Wahlvorschlag der Nationalen Front. Gegen diesen Wahlvorschlag seien 7502 Stimmen (0,06 Prozent) abgegeben worden. Die Wahlbeteiligung habe bei 99,73 Prozent gelegen, berichtet die Nachrichtenagentur. Insgesamt haben nach Ostberliner Angaben 43 313 Wähler ihre Stimme für die Einheitsliste der Nationalen Front verweigert.

Vor fünf Jahren wurde die Wahlbeteiligung offiziell mit 99,73 Prozent angegeben und der Anteil der Ja-Stimmen mit 99,94 Prozent.

Das Ergebnis stand schon Wochen vor der Öffnung der Wahllokale am Sonntag um 7 Uhr fest. Am 13. April hatte die Nationale Front, die Einheitsliste der Parteien und Massenorganisationen, einen „Wahlvorschlag“ in Form von Einheitslisten veröffentlicht, durch die auch die Stärke der zehn Volkskammer-Fraktionen fest-

gelegt wird. Trotzdem war den Deutschen in der „DDR“ in den vergangenen Wochen eine Art „Wahlkampfberichterstattung“ suggeriert worden. Am „Wahlabend“ herrschte im Fernsehen hektisches Treiben, wenn aus den Regionen Mitteldeutschlands die Stimmzahlen gemeldet wurden.

Nach Ansicht des Vorsitzenden der Wahlkommission, Egon Kreuz, dokumentiert das Ergebnis „die politische-moralische Einheit unseres Volkes und widerspiegelt das feste Vertrauen der Wähler aller Klassen und Schichten in die erfolgreiche Politik der Arbeiterklasse, ihres Zentralkomitees und seines Generalsekretärs Erich Honecker“.

Für die 500 Sitze in der Volkskammer, dem formal höchsten Staatsorgan der „DDR“, hatten sich in 73 Wahlkreisen 703 Kandidaten beworben. Für die 3235 Mandate in den Bezirksräten und in der Ostberliner Stadtverordnetenversammlung gab es ADN zufolge 4303 Bewerber. Die Westalliierten haben gegen die Direktwahl der Ostberliner Abgeordneten protestiert.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

SPD und Amerika

Von Enno v. Loewenstern

Verdient die SPD den Vorwurf des Anti-Amerikanismus? Hören wir Walter Momper. Der Vorsitzende der Berliner SPD-Fraktion verwarft sich gegen solch „törichte Kritik“ und beteuert: „Es hat nichts mit Anti-Amerikanismus zu tun, wenn man die Politik des gegenwärtigen Präsidenten kritisiert.“

Vielleicht; aber es kommt jedenfalls darauf an, wie man sie kritisiert. Reagan betreibt „Weltpolitik“ nach dem simplen Strickmuster von Wildwestfilmen. Reagan stehe offenbar unter dem Zwang, „die Dramaturgie des Kinostücks „High Noon“ auf den gesamten Erdball zu übertragen“ – das ist nicht Kritik, das sind Haßausbrüche auf primitivstem Niveau.

Dieser Haß hat seine Ursache in einem fundamentalen Unterschied der Grundhaltungen. Denn während Momper im Wege der captatio benevolentiae „die Verbundenheit mit den USA auf gemeinsamen Werten“ beschwört, „auf der Idee der gesellschaftlichen Aufklärung, auf der Idee der Gleichheit der Menschen, auf der fundamentalen Idee der Volkssouveränität und der Grundrechte eines jeden Menschen“, ist es kein Zufall, daß jeder Hinweis auf das fehlt, was an der Wiege der Vereinigten Staaten von Amerika voranstand: der Wille zur Freiheit und zur Verteidigung der Freiheit.

Mompers Aufruf an den Regierenden Bürgermeister Diepgen, „seine Leisetreterei gegenüber der Reagan-Administration aufzugeben“, erinnert umso schmerzlicher an die Leisetreterei, die Momper Partei gegenüber der anderen Macht und ihrem simplen Strickmuster von Weltrevolution praktiziert. Seine Rede enthält nicht ein Wort der Kritik an der UdSSR, nicht einen Hinweis darauf, wie die SPD es mit Volkssouveränität und Grundrechten wenige Kilometer weiter östlich hält. Vielmehr schließt sich die SPD in einem Antrag kritisch den „Abrüstungsvorschlägen“ Gorbatschows und seiner „strikten Ablehnung“ von SDI an.

Momper scheut sich demgemäß nicht, den „Konflikt im Bündnis“ anzusagen – was sich da anbahnt, was da zielbewußt betrieben wird, führt unfehlbar aus dem westlichen Bündnis hinaus; sollte die SPD die Bundestagswahlen gewinnen, werden wir auch dazu bald eine ehrliche Auskunft bekommen.

Beitrag und Steuerfreiheit

Von Heinz Heck

Die Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Finanzministerium zur Rentenreform (DIE WELT vom 9. Juni) strahlen auch in Stoltenbergs langfristige Pläne zur Reform des Steuersystems aus. Der Grundgedanke des Mehrheitsvotums der Wissenschaftler, die Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung und vergleichbare Beiträge zur Leibrentenversicherung von der Besteuerung freizustellen, Alterseinkünfte dann aber normal zu besteuern, klingt überzeugend. Bis zu seiner Umsetzung ist aber administrative Herkulesarbeit zu verrichten.

Es geht einmal um eine überzeugende Übergangslösung. Da seit Jahren wachsende Anteile der Versicherungsbeiträge aus versteuertem Einkommen gezahlt werden, wäre jede – noch so vollautomatisierte – Verwaltung überfordert, wenn sie von Fall zu Fall vorgehen müßte. Die Wissenschaftler halten es daher für „unumgänglich, auch im Rahmen eines individualisierten Verfahrens ein Pauschalierungselement einzuführen“.

Was das für die Steuereinnahmen bedeutet, wird dezent mit dem folgenden Satz angedeutet: „Die Steuerzahler würden dadurch nie benachteiligt, in manchen Fällen sogar begünstigt, wenn angenommen wird, die Beiträge seien generell aus versteuertem Einkommen geleistet worden, so daß auch der Rückfluß steuerfrei bleiben muß.“ Kaum vorstellbar, daß Stoltenberg mit einer so großzügigen Pauschale einverstanden wäre.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Bundesregierung in dieser Frage wie in der des Grundfreibetrags unter Handlungsdruck aus Karlsruhe gerät. Wenn heute „Zwangsbeiträge der Arbeitnehmer an die Sozialversicherungsträger in immer geringerem Maße effektiv steuerfrei bleiben“, so sei das „verfassungsrechtlich nicht unbedenklich“.

Das bedeutet, daß die von den Koalitionsfraktionen im Falle eines Wahlsiegs anvisierte Steuerreform für die nächste Legislaturperiode mit Reparaturarbeiten an Fehlern der Vergangenheit belastet wird, die den ohnehin knapp bemessenen Finanzierungsspielraum auszuschöpfen drohen.

Der Träumer

Von Rüdiger Moniac

Johannes Rau, der Kanzlerkandidat der SPD, hat in der Friedrich-Ebert-Stiftung bei einer Diskussion mit hochrangigen Offizieren der Bundeswehr sehr viel Skepsis gegenüber den sicherheitspolitischen Vorstellungen seiner Partei zu hören bekommen. Dies ist umso bemerkenswerter, als ein wesentlicher Teil der Kritik von Soldaten kam, die dieser Partei selbst angehören. Raus erster Versuch im Mantel des Kandidaten, vor diesen Fachleuten zu bestehen, mißlang.

Es zeigte sich, daß dieser Kanzlerkandidat vom Thema noch sehr wenig versteht, was sich ändern ließe; daß er aber, zweitens, in lauen Wunschvorstellungen über die Veränderbarkeit der sowjetischen Machtpolitik badet. Er tut, als könnte er in der Regierungsverantwortung die Erfahrungen von drei Dekaden vergeblicher Bemühungen des Westens um einen für beide Seiten nützlichen Ausgleich mit Moskau ungeschehen machen und „Entspannungspolitik“ bei der Stunde Null beginnen lassen.

Raus naive Aussage, Gorbatschow suche einen ernsthaften Abrüstungsdialog mit dem Westen, und seine gleichzeitig geäußerte Meinung, die Sowjetunion wolle sich wirtschaftlich konsolidieren und ihrer Bevölkerung einen höheren Lebensstandard bringen, sind Wahlkampfpapieren, die ein ideologisch verengtes Publikum beeindruckt haben. Mit nüchterner Analyse sowjetischer Politik hat das wenig zu tun. Der General Tadecki mußte Rau daran erinnern, daß die Nutzung von Militärmacht ein Prinzip in der Politik ist, das auch dann gilt, wenn es das Publikum nicht wahrhaben will. Es könne deshalb für einen politischen Verantwortlichen nicht darum gehen, nur auf den „Konsens“ zu schauen, wenn er für sein Land handle. Er müsse dem Volk auch „unangenehm und brutal“ die Wahrheit sagen.

Die Wahrheit, die Rau in seiner Rede nicht aussprach, hielt ihm jener General vor: Gegenüber der Weltmacht Sowjetunion müsse die NATO über ein Militärmittel verfügen, das auch ihr ein Existenzrisiko aufbürde. Für lange Zeit seien dies die Atomwaffen.



Der Kinderfänger von Brokdorf

KLAUS BÖHLE

Wende in Österreich

Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn Demokratie den stets möglichen Wechsel politischer Richtungen in den Machtpositionen und höchsten Ämtern von Regierung und Staat bedeutet, dann haben die Österreicher durch den deutlich ausgesprochenen Wunsch nach einer Veränderung durchaus demokratisch gewählt. Lange Zeit herrschte dort bis tief ins bürgerliche Lager die Vorstellung, hier könne man nur mit den Sozialisten Staatsoberrufen werden. Das Dauerbonnement auf das höchste Amt im Staat aber verführte die Sozialisten zu einem wenig durchdachten Wahlkampf, der sich in letzter Konsequenz gegen sie selber gerichtet hat.

Zum anderen zeigte sich, daß das österreichische Wahlvolk trotz einer beispiellosen Anti-Waldheim-Kampagne eine gesunde Skepsis gegenüber den scheinbar grenzenlos mächtigen nationalen und internationalen Medien behalten hat. Der Versuch, einem Mann vierzig Jahre danach wegen seiner bloßen Zugehörigkeit zur Deutschen Wehrmacht den Garaus zu machen, das Hervorzaubern immer neuer „Dokumente“, die sich alle als fadenscheinig erwiesen – das alles ist durchschaut worden.

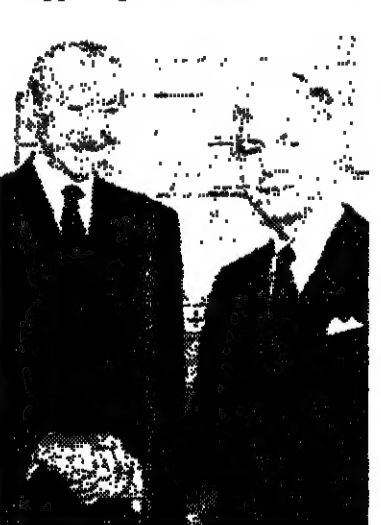
So war die Wahl zum einen ein Protest gegen die Einmischung des Auslandes in einer Entscheidung, die allein das Volk der Republik Österreich souverän zu fällen hatte. Zum anderen aber ist der Erfolg Waldheims auch dem Protest der Wähler gegen die seit sechzehn Jahren regierende Sozialistische Partei zuzuschreiben. Schon nach dem ersten Wahlgang am 4. Mai, als Waldheim die fünfzig Prozent nur um wenige tausend Stimmen verfehlte, sprachen sozialistische Politiker in Wien von einem „Denkzettel“.

Der verzweifelte Versuch, in den Wochen bis zur Stichwahl die letzten sozialistischen Reserven zu mobilisieren, ist fehlgeschlagen. Vor allem die sozialistische Taktik, sich plötzlich durch eine Welle von Selbstkritik und Schuldkenntnissen beim verärgerten Wähler anzubiedern, hat sich nicht ausgezahlt. Hätten die SPÖ-Wahlkampfstrategen Alexis de Tocquevilles Abhandlung über den „alten Staat und die Revolution“ gelesen, dann wäre ihnen sicher der Satz aufgefallen, wonach eine Regierung im-

mer dann vom Volk hinweggefegt wird, wenn sie verspricht, sich zu bessern.

Nun ist die Wahl Waldheims gewiß keine Revolution – eher das Gegenteil: Eine Selbstbestätigung des bürgerlichen Österreich. Dennoch markiert der Amtsantritt Waldheims in der Wiener Hofburg eine innenpolitische Wende. Die österreichischen Sozialisten haben die schwerste Wahlniederlage ihrer Geschichte erlitten. Daß Sinowatz seinen Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers angeboten hat, ist die Konsequenz daraus. Mit einem neuen Mann, Vranitzky, soll ein vollständig neuer Beginn versucht werden.

Vor allem die Tatsache, daß in den traditionellen Arbeiterbezirken und sozialistischen Hochburgen von Wien bis in die Steiermark und nach Oberösterreich Waldheim tiefe Einbrüche erzielen konnte, ist ein Sturmsignal für die sozialistischen Chancen bei den Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Offenbar haben jene beiden sozialen Gruppen, die in den siebziger Jahren Bruno Kreisky von Triumph zu Triumph führten, der SPÖ jetzt die Gefolgschaft versagt. Sowohl die „Aufsteiger-Generation“, die einst mit Kreisky das „moderne Österreich“ verwirklichte, wollte, als auch große Teile der Arbeiterschaft, die ja immer das Stumpfpotential der „roten Reichshälfte“ bildeten. Beide Gruppen protestierten auf ihre Weise gegen die sozialistische Wirt-



Zeit für eine Beruhigung: Waldheim, Verlierer Steyrer

FOTO: DPA

Wie Düsseldorf die Fernfreiheit verhindern will

Ein Mediengesetz zugunsten von „relevanten Gruppen“ / Von Gernot Facius

Vorweg die gute Nachricht: Die SPD in Nordrhein-Westfalen sieht ein, daß auf Dauer ein ausschließlich öffentlich-rechtlich organisiertes Rundfunkwesen nicht zu halten ist (Arbeitsminister Hermann Heinemann).

Die schlechte: Wenn der Zug in Richtung freier Rundfunk nicht aufzuhalten ist, dann sollen doch aus Düsseldorf soviel Steine auf die Gleise gerollt werden, daß das Ziel nicht erreicht wird.

Kuriösität Nummer eins im Referentenentwurf für ein Landesmediengesetz: Die Kommunen dürfen sich am lokalen Rundfunk mit einem Drittel der Kapital- und Stimmrechtsanteile beteiligen, die Zeitungen hingegen sollen nur begrenzten Zugang haben; bei „marktdominanter Stellung“ dürfen sie nicht Einzelanbieter werden und an einer Anbietergemeinschaft nur in untergeordneter Position teilnehmen (§ 22 III). Stadtradio von den Stadtwerken? „Bürgeraufklärung“ vom Bürgermeister? Johannes Rau soll's möglich machen.

Kuriösität (oder auch nicht): Kuriosität Nummer zwei: Der mächtige WDR soll noch mächtiger werden. Auch ihm wird eine Drittelbeteiligung eingeräumt. Intendant Friedrich Nowotny läßt nun „prüfen“, wie weit „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten“ ein Engagement beim Lokalfunk opportun sei.

Die „finanziellen Möglichkeiten“ sind gewaltig. Der Sender schwimmt im Geld, und das WDR-Gesetz vom März 1985 verschaffte ihm durch die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Dritten, sprich Privaten, einen unbegrenzten Aktionsradius. Sein gigantischer Vorsprung dank der Rundfunk-Zwangsgebühr verhindert schon jetzt eine wirkliche Konkurrenz. Wird der Einstieg in den lokalen Rundfunk sanktioniert, gewinnt der von Köln ausgehende Verdrängungswettbewerb an Dynamik.

Die Fortsetzung des öffentlich-rechtlichen Systems mit anderen Mitteln zeigt sich auch bei den Zulassungsbestimmungen. Gruppen, die „nur gemeinnützige Zwecke verfolgen“, sollen den Vorrang er-

halten. „Alternative“ Rundfunkaktivitäten in NRW gründen bereits eingetragene Vereine mit dem Ziel, ungeliebte private Veranstalter zu verdrängen. „Gemeinnützigkeit“ ist ohnehin das große Thema. Denn nach Paragraph 21 III muß jeder Anbieter in sein tägliches Programm bis zu fünfzehn Prozent der Sendezeit „Beiträge nicht erwerbswirtschaftlich orientierter Organisationen“ aufnehmen und ihnen sogar „Produktionshilfen“ zur Verfügung stellen.

Eine öffentlich-rechtliche „Landesanstalt für Kommunikation“ (was für ein Wort!) und lokale „Medienräte“ sollen im Auftrag der „gesellschaftlichen Kräfte“ über das Programm wachen. Die „Räte“ berichten der Landesanstalt über Gesetzesverstöße und schlagen ihr „Maßnahmen“ vor. Sie beschließen Änderungen des Programmschemas (was im öffentlich-rechtlichen Rundfunk noch Sache des Intendanten ist) und entscheiden über Beschwerden von Zuhörern.

Der Medienrat „berät“ den Anbieter in allgemeinen Programmangelegenheiten und in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, zugleich „berät“ er die Landesanstalt in programmatischen, finanziellen und technischen Fragen des lokalen Rundfunks. In Düsseldorf wird es als große Konzession an die potentiellen privaten Veranstalter bezeichnet, daß die direkte Einflußnahme der Räte auf die personelle und finanzielle Planung aus dem Entwurf herausgenommen worden ist. Dennoch macht das Wort von den „Kommunikationskommissionen“ die Runde.

Versprochen hatte Rau ein Gesetz, das freien Rundfunkveranstaltern eine „realistische und faire Chance“ garantiert. Das vorgesehene Auswahlverfahren bei der Zulassung landesweit tätigen Veranstalter bedeutet die Knebelung freier Initiativen.

Denn, so soll das Gesetz bestimmen: Gibt es mehrere Antragsteller, so scheiden zunächst alle Einzelbewerber aus; Vorrang haben Anbietergemeinschaften, die mehrere unterschiedlich ausgerichtete politische, weltanschauliche und

IM GESPRÄCH Christean Wagner

Gegen den Trend

Von Joachim Neander

In Marburg, lange bevor er als Frankfurter Oberbürgermeister seine großen politischen Erfolge erzielte, hat der neue Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) seine politische Lehrzeit absolviert. Aus Marburg holt er sich jetzt auch seinen Staatssekretär für das schwierige Bonner Amt: Christean Wagner (sein Vorname verspricht ständigen Ärger mit den Zeitungskorrektoren), zehn Jahre jünger als sein neuer Chef, war schon einmal um 1970 herum Wallmanns engster Mitarbeiter.

Wagner ist Ostpreuße. Für einen, der vor dreivierzig Jahren in Königsberg geboren wurde und praktisch keine eigene Erinnerung mehr an den Geburtsort hat, ist dies eine bemerkenswerte Feststellung. Er sei ganz bewußt in der Tradition der Heimat seiner Väter erzogen worden, sagt Wagner.

Die Familie kam nach dem Krieg ins Hessische. Die frühen Lebensstationen: Marburg, Alsfeld, zwischen dem Marburg und Marburg, Examina, Promotion. Eine normale Juristenkarriere zeichnete sich ab. Aber auf seine Art ist auch dieser Mann ein Achtundsechziger. Ausgerechnet 1968, als der allgemeine Trend in Gegenrichtung lief, trat Christean Wagner in die CDU ein und wurde „eine Art ehrenamtlicher Pressereferent“ beim Kommunal-, später Landes- und Bundespolitiker Walter Wallmann.

Von da ab nahm ihn die Politik gefangen. 1972 wurde er in Holzmünde zum jüngsten Stadtdirektor der Bundesrepublik (mit neunundzwanzig Jahren) gewählt. 1975 wechselte er als Erster Kreisbeigeordneter in den heimatischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. 1981 avancierte er dort zum Landrat. Aber nach der verlorenen Kommunalwahl 1985 wählte die neue rotgrüne Kreistagsmehrheit Wagner ab, obwohl die CDU stärkste Fraktion geblieben und relativ besser



Wallmanns rechte Hand: Umwelt-Staatssekretär Wagner

FOTO: DPA

als andere Kreisverbände aus dem Negativtrend dieser Wahl herausgekommen war. Seitdem leitet Wagner das Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung.

In das neue Bonner Ressort kommt der Staatssekretär aus Marburg nicht gänzlich unbelastet. Als erster hessischer Landrat hat er seinerzeit ein eigenes Umwelt- und Naturschutzamt eingerichtet. Die drei jährlichen Energiespartage, die der Landrat einführt, dienten später vielen anderen Politikern als Vorbild. Aber Wagner fügt sofort hinzu, er sei nicht so vermessend, daraus schon wirkliche Erfahrung für sein neues Amt ableiten zu wollen.

Die Familie, Frau und drei Kinder, bleibt zunächst in der hessischen Universitätsstadt wohnen. Daß den Vater in Bonn so kurz vor der Wahl kein Honiglecken erwartete, weiß er nur zu gut. „Wallmann ist ein außerordentlich qualifizierter Politiker“, sagt er. Daß die beiden Freunde sind, klingt kaum durch. Beide sind eher von jener kühl-korrekten Art, die im Zeitalter der allgemeinen Duzkumpelei selten geworden ist.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die österreichische Wahl beschäftigt viele Zeitungen:

Die Presse

Der Patriotismus, der sich im Wahlergebnis niederschlag, hat sich an den erbärmlichen Totalidyllen der Nationen entzündet, denen dieses Land ausgesetzt war... Jetzt gilt es, aus Zusammenhängen zu geben, mit der Betonung auf „zusammen“. (Wien)

ARBEITERZEITUNG

Daß die ÖVP nun einen mächtigen Auftrieb für die kommenden Parlamentswahlen erhält, ist klar. Ihm mit aller Kraft, mit neuen Ideen und glaubwürdigen Taten entgegenzutreten wird die schwere Aufgabe der Sozialisten in den nächsten Monaten sein. (Wien)

JEDIOT ACHARONOT

Wie können wir Kontakte mit diesem Präsidenten meiden und gleichzeitig unsere Interessen bewahren, vor allem die Sorge um die (über Wien) auswandernden Juden aus der Sowjetunion? Unsere Regierung muß gegen die Wahl Waldheims protestieren, aber nicht aus der Hüfte schießen – wie es einige Hitzköpfe empfehlen... Waldheim wird erst in einem Monat verurteilt. Die Untersuchung und die Sammlung des Materials muß beschleunigt werden. (Tel Aviv)

THE GUARDIAN

Der übermäßige Angriff auf Waldheim frisierte Vergangenheit richte sich schrecklich auf die Angreifer zurück... Bei weitem die schlimm-

ste Konsequenz der traurigen Affäre ist das Wiederaufleben des Antisemitismus in Österreich. (London)

LE FIGARO

Waldheim wird sich jetzt darum bemühen müssen, sein Image im Westen wieder aufzubessern, was nicht allzu schwierig sein dürfte (denn wahrscheinlich werden die Angriffe gegen ihn schlagartig aufhören), und vor allem die Nation auszuheilen, was schwieriger werden könnte. (Paris)

DE TELEGRAAF

Daß sie nach allem, was über Waldheim bekannt geworden ist, doch diesen Präsidenten gewählt haben, ist eine erste Blamage für Österreich und flügt dem Ansehen dieses Landes in der Welt großen Schaden zu. (Amsterdam)

Nordwest-Zeitung

Im Windschatten Waldheims, des ersten konservativen Bundespräsidenten nach dem Krieg, könnte den „Schwarzen“ die Wende in Wien gelingen. (Oldenburg)

Allgemeine Zeitung

Waldheim könnte also in Österreich eine „Wende“ eingeleitet haben, die dann aber nichts mit jenen braunen Flecken zu tun hätte, die scharfäugig und auch scharfzählig Beobachter auf seiner Wende entdeckt zu haben glauben. (Mainz)

Fragezeichen hinter der rot-weiß-grünen Zukunft

Budapest, wo in dieser Woche das Gipfeltreffen des Warschauer Paktes ansteht, ist jenseits des „Eisernen Vorhangs“ schon ein besonderes Plaster. Kadars Politik der kleinen Freiheiten, die offenbar auch von Gorbatschow toleriert wird, hat Wünsche nach größeren Freiheiten geweckt.

Von CARL G. STRÖHM

Der Taxifahrer, der uns vom Bahnhof in die Budapest Innenstadt brachte, hatte über der Frontscheibe seines Wagens ein ungewöhnliches Symbol angebracht: eine große amerikanische Fahne – das Sternchen in seiner ganzen Pracht. Drapiert waren die Farben der westlichen Führungsmacht mit einer schmalen rot-weiß-grünen Girlande – den Farben Ungarns.

„Auch das ist eine Folge der Privatisierung im Taxigewerbe“, meinte ein ungarischer Bekannter hintergründig, dem wir diese für den „realen Sozialismus“ ungewöhnliche Begegnung erzählten. „Ein privater Fahrer kann sich das leisten, ein staatlicher nicht...“ Wenn sich große Entwicklungen im Kleinen ankündigen, dann steckt Budapest in diesen Tagen voll davon.

In einem Spielzeuggeschäft auf der Pester Donauseite – offenbar auch eines der neuerdings aus dem Boden schießenden kleinen Privatunternehmen – war das Schaufenster mit Spielzeug-Soldaten angefüllt: stramm-ungarische Husaren zu Pferde. An ihren Mützen trugen sie das ungarische Wappen der Zeit vor 1945. Einer von ihnen schwenkte die rot-weiß-grüne Fahne. Wie zufällig waren im gleichen Fenster auch zwei Importspielsachen zu sehen: ein großer deutscher Panzer mit dem Balkenkreuz und ein Bausatz für das amerikanische Schlachtschiff „Missouri“.

Wenn man aus solchen Symptomen einen Schluss ziehen kann, dann den: Die Ungarn betrachten nach vielen Jahren ideologischer Entfremdung (und zeitweise auch Einschüchterung) ihre Umwelt wieder pragmatisch und nicht ideologisch. Sie haben ihre Unbefangenheit und ein gewisses Selbstbewusstsein zurückgewonnen – was nach den vielen Nalckenschlägen, die diese Nation einstochen mußte, keineswegs selbstverständlich ist.

Der Eisernen Vorhang ist löchrig geworden

Der allerdings löchrig gewordene „Eiserne Vorhang“ existiert ebenso weiter wie der Warschauer Pakt und die sowjetische Okkupation – freundlich umschrieben als „vorübergehende Anwesenheit sowjetischer Truppen“. Aber die Ungarn haben ihre Zugehörigkeit zu Mitteleuropa wiederentdeckt – falls dies jemals vergessen worden war.

Das neue Bild vom Westen, auch von Amerika, das sich die Ungarn machen – die stets ein reiselustiges, weltoffenes und pragmatisches Volk waren –, ist von den übersteigerten Erwartungen früherer Jahrzehnte frei. Niemand – auch nicht der Taxifahrer mit dem Sternchen – erwartet sich von den Amerikanern oder dem Westen eine „Befreiung“ oder eine Änderung der Machtverhältnisse im Herzen Europas. Jedermann weiß, daß die Ungarn in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ebenso wie bisher in letzter Konse-

quenz „auf sich allein gestellt“ sein werden – daß sie folglich mit ihrer Situation selber fertig werden müssen.

Ob das neue ungarische Selbstbewußtsein von der kommunistischen Führung unter Janos Kadar gewünscht war oder ob es sich nebenbei und von selber ergab, ist eine umstrittene Frage. Fest steht nur, daß in den letzten Jahren ein Aufschwung des ungarischen Nationalgefühls auszumachen ist. Junge Leute auf den Budapest Straßen tragen plötzlich kleine rot-weiß-grüne Kokarden am Rockaufschlag. Zum 15. März – dem Jahrestag der ungarischen Revolution von 1848, die von den Habsburgern mit Hilfe russischer Truppen blutig niedergeschlagen wurde – schmücken Schulklassen in Budapest und in der Provinz die Denkmäler der Revolutionsführer Lajos Kossuth und des Dichters Sandor Petöfi, der damals von russischen Kosaken umgebracht wurde.

Erinnerung an die nationale Geschichte

Noch ist der 15. März in Ungarn kein offizieller Feiertag – aber während er früher ignoriert oder ideologisch umgedeutet wurde, tritt jetzt die ungarische nationale Geschichte wieder stark ins Bewußtsein vor allem der jungen Generation.

Unter der ungarischen Jugend scheint so etwas wie eine neue „Volksbewegung“ zu entstehen. Bei jungen Leuten, besonders bei jungen Intellektuellen, ist ein großes Interesse für Volksmusik und Volkskünste, für Bauernarchitektur und das alte Handwerk erwacht. In den Fußgänger-Unterführungen der Budapest Innenstadt verkaufen siebenbürgisch-ungarische Bauern aus Rumänien nicht nur Töpferwaren und gestickte Textilien. Noch reisenderen Absatz finden rumänische Schalplatten mit archaischer ungarischer Volksmusik aus den heute zu Rumänien gehörenden einstmaligen ungarischen Gebieten.

Die Lage der Ungarn außerhalb der Grenzen wird von Budapest Kennern der Situation folgendermaßen geschildert: Am schlimmsten sei es in Rumänien, wo nach ungarischer Auffassung eine systematische Entnationalisierung der dort lebenden Magyaren betrieben werde. Relativ ungünstig sei auch die Lage in der Tschechoslowakei – vor allem in der Slowakei, wo es immer wieder Schwierigkeiten gebe. Da fehlt dann auch nicht der Hinweis, daß der jetzige tschechoslowakische Partei- und Staatschef Gustav Husak nach 1945 als slowakischer Kommunist eine gewisse Rolle bei den seinerzeitigen, dann nur teilweise verwirklichten Plänen gespielt habe, die ungarische Volksgruppe aus der Slowakei zu vertreiben.

Auch mit Jugoslawien, wo es über 400.000 Ungarn vor allem in der Vojvodina (im Donaugebiet nördlich Belgrad) gibt, wird eine gewisse Klima-Verschlechterung konstatiert. Seit die Serben mit den Unruhen der Albaner im Kosovo nicht recht fertig werden, legen sie auch gegenüber anderen nationalen Minderheiten verstärktes Mißtrauen an den Tag. Am besten, so meint ein ungarischer Gesprächspartner, gehe es erstaunlicherweise zur Zeit den etwa 150.000 Ungarn in der Sowjetunion – im grenznahen Gebiet der Karpaten-Ukraine. Dort hätten die Sowjets nämlich mit einem latenten ukraini-

schen Nationalismus zu kämpfen. Deshalb fördere Moskau die ungarische Minderheit in der Ukraine als Gegengewicht.

Die gegenwärtige Stabilität Ungarns weist einige Elemente für mögliche künftige Erschütterungen auf. Da ist zunächst einmal die nationale Frage, die von der kommunistischen Führung kanalisiert werden muß, aber nicht länger ignoriert werden kann. Innerhalb der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (KP) gibt es auch hier unterschiedliche Strömungen. Eine jüngere Gruppe in der Parteiführung scheint jedenfalls die Bedeutung dieser Frage – und die ihr innewohnende Brisanz – erkannt zu haben.

Einiges Aufsehen verursachte ein Artikel des ZK-Sekretärs Janos Berecz in der theoretisch-ideologischen Parteizeitschrift „Társadalmi Szemle“. Berecz – der in der stets lebendigen Budapest Gerüchteküche als einer der möglichen Kandidaten für die Kadar-Nachfolge gehandelt wird (obwohl die Tatsache, daß er nicht dem Politbüro angehört, zunächst eher gegen eine solche Vermutung spricht), hat vor einer „Erosion der Allianzpolitik“ – also des unter Kadar erzielten „nationalen Konsenses“ zwischen Partei und Volk – gewarnt und dabei die Intellektuellen, die Jugend und die Arbeiterklasse als besondere Gefahrenpunkte in der sozialen Landschaft Ungarns charakterisiert. Anders gesagt: Von diesen Schichten geht potentiell eine gewisse Unruhe aus.

Raus aus dem warmen Stall des Kollektivs

Die Arbeiterklasse Ungarns ist zunächst der Leidtragende der Wirtschaftsreform. Von den Arbeitern werden höhere Leistungen verlangt – bei gleichzeitiger allgemeiner Preiserhöhung und einem sinkenden Lebensstandard. Die Jugend sieht sich im Zeichen der Reformen einer gewissen Existenzunsicherheit gegenüber. Die Zeiten, da man im „warmen Stall des Kollektivs“ zwar nicht viel verdienen, aber auch nicht viel leisten mußte, scheinen vorbei zu sein. Die Intellektuellen schließlich stellen unheimliche Fragen nach den Grenzen der Freiheit.

Wenn Janos Kadar, der 74-jährige, irgendwann in naher Zukunft die oberste Leitung aus der Hand legen wird, werden in Ungarn viele Karten neu gemischt. Dann stellt sich auch wieder die Frage nach dem großen Bruder, der Sowjetunion. Mit dem neuen Kreml-Chef Gorbatschow ist man in Budapest einigermaßen zufrieden. Selbst wenn die Sowjets das „ungarische Modell“ nicht übernehmen, so nimmt man in Budapest doch an, daß Moskau den Ungarn in den kommenden Jahren keine grundsätzlichen ideologischen Hindernisse in den Weg legen wird. Allerdings gibt es untergründig eine gewisse Sorge, daß die Sowjets ihre Bundesgenossen mehr als bisher „zur Kasse“ bitten könnten.

„Sie werden es nicht glauben“, sagte uns ein Ungar, „aber der beste Moskauer Mann für uns war Andropow. Wir sind alle traurig, daß er so schnell starb. Denn obwohl er als Unterdrücker der Revolution von 1956 bei uns aufgetreten war – er hat vielleicht gerade deshalb ein großes Verständnis für die Besonderheiten und die Mentalität der Ungarn, ja sogar eine gewisse sentimentale Zuneigung zu unserem Land entwickelt.“



Noch ein Modell: das Kurzstreckenflugzeug für 80 Personen, das MBB aus München gemeinsam mit der Volksrepublik China bauen will

Mit Nostalgie ein Blick in die Zukunft

Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung in Hannover, das ist Propeller-Nostalgie und Düsen-Zukunft; das sind Großraum-Jets und Geschäftsflugzeuge; das ist eine Show zum Schauen und Kaufen.

Von DOMINIK SCHMIDT

Endlich ist sie da. Mit einiger Verspätung – das schlechte Wetter machte einen Strich durch die Rechnung – landete die Ju 52 am Sonntag nachmittag in Hannover und ist seither die Attraktion der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung. Im Zeitalter der Düsen-Großraumflugzeuge läßt das unverkennbare Brummen der „guten alten Tante Ju“ bei ihren Flügen über die Stadt vor allem ältere Hannoveraner innehalten. Erinnerungen werden wach an die Pioniertage der Luftfahrt. Von weit her reisen ILA-Besucher an, um das von der Lufthansa detailgetreu restaurierte Prachtstück zu bewundern.

Zu ihnen gehört Klaus Hugo Junkers, der Sohn des legendären Flugzeugkonstruktors. Der 80-jährige, der noch nie mit einer Ju 52 geflogen ist, wurde am Freitag ebenso wie frühere Junkers-Mitarbeiter Opfer der Witterungsverhältnisse. Der vorgesehene Überführungsflug vom Braunschweiger Luftfahrtbundesamt zum hannoverschen Flughafen Langenhagen fiel buchstäblich ins Wasser.

Für die Lufthansa spielte beim Erwerb der Ju 52 aus amerikanischem Privatbesitz nicht nur das nostalgische Moment eine Rolle. Sie will zugleich den Respekt vor jenen Leistungen fördern, mit denen die Piloten der Pionierzeit zum Aufbau des Luftverkehrs beigetragen haben. Die drei-

motorige Wellblechkonstruktion galt über Jahrzehnte als Sinnbild für Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Sicherheit.

Die Zahl 50 bestimmt auf der ILA '86, die bis zum Sonntag dauert, ein weiteres Thema, das die technologische Entwicklung der Luftfahrt entscheidend geprägt hat. Vor einem halben Jahrhundert nämlich wurden in Deutschland und Großbritannien parallel, aber unabhängig voneinander, die Entwicklungsarbeiten für die ersten experimentellen Strahltriebwerke aufgenommen. Der Luftfahrt-Presse-Club nahm diesen „historischen Meilenstein“ zum Anlaß, eine vielbesuchte Sonderschau über die Entwicklung des Jet-Antriebs zu präsentieren.

In Deutschland war es der Physiker Hans von Ohain, der von der Firma Heinkel engagiert wurde, um ein völlig neues Triebwerk zu entwickeln. Schon damals war abzusehen, daß die Leistungsgrenze der hochgezüchteten, komplizierten Kolbenflugmotoren mit Propellerantrieb bei 700 km/h lag. Höhere Geschwindigkeiten konnten nur mit einem völlig anderen Antriebskonzept erreicht werden.

Die streng geheimen Arbeiten in den Heinkel-Werken in Rostock führ-

ten schnell zum Erfolg: Das erste Düsentriebwerk lief schon 1937 auf dem Prüfstand; im August 1939 dann startete das Experimentalflugzeug Heinkel He 178 zu seinem Jungfernfug. Das erste Jet-Flugzeug der Welt war geboren und bildete die Grundlage für den ersten Serien-Düsenjäger, die Messerschmitt Me 262.

Etwas später hatte der britische Fliegeroffizier Frank Whittle seine Arbeiten abgeschlossen. Das Desinteresse der britischen Regierung an Whittles neuem Konzept schlug aber bald ins Gegenteil um. Im Mai 1941 erprobte die Engländer ihr Düsenflugzeug, die Gloster E-28/39. Heute gelten die beiden Erfinder, die in den USA leben, als die Väter der Jet-Ära.

Die originalgetreu nachgebauten Uhren des Düsenzeitalters, die auf der ILA gezeigt werden, haben allerdings nur noch wenig Ähnlichkeit mit den heutigen Aggregaten von Pratt & Whitney, Rolls-Royce, General Electric oder Turbo-Union. Die stärksten Düsenmotoren etwa für Großraumflugzeuge bewirken einen Schub, der um das 60fache über dem der ersten Jets liegt.

Der Rückblick auf frühere Jahrzehnte ist natürlich nur ein (wenn-

gleich publikumsträchtiges) Anhängsel der Luftfahrtschau in Hannover. Die 426 Aussteller aus 17 Ländern haben sehr viel handfestere Interessen. Sie wollen mit potentiellen Kunden ins Gespräch kommen, ihre Erzeugnisse vorstellen und möglichst auch verkaufen. In besonderem Maße gilt das für die Hersteller der General Aviation, also von Geschäfts- und kleineren Reiseflugzeugen.

Seit jeher gilt Hannover für diese Klientel auch im Vergleich zu den Konkurrenz-Messen in Paris und Farnborough als der führende Platz. Bemerkenswert ist das gewachsene Interesse der US-amerikanischen Flugzeugbauer, die den europäischen und speziell den deutschen Markt als überaus wachstumsstärklich einschätzen und nahezu komplett vertreten sind.

Dreh- und Angelpunkt der Gespräche in Hannover ist das Thema einer noch stärkeren Zusammenarbeit der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Erkenntnis, daß nur gemeinsame Anstrengungen ein Gegenwärtiges zu den USA schaffen können, setzt sich auch bei den weniger kooperationswilligen Ländern durch. Dies wird in den Kommunikationen deutlich, die nach dem Besuch der politischen Prominenten aus dem In- und Ausland veröffentlicht werden.

Die großen europäischen Gemeinschaftsprojekte – vom Airbus über die Triebwerke bis hin zu den Raumfahrtkonzepten – sind von den einzelnen Ländern nicht zu finanzieren. Die Unternehmen, selbst die großen Konzerne, haben dies für ihren Teil längst erkannt.

Verschont geblieben ist die Luftfahrtschau bislang von Demonstrationen, die sich gegen den wehrtechnischen Teil der Ausstellung richten. Das klare Votum der Veranstalter für militärische Ausrüstungsgüter und Fluggeräte auf der ILA hat offenbar Wirkung gezeigt. Auf dem Bundeswehr-Stand werden die Besucher darauf aufmerksam gemacht, daß Waffen und Geräte der Sicherung des Friedens dienen und keine Spielzeuge sind. „Liebe Eltern, erklären Sie das bitte auch ihren Kindern“, mahnt die Bundeswehr auf Plakaten.



Erinnerungen an die Pioniertage der Luftfahrt: Die Ju 52

FOTO: MARIA GROHME

DWS-Wertpapierfonds, das ist: Die passende Ergänzung Ihrer Altersvorsorge.

Sie wollen nach der Pensionierung Ihren gewohnten Lebensstandard aufrechterhalten. Aber die gesetzlichen und betrieblichen Rentenansprüche reichen nicht aus. Sie müssen zusätzlich vorsorgen. Je eher Sie damit beginnen und je planvoller Sie Ihr Geld anlegen, desto mehr haben Sie später. Wir bieten Ihnen mit unseren Wertpapierfonds die passende Ergänzung Ihrer Altersvorsorge: ertragreich, bequem, übersichtlich, in Höhe und Dauer genau auf Ihre individuellen Ansprüche zugeschnitten. Sprechen Sie über dieses wichtige Thema mit dem Anlageberater unserer Gesellschafterbanken. Es sind die Deutsche Bank AG und weitere deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 10 06 20 · 6000 Frankfurt 1



Mehr finanzielle Unabhängigkeit.

„Pflegerisiko“: Verbände dringen auf Klarheit

dpa, Bonn

Unterschiedliche Wünsche an gesetzliche Regelungen zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit wurden dem Bundestag am Montag in Bonn unterbreitet. Nach mehr als zehnjähriger Diskussion darüber, wie der wachsenden Zahl von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen geholfen werden kann, liegen der Ländervertretung gegenüber drei Gesetzesentwürfe der Länder und ein Vorschlag der Bundesregierung vor.

Die Kosten für die unterschiedlich weit gehenden Leistungen werden je nach Entwurf auf zwischen zwei und zwölf Milliarden Mark jährlich beziffert. Alle Entwürfe sehen auch die Sachverständigen beauftragt, die die Pflegebedürftigen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld leben können sollen.

Unumstritten war in der Anhörung, daß die überwiegende Zahl der Menschen, die in einer Einrichtung gepflegt werden müssen, die Pflegekosten nicht mehr aufbringen können. Gleiches gelte für einen erheblichen Teil der zuhause von Angehörigen gepflegten. Viele müßten Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Die kommunalen Spitzenverbände schätzten die jährlichen Ausgaben dafür auf rund sieben Milliarden Mark. Die Kosten für diejenigen, die in Krankenhäusern liegen, obwohl dies medizinisch nicht mehr notwendig, die Pflege zuhause aber nicht möglich sei, gaben die Krankenkassen mit etwa einer Milliarde Mark pro Jahr an.

Ob das Pflegerisiko für den einzelnen durch ein Bundesleistungsgesetz mit Hilfen aus Steuermitteln, durch eine eigenständige Pflegeversicherung oder im Rahmen der bestehenden Sozialversicherung abgedeckt werden könne, blieb umstritten.

Viele Verbände sprachen sich auch dagegen aus, gegenwärtig lediglich ein „Einstiegs“-Gesetz zu machen und eine umfassende Lösung auf später zu verschieben. Falls wegen der hohen Kosten jetzt lediglich ein solcher Einstieg mit Leistungen für einen begrenzten Personenkreis möglich sei, müsse gleichzeitig ein Gesamtkonzept erarbeitet werden, aus dem Art und Zeitpunkt der späteren Schritte hervorgingen, argumentierten sie.

Stimmengewinne für SPD und Grüne

dpa, Saarbrücken

Bei kommunalen Nachwahlen, zu denen knapp 10 000 Wahlberechtigte im Saarland aufgerufen waren, haben am Sonntag vor allem SPD und Grüne leichte Stimmengewinne erzielt. So legte die SPD bei der Wahlwiederholung des Kommunalparlaments in der rund 9000 Wahlberechtigten zählenden Gemeinde Mapringen (Kreis St. Wendel) von 44,5 Prozent bei der Wahl 1984 auf 48,7 Prozent zu, während die CDU von 46,4 auf 42,9 Prozent zurückfiel.

Die Grünen, die die Wahl vom 17. Juni 1984 wegen fehlerhafter Stimmentzettel mit Erfolg angefochten hatten, verbesserten sich von 4,7 auf 5,9 Prozent und sind damit künftig im Gemeinderat von Marpingen das parteipolitische „Zünglein an der Waage“. Die FDP scheiterte mit 2,5 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Hürde.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Diepgen wirft der SPD Antiamerikanismus vor

Reaktion auf scharfe Kritik der Berliner Sozialdemokraten

D.D. Berlin

Großes Befremden bei den Amerikanern in Berlin und beim Senat hat die scharfe Kritik des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus Walter Momper an der Politik von US-Präsident Ronald Reagan ausgelöst. Momper hat Reagan eine Politik der „Stärke und Überlegenheit“ vorgeworfen und den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) der „Leisterei“ gegenüber der Reagan-Administration bezichtigt. Diepgen solle den Amerikanern deutlich machen, daß Reagans Politik nicht im Interesse Berlins liegt, sondern schweren Schaden zufügen kann.

Der höchste amerikanische Beamte in Berlin, Gesandter John C. Kornblum, hat eine Stellungnahme zu den Ausführungen Mompers abgelehnt, da er sich erst mit dem gesamten Text vertraut machen müsse. Allerdings wird in politischen Kreisen für unwahrscheinlich gehalten, daß sich die Amerikaner überhaupt offiziell äußern. Bisher haben sie es stets vermieden, zu innerpolitischen Debatten Stellung zu nehmen.

Diepgen hat für heute eine Erklärung zu der Attacke Mompers angekündigt, die von dem Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Dankward Buwitt als „blanker Antiamerikanismus“ gewertet wird.

Station der Entfremdung

Der zum linken Flügel seiner Partei zählende SPD-Fraktionschef sprach auf einer Tagung des Fachausschusses „Berlin, Deutschland, Internationales“ des SPD-Landesvorstands. „Die in den letzten Jahren zu beobachtende Entfremdung zwischen Europa und den USA erfüllt mich mit Sorge“, erklärte Momper. Diese Sorge sei keineswegs auf die deutschen Sozialdemokraten beschränkt – „sie hat insbesondere Teile unserer Jugend erfaßt“. In diesem Trend, der in Großbritannien ähnlich sei, sieht Momper „letzte Stationen“ der Entfremdung und nennt hierbei: Die Aufstellung neuer Raketen, das Weltraumvertragsprogramm SDI, die Fortsetzung der Atomtests, den latent drohenden Handelskrieg zwischen den USA und der Europäischen Gemeinschaft und

die Aufkündigung des SALT-II-Vertrages.

„Wir Sozialdemokraten halten die Politik der derzeitigen Administration zu den genannten Punkten für falsch“, betonte Momper. „Wir kritisieren diese und auch andere Elemente der Politik von Präsident Reagan und wir sind betroffen darüber, daß diese Politik offenkundig von einer Mehrheit in den USA getragen wird.“

Besonderes Befremden (Buwitt: „Maßlose Ausfälle“) löste Mompers Rede passage aus, in der Reagan persönlich attackiert wird.

In „Wildwest-Manier“

Momper: „Wer Weltpolitik nach dem simplen Strickmuster von Wildwest-Filmen betreibt, wer mit einer Politik der Nadelstiche, der offenen und versteckten Aggression die andere Supermacht immer wieder bis an den Rand des Gesichtverlustes provoziert, wer die qualitativ neuen Abrüstungsvorschläge Gorbatschows nicht ernsthaft auslöst, der setzt sich dem berechtigten Vorwurf aus, Spannungen zu schüren, statt Spannungen abzubauen.“

Laut Momper seien nicht die Kritiker Reagans die Anti-Amerikanisten: „Reagan selbst ist Ursache und Förderer des Anti-Amerikanismus in Europa.“

John C. Kornblum hatte erst kürzlich zum Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern eingeräumt, daß Teile der deutschen Bevölkerung „nicht mehr verstehen, was Washington macht“.

Auf der SPD-Veranstaltung hatte Kornblum, der keineswegs als unkritischer Reagan-Anhänger gilt, das Verhalten der Deutschen als einen „Mangel an Selbstbewußtsein“ gewertet und appelliert, „diese Differenzen in Kauf zu nehmen und auf die Gemeinsamkeit zu bauen“. Von deutscher Seite werden in die deutsch-amerikanische Partnerschaft „viel zu viel Emotionen“ investiert. Kornblum habe dabei auch seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Betonung der offenen deutschen Frage von Seiten der SPD etwa als eine „Drohgebärde“ gegenüber den Ländern des Ostblocks empfunden werde.

WELT-Serie Die „Außenpolitik“ der Länder (VIII): Niedersachsen Mit politischer Unschuldsmiene macht Albrecht ein EG-Büro in Brüssel auf

Von MICHAEL JACH

O nenkundig Bonner Stimmungen über verfassungsgemäß „unlautere“ Konkurrenz der Bundesländer in der Außenpolitik begegnet Niedersachsen Ministerpräsident Ernst Albrecht mit einem istigen Argument. Es sei doch eine besondere „Stärke der Bundesrepublik Deutschland, daß unsere Außenpolitik nicht allein durch den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister wahrgenommen wird“. Vielmehr könnten „gerade auch“ die Länderchefs „die Wirkung der deutschen Außenpolitik im Ausland“ vervielfältigen.

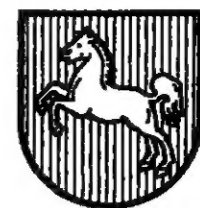
Albrecht präsentiert das Entlassungsangebot an den auf seine Kompetenzen bedachten, zugleich von einem dicht besetzten Reisekalender in Atem gehaltenen Außenminister als staatspolitische Unschuldsmiene. Hat er doch die für ihn unweibliche Bedingung vorausgeschickt, daß, wer immer in Bonn regiere, die Loyalität zum Bund zu wahren sei und niemand von den Landeshauptstädten aus „abweichende Außenpolitik zu betreiben habe“. Ohne diesen beim Namen zu nennen, hebt Albrecht sich damit ab vom saarländischen SPD-Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine, der diese „Kleiderordnung“ ausdrücklich nicht mehr akzeptiert (WELT vom 17. 5.).

Keineswegs im Widerspruch zur demonstrativen Tugendhaftigkeit steht für die niedersächsische Staatskanzlei das sich ausbreitende Streben der Länder nach eigenen Vertretungen am Sitz der EG in Brüssel. Albrecht: „Wir müssen da die Interessen unseres Landes, unserer Bürger auch unmittelbar wahrnehmen.“ Brüsseler Entwicklungen und Entscheidungen betreffen und hängen „ja nicht nur die Staaten, sondern unmittelbar auch die Bürger“.

Worauf sich übrigens erweise, wie so manches Feld der klassischen Außenpolitik sich auf dem Wege zum vereinten Europa „progressiv“ wandelt: „europäische Innenpolitik“. Da ist der Regierungschef „Nordlichter“ im Argument einig mit

seinem Münchner Amtskollegen Franz Josef Strauß. Und er kündigt den folgerichtigen Nachvollzug der „bayerischen“ Konsequenz an: Auch Niedersachsen werde, wenn die Regierung Albrecht die Landtagswahl erfolgreich bestanden habe, „im frühen Herbst“ darangehen, eine Landesvertretung in Brüssel einzurichten.

Nicht daß Niedersachsen auf dem europäischen Parkett bisher unterrepräsentiert gewesen wäre. Immerhin kennt Albrecht selbst sich in Brüssel seit jenen Tagen bestens aus, da er vor seinem Einzug in den Landtag vor 16 Jahren – dort zum Spitzenbe-



amten aufgestiegen war. „Das ist sehr hilfreich“, läßt Albrecht mit zurückhaltendem Selbstbewußtsein erkennen.

In der westeuropäischen Nachbarschaft ein geschätzter Gesprächspartner zu sein – diese anscheinende Rolle hat Ernst Albrecht natürlich im Wahljahr gern besetzt. Fiel sie ihm doch mit dem turnusmäßigen niedersächsischen Präsidentenamt im Bundesrat (noch bis zum 31. Oktober) von Amts wegen zu, eingeschlossen präsentable Besuche in den Niederlanden, Spanien und zuletzt Frankreich. Wichtiger als der in diesen Fällen besondere protokollarische Rang war dabei die „gute Gelegenheit“, auch eigenständige niedersächsische Anliegen bei den Partnern zur Geltung zu bringen.

In Holland im Januar konnte Bundesratspräsident Albrecht sich einsetzen für die noch immer ausstehende Zustimmung des Haager Parlaments zum Dollarhaftervertrag mit der Bundesrepublik Deutschland, dem für die Wirtschaftsentwicklung

Ostfrieslands einzigartige Bedeutung zugemessen wird. In Frankreich im Mai waren es die Nöte der deutschen Landwirte mit der EG-Agrarpolitik, die Albrecht bei François Mitterrand und Jacques Chirac verständnisvoll zur Sprache brachte. Beide Male ein Stück Landespolitik in wohlverträglich bundespolitischem Rahmen, ohne Gefahr eines Zielkonfliktes. Sollte ein solcher auftreten – Albrecht unterstreicht abermals seine Loyalitätspflicht – „müssen Länderinteressen zurücktreten“.

Wo es ohnehin längst allgemein akzeptierte Übung der Bundesländer ist, Außenbeziehungen „auf eigene Rechnung“ und ohne Kollisionsgefahr mit dem Bund anzuknüpfen, sieht Niedersachsen nicht zurück. Vor zwei Jahren entstand eine auf Wirtschaftsinteressen sowie wechselseitige Bereicherung in Wissenschaft, Kultur und Sport gerichtete Partnerschaft mit der südchinesischen Provinz Anhui. Etwa zur gleichen Zeit wurde Afrika von seiner bisher schlimmsten Hungerkatastrophe heimgesucht – Bewährungsprobe auch für die 1982 vereinbarte Entwicklungspartnerschaft mit Sudan (die WELT berichtet).

Als Ernst Albrecht vor zehn Jahren in Hannover die Regierung übernahm, wuchs ihm alsbald eine außenpolitische Schlüsselrolle bei der Ratifizierung der damals bis tief in die Reihen der CDU hinein heftig umstrittenen „zweiten Polverträge“ zu. Nicht lange danach war er in Warschau ein geschätzter Gast. Eine erneute Einladung liegt in Hannover vor, „nach der Landtagswahl“ will Albrecht ihr folgen. „Heute wie damals“, sagt der Ministerpräsident, werde eine solche Reise „eingebettet sein in die Ostpolitik der Bundesregierung“.

Was indes nicht aus, sondern ausdrücklich einschlebe, daß er die Gelegenheit nutzen werde zur Kritik an der „Kluft zwischen Partei und Volk“ in Polen wie zum Einsatz für die verweigernden Minderheitenrechte der deutschen Restbevölkerung im polnischen Machtbereich.

Grüne rechnen mit Signal aus Schröders SPD

MICHAEL JACH, Hannover

Unter der Oberfläche der wahlkampftechnischen Ablehnung der Grünen durch die niedersächsische SPD mehrten sich in Hannover die Anzeichen, daß beide Teile eines möglichen rot-grünen Bündnisses für den Abend der Landtagswahl am kommenden Sonntag ihre taktischen Vorbereitungen treffen.

Ein „politisches Signal“ an die Adresse der Grünen erkennt deren Spitzenkandidatin Thea Dückert im energiepolitischen Teil des „100-Tage-Programms“, das der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder vorgelegt hat. Schröder hat die Absicht, mögliche Großkraftwerks-Standorte aus dem Landesraumordnungsprogramm zu streichen, sämtliche Kernkraftwerke in Niedersachsen auf ihre Sicherheit prüfen zu lassen (wobei der Meiler in Stade als „besonders unsicher“ von vornherein abgeschaltet werden soll) und das in zwei Jahren fertiggestellte Kernkraftwerk Lingen nicht in Betrieb gehen zu lassen.

Szenario vorgelegt

Diese Pläne der SPD seien zwar „für uns noch kein Ausstieg“, „Ausstieg“ ist die erklärte Hauptbedingung der Grünen für ein Bündnis mit der SPD. Doch zeigten sie „eine gewisse Dynamik“ in Richtung „offener Auseinandersetzung mit unserem Ausstiegsszenario“, urteilte Frau Dückert jetzt im Gespräch mit der WELT. Das zeitgleich mit Schröders „100-Tage-Programm“ vorgelegte Grünen-„Szenario“ verlangte zwar den „Sofortausstieg“ Niedersachsens, wo die Kernenergie zwei Drittel der Strom-Grundlast trägt. (Dieser sei möglich durch gesteigerte Verbrennung von Erdgas und Kohle, „ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden“.)

Mit ihren Formulierungen läßt indes die Landeslisten-Erste der Grünen erkennen, daß die Forderung nach „Sofortausstieg“ in Verhandlungen mit der SPD in einen „Ausstiegsprozess“ münden könnte. In diese taktische Richtung wies kürzlich bereits die Empfehlung des hessischen Umweltministers Joschka Fischer, die niedersächsischen Grünen sollten von vornherein eine feste Koalition anstreben, weil sie nur so Aussicht hätten, ihrerseits Bedingungen durchzusetzen. Frau Dückert bestätigte im Gespräch ihre „guten Kontakte zu den Hessen“.

Entgegen Schröders zuletzt kategorisch bestimmtem „Nein zur Koalition“ setzen Niedersachsens Grüne nach den Worten ihrer Spitzenkandidatin darauf, daß Schröder, wenn er denn ihre Stimme für eine Ministerpräsidentenschaft haben wolle, „es sich nicht leisten kann, Gespräche abzulehnen“.

Gespräche am Abend

Sofern das Wahlergebnis die rot-grünen Bündnisüberlegungen nicht überhaupt durchkreuzt, erwartet Frau Dückert „interpretierbare Signale von der SPD in der ersten Nachwahlwoche“. Informationen aus hannoverschen SPD-Kreisen bestätigen diese Aussicht: Danach sollen noch am Wahlabend, spätestens tags darauf, „informelle Gespräche“ aufgenommen werden über die Bedingungen der Grünen für eine Stimmabgabe im neuen Landtag zu Schröders Gunsten.

Zur „Bewertung der Gespräche“ ist für das Wochenende nach der Wahl eine Landesdelegiertenkonferenz der Grünen nach Bad Harzburg einberufen. Dort würde unter anderem um die Frage gestritten, ob die Grünen Schröder „notfalls auch zum Nulltarif“ erst einmal ins Amt wählen sollten, um „auf jeden Fall Albrecht zu stürzen“. Diese Variante will ihr jetziger Fraktionsvorsitzender Jürgen Trittin unbedingt offengehalten wissen.

Katholiken warnen vor „alternativer Wirtschaft“

DW, Bonn

Ein stetiges Wirtschaftswachstum von jährlich mindestens drei Prozent ist nach Ansicht des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) Grundvoraussetzung zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Ein Ausstieg aus der Industriegesellschaft, wie es von verschiedenen Gruppen verlangt wird, stelle keine Alternative dar. Mit seinem Appell, sich gemeinsam für eine Lösung der mit der Arbeitslosigkeit zusammenhängenden Probleme einzusetzen, wendet sich das Zentralkomitee an Arbeitgeber, Arbeitnehmer und staatliche Stellen. So müsse die Tarifpolitik die Schaffung neuer Arbeitsplätze verstärkt ins Zentrum stellen. Auch Arbeitszeitverkürzung könne zur Verringerung der Arbeitslosenquote beitragen. Die Forderung nach Schaffung von Ausbildungsplätzen richtet sich an Wirtschaft und Staat.

Für dringend erforderlich hält das ZdK zudem Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Qualifikation. Die Einführung neuer Technologien sei auch ein wichtiger Aspekt. Ob diese Arbeitsplätze eher vernichten als neue schaffen, werde noch diskutiert. Nach Ansicht des ZdK begründen bisherige Erfahrungen jedoch die Hoffnung, daß letztlich mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, die zudem zukunftsfähig seien.

Polizei verteidigt Taktik

Diskussion um Vorgehen der Sicherheitskräfte in Brokdorf

GEORG BAUER, Kiel

Nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen bei den Demonstrationen gegen das Kernkraftwerk Brokdorf in der Wilster Marsch und die Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf ist die Diskussion um die Taktik der Polizei neu entbrannt. Beobachter der Auseinandersetzungen in Brokdorf stellen sich vor allem die Frage, warum die Polizei nicht gezielter gegen die Schläger vorgegangen sei. Angesichts der Isolation der Gewalttäter, die sich über weite Strecken der Protestaktionen in deutlichem Abstand vor den friedlichen Demonstranten bewegten und sich erst am Schluß der Veranstaltung vor den anrückenden Verbänden und Wasserwerfern auf den Kundgebungsplatz zurückzogen, hätten die Gewalttäter herausgefiltert werden können.

Der Leiter der Polizeieinsatzstelle in Itzehoe, der leitende Polizeidirektor Hans-Heinrich Heinsen, wies diesen Vorwurf gegenüber der WELT zurück. Angesichts der eskalierenden Situation sei dies Vorgehen nur schwer möglich gewesen. Die Kravallanten hätten sich immer wieder in die Menge zurückgezogen.

Das abgestufte Vorgehen der Hundertschaften, bei dem es trotz unmittelbarer Nähe zu den Gewalttätern nur vereinzelt zu Festnahmen kam, ist offensichtlich auf einen Zwiespaß

in der Einsatztaktik zurückzuführen. Zum einen waren Polizei und Innenministerium darauf bedacht, eine weitgehend friedliche Demonstration zu garantieren, zum anderen wollten die Gewalttäter habhaft werden. Um eine Eskalation zu vermeiden, beschränkte man sich daher auf ein geschlossenes Vordringen der Polizisten unter dem Schutz von Wasserwerfern und Tränengas, ging aber nicht – auch aus Schutz für die eigenen Beamten – unmittelbar gegen die Gewalttäter vor.

Der Innenminister des nördlichen Bundeslandes, Karl Ehard Claussen, meinte zu der Problematik, ihm obliege auch der Schutz für die Beamten. Wenn die Polizei in einer durchaus möglichen Zangenbewegung gegen die Gewalttäter vorgegangen wäre, wäre es zu einer Schlichtung gekommen. Aus Rücksicht auf die Gesundheit der Polizisten und Demonstranten sei der Wasserwerfereinsatz ein geeignetes Mittel.

Ebenso wie Heinsen forderte auch der ermittelnde Oberstaatsanwalt aus Itzehoe, Hans-Dieter Rafter, eine bessere Rechtsbasis. Rafter: „Mit der jetzigen Fassung des Strafrechtsparagraphen 125 (Landfriedensbruch) können wir nur unter größten Schwierigkeiten den Beweis führen, daß Demonstranten gewalttätig waren.“ Mit der alten Fassung des Paragraphen sei dies leichter gewesen.

Dagmar M. Huber,
Deutsche Vogue,
Verlagsbüro Frankfurt

NEU! Ab Helsinki jede Woche:
1x BANGKOK-SINGAPUR
2x TOKYO

TÄGLICH AB FRANKFURT UND HAMBURG. NONSTOP
nach HELSINKI
FRA 09.40 – 13.10
HAM 14.30 – 17.20
FRA 21.10 – 00.40
ab HELSINKI
FRA 07.00 – 08.30
HAM 08.00 – 08.55
FRA 18.05 – 19.40

Flüge nach und von Finnland im Paal mit Lufthansa

Buchungen und weitere
Informationen in Ihrem Reisebüro.

FINNAIR
Komfort
den Sie brauchen

„Bequeme Sitze,
die Beine ausstrecken,
ein Gläschen Champagner –
so muß ich fliegen, eben wie mit
FINNAIR.“

Die FINNAIR Executive Class ist die Klasse für Geschäftsreisende. Mit bequemen Sitzen und mehr Beinfreiheit in einem separaten Abteil. Mit 30 kg Freigepäck pro Person. Mit vorzüglicher Küche, Champagner und erlesenen Weinen. Mit Europe-City-Club-Lounge am Flughafen Frankfurt. Mit Executive-Schalter und -Lounge am Flughafen Helsinki. Und als besonderer Service: Check-In-Möglichkeit im Hotel Intercontinental Helsinki. Soviel mehr Komfort zum Normaltarif sollten Sie sich leisten.



Paris steht ein neuer Polit-Skandal ins Haus

Fragen nach verschwundenen Steuergeldern und Dossiers

PETER RUGE, Paris
Ein Minister der ehemaligen Links-Regierung ist ins Gerede gekommen: Christian Nucci, damals zuständig für die Entwicklungshilfe, hat ein gemeinsames Bankkonto mit dem Schatzmeister der Stiftung „Carrefour du développement“, Yves Chaler, der in verschiedene ungeklärte Transaktionen verwickelt ist.
Nuccis Nachfolger, Michel Aurillac, deckte vor etwa einem Monat ein Loch von 10 Millionen Franc bei der seinerzeit von den Sozialisten subventionierten Stiftung auf. Als der Oberste Rechnungshof mit den Ermittlungen begann, verschwanden plötzlich über Nacht aus den Geschäftsbüchern die Dossiers – ein schlechter Einbruch. Und seitdem ist Chaler unauffindbar. Minister Aurillac stellte Anzeige gegen Unbekannt. Die Stiftung „Carrefour“ war 1984 mit der Organisation des afrikanischen Gipfels in Burundi betraut, für die nachher drei Schecks gezogen wurden, die sich auf insgesamt 30,6 Millionen Franc belaufen. Hier muß eine Unterschriften-Fälschung vorliegen, erklärt heute die Präsidentin des „Carrefour“, Madame Bretin-Naquet, er habe ebenfalls Anzeige. Sie selbst steht wiederum dem Afrikaberater des Staatspräsidenten, Guy Penn, nahe, der im Aufsichtsrat von

„Carrefour“ saß. In Paris schwirren daher die Gerüchte, daß über die Stiftung Wahlkampfgelder in die Partei der Sozialisten geflossen sein sollen.
Ein Teil des Geldes hat sich aber inzwischen gefunden: Es diente zum Ankauf eines Schlosses im Département Loire-et-Cher, allerdings wurden dafür nur eine Million Franc verwendet. Dafür ist nun die Mitbesitzerin in Verdacht geraten. Madame Baisson war nachher Kabinettschreiberin der Ministerin für Frauenrechtsfragen und einer Stiftung für „Exportschulung“, die der früheren Außenhandelsministerin Cresson unterstand. Zusammen mit Yves Chaler bildete die Regierungsvorläuferin die Stiftung „Promotion Française“, an die wiederum vom „Carrefour“-Konto rund 5 Millionen Franc flossen. Was aber schwerer wiegt: Ans Tageslicht kommt jetzt eine Überweisung von 2,3 Millionen Franc an die „Promotion“, und zwar über den Namen „Nucci“. Die zweite Unterschrift stammt vom Finanzkontrolleur des Entwicklungshilfeministeriums – doch der hohe Beamte spricht ebenfalls jetzt von Fälschung. Die Gesamtsumme, die über die Kasse des „Carrefour du développement“ geschleust wurde, beläuft sich nach Presseangaben auf etwa 90 Millionen Franc.

Wieder Jagd auf U-Boote

Im Zweifel gilt für Stockholm: Erst schießen, dann fragen

G. MEHNER, Stockholm
Auch die jüngste U-Boot-Jagd in den schwedischen Schären endete wieder wie schon so oft: „Keine Spur, keine neuen Hydrophonkontakte“, erklärte der Sprecher des Verteidigungsstabes, H. G. Wessberg. Fortgesetzt hat die schwedische Marine aber den Befehl, sofort, ohne vorherige Warnung, mit Wasserbomben und Anti-U-Boot-Granaten gegen Territorialverletzungen unter Wasser vorzugehen.
Mit dem Verzicht auf bisher falsch verstandene Großzügigkeit sollen die Spielräume für Souveränitätsverletzungen weiter eingegrenzt werden. Auch ist die Chance geringer, daß der Kontakt zum aufgespürten Objekt abbricht. Diesen Kurs hatte schon Olof Palme gesteuert. Sein Nachfolger Carlsson kann selbst wenn er wollte, von diesem Kurs nicht abweichen. Moskauer U-Boote haben Stockholm schon zu viel Ansehen gekostet.
Der Verteidigungsstab verweigert enge Auskünfte darüber, wieviel „Elma“-Granaten und Wasserbomben am Samstag im Söderarns-Gebiet nordwestlich von Stockholm eingesetzt wurden und welche Aufschlüsse die Hydrophonkontakte der eingesetzten U-Boot-Jagdschrauben erlauben. Das Suchgebiet war – als Folge der Explosionen – übersät von toten Fischen.

Seit Ende der sechziger Jahre reißt in Schweden die Serie der fremden Unterwasseraktivitäten nicht ab. Das jüngste Ereignis ist aber der erste Zwischenfall der Regierung Ingvar Carlsson, die gerade 100 Tage im Amt ist. Bei seinem Moskauer-Besuch Mitte April hatte Carlsson die Sowjetunion äußerst scharf auf die Diskrepanz von friedliebender öffentlicher Rhetorik und den anhaltenden Aufklärungsmissionen in schwedischen Hoheitsgewässern hingewiesen. Der neuere Vorfall könnte zu einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zu Moskau führen.
Der bislang ernsteste Zwischenfall ereignete sich 1981 in den Schären vor der schwedischen Küste. Ein U-137, ein U-Boot der Whisky-Klasse, mit Nuklearkraftwerken an Bord strandete. „Navigationsschiff“ führten die Russen als Ursache des Zwischenfalls an. Gleichzeitig illustriert dies die Schwierigkeiten der Schweden beim Waffeneinsatz: sie können nur solche Waffen einsetzen, die die Boote zum Auftauchen veranlassen, die aber nicht deren Nuklearkraftwerke zerstören. Dennoch wird Stockholm im Bereich der Unterwasserverletzungen seine Politik verschärfen und im Zweifel zuerst schießen und dann fragen.

Pretoria droht dem ANC mit Gegenschlag

M. GERMANI, Johannesburg

Die südafrikanische Regierung ist eine Woche vor dem zehnten Jahrestag des Aufstandes von Soweto offensichtlich fest entschlossen, den zu erwartenden Unruhen wirksam vorzubeugen. Louis Le Grange, Minister für Recht und Ordnung, hat für den Monat Juni ein generelles Versammlungsverbot erlassen.
Gleichzeitig haben im Parlament Vertreter der Kap-Parteien und ihre Minister, Pastor Allan Hendrickse und die Indier unter Amichand Rajbansi, ein Gesetz blockiert, das Le Grange mit noch weiterreichenden Kompetenzen ausstatten soll. Um zu vermeiden, den Ausnahmezustand erneut erklären zu müssen, will er Vollmachten, „Unruhe-Gebiete“ deklarieren und die derzeitige Untersuchungshaft von 14 auf 180 Tage ausdehnen zu können.
Gemäß der Verfassung wird die Gesetzesvorlage nun noch einmal dem gemeinsamen Beratungskomitee der Parlamentskammern vorgelegt. Allgemein wird erwartet, daß die Opposition mit der regierenden nationalen Partei einen Kompromiß erreicht. Eine zwangsweise Durchsetzung des Gesetzes durch den Präsidentschaftsrat, wie es die Verfassung zuläßt, wird als unwahrscheinlich angesehen. Zu der Kontroverse kam es, nachdem die beiden farbigen Parlamentsführer von ihren Anhängern davor gewarnt worden waren, dem geplanten Gesetz zuzustimmen.

Die als interner Arm der verbotenen Widerstandsbewegung ANC geltende United Democratic Front (UDF) will in dieser Woche das Verbot zur Versammlung gerichtlich anfechten. Eine für heute geplante Versammlung, auf der das Ende des Verbotes für den ANC gefordert werden soll, soll stattfinden.
Verschiedene Industrieunternehmen, deren Führer im September vergangenen Jahres mit ANC-Präsident Oliver Tambo in Lusaka zusammengetroffen waren, haben den 16. Juni als einen bezahlten Gedenktag anerkannt, andere betrachten ihn als unbezahlten Urlaubstag. Wirtschaftsführer warnen jedoch vor einer Konfrontation der Regierung mit den radikalen Organisationen.

Wie die WELT aus der Regierung nahestehenden Kreisen erfährt, hat Kapstadt den ANC gewarnt, es nicht zu schweren Ausschreitungen in der nächsten Woche kommen zu lassen. Ein neuer Verbotsschlag der südafrikanischen Armee auf ANC-Basen in den Nachbarstaaten sei sonst möglich. Im Vergleich dazu seien die Angriffe auf ANC-Büros in Botswana, Zimbabwe und Sambia als harmlos anzusehen. Ein intimer Kenner der ANC-Szene sagte, Südafrika wäre durchaus „in der Lage, die Organisation innerhalb eines Monats, vielleicht von sechs Wochen zu eliminieren“. Es müsse jedoch Rücksicht auf die internationale Meinung nehmen.

An der Guerrilla in Peru droht Präsident Garcia zu scheitern

Der „Leuchtende Pfad“ operiert auch in der Hauptstadt / Attentat auf den Staatschef

tho, Mexico City
Perus junger Staatschef Alan Garcia konnte am vergangenen Wochenende zum ersten Mal die blutige Welle der Gewalt hautnah miterleben. Die drei Bomben, die kurz vor und kurz nach einer Gedenkfeier mit dem Präsidenten auf dem Plaza Bolognesi der Hauptstadt Lima explodierten, waren eine Warnung für ihn: Auch er ist eine Zielscheibe der Terroristen. Garcia blieb unverwundet. Vier andere Personen kamen ums Leben.
Nicht ganz ein Jahr nach seiner Amtsübernahme muß der idealistische Sozialdemokrat die Hoffnungen begraben, daß der Regierungswechsel das Land dem Frieden näher gebracht hat. Seine Bemühungen, die marxistischen Rebellen vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch zu bringen, sind gescheitert. Garcia weiß das selbst. „Sie können nicht zwischen dieser Regierung und der Regierung zuvor unterscheiden“, sagt er resigniert.

Nicht bereit zum Dialog
Alan Garcia (36) seit Juli 1985 der jüngste demokratische Führer der Welt, versuchte vieles anders zu machen als sein konservativer Vorgänger Francisco Belaunde Terry. Er wollte den „offiziellen Terrorismus“

stoppen und säuberte die Sicherheitskräfte. 1700 Offiziere wurden entlassen. Er förderte Entwicklungsprogramme in den armen Regionen des Anden-Hochlandes, den wichtigsten Operationsgebieten der Guerrilla-Organisation „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Pfad). Er offerierte einen Dialog. Die „kommunistischen Terroristen“, so Innenminister Abel Salinas Izaguirre, setzten den Krieg fort. Im Februar veröffentlichten die „Senderistas“ in der Armenmetropole Ayacucho eines ihrer seltenen Kommuniqués, das ihre Position erläuterte. Garcia habe die politische und soziale Situation Perus nicht verändert, kritisierten sie. „Der einzige Weg, um diese Gesellschaft der Ausbeutung zu verändern, ist der bewaffnete Kampf.“

Der bewaffnete Kampf, der bereits vor sechs Jahren begann, hat bisher nach Angaben des Innenministers 7250 Todesopfer gefordert, unter ihnen 3000 unschuldige Zivilisten. Diese Statistik enthält auch die Aktionen der „Revolutionärbewegung Tupac Amaru“ (MRTA), die im Gegensatz zu den maoistischen „Senderistas“ ideologisch nach Kuba tendiert. Gerüchte kursieren, daß die MRTA Kontakte zur marxistischen „Vereinigten Linien“ (IU) unterhält, der zweitstärksten politischen Kraft des Landes, an

deren Spitze Alfonso Barrantes steht, der Bürgermeister von Lima. IU-Vertreter dementieren energisch.
Garcia taktierte lange vorsichtig zwischen dem linken Lager und den Streitkräften. Er wollte weder seinen Ruf als „progressiver“ Politiker verlieren, noch eine Konfrontation mit den Uniformträgern provozieren. Da sich der Krieg verschärfte, mußte der Präsident erkennen, daß er die Militärs mehr braucht als die Marxisten.

Todesstrafe gefordert

Der sozialdemokratische Staatschef erfüllte in den letzten Monaten manchen Wunsch der Streitkräfte. Anfang Februar verhängte er auch einen Ausnahmezustand über die Sechsmillionen-Metropole Lima, in die sich der Terrorismus immer stärker verlagerte. Jetzt fordert die Armee-Führung die Einführung der Todesstrafe für terroristische Delikte, ein heißes Eisen in Peru. Es sieht danach aus, daß die Entscheidung über diese Frage per Referendum fallen wird.

Enrique Zileri, der Chefredakteur der linksliberalen Wochenzeitschrift „Caretas“, befürchtet: „Dieser Krieg kann die gesamte Amtszeit Garcias überschatten.“ Diese dauert noch vier Jahre.

Beharrlich wartet Haitis KP-Chef René Theodore auf seine Stunde

Von WERNER THOMAS

Unter dem Druck der Unzufriedenheit in der Bevölkerung hat Haitis Präsident Henri Namphy Parlamentswahlen schon im kommenden Jahr zugesagt. Ein wichtiger politischer Faktor wird die kommunistische Partei unter René Theodore sein, die seit dem Sturz des Diktators Jean-Claude Duvalier am 7. Februar wieder öffentlich auftreten kann. Theodore hat 21 seiner 46 Lebensjahre im Exil verbracht. Am 17. März kam er nach Haiti zurück.

Der Heimkehrer verblüfft und verwirrt die Bevölkerung. Ein Fernseh-auftritt Anfang April liefert immer noch Gesprächsstoff. Er hinterläßt den Eindruck eines kultivierten Politikers, der kühl argumentiert und keinen Haß sät. Er reflektiert Charme und Charisma.

Viele Leute fragen: Dieser Mann soll ein Kommunist sein? Der Generalsekretär der „Parti Unifié des Communistes Haitiens“ (Puch) ist selbst überrascht: „So hätte ich mir die Rückkehr nicht vorgestellt“, sagte er der WELT. „Die Arbeit läuft besser als erwartet.“

Von Paris aus hatte der studierte Physiker und Mathematiker Kontakte zu anderen kommunistischen Parteien gepflegt, besonders der kubani-

schen. Als Duvalier stürzte, war Theodore Gast des dritten Kongresses der kubanischen KP.

Auch die Verbindungen zur Heimat ließ er nie abbrechen. „Ich bin oft heimlich in Haiti gewesen.“ Während dieser Aufenthalte habe er sich organisatorischen Aufgaben gewidmet. „Wir unterstützen die Demonstrationen gegen die Duvalier-Diktatur“, berichtete der KP-Chef. Die katholische Kirche habe jedoch eine weit wichtigere Rolle gespielt.

Seit Theodore am 17. März auf dem Flughafen von Port-au-Prince einem Air-France-Jumbo entstieg, kann er seine Parteiarbeit offen betreiben. Sie zielt zur Zeit insbesondere auf den Gewerkschaftssektor ab. In allen Bereichen würden kommunistische Arbeitnehmerverbände gegründet, auch unter den Fahrern der buntemalten Kleinbusse. „Tap taps“ genannt, erzählt er. Die „Tap taps“ können den gesamten öffentlichen Verkehr lahmlegen.

Die Kommunisten möchten sich bald ein eigenes Sprachrohr zulegen. Mittlerweile nutzt Theodore jede Gelegenheit, in den vorhandenen Medien seine Gedanken zu verbreiten.

Er hält nicht viel von dem „Nationalen Regierungsrat“ Namphys, aber

er akzeptierte ihn als „De-facto-Regierung“. Theodore: „Ich vermisse Impulse und Initiativen.“ Zudem würde die Junta nichts tun, um die Duvalieristen zu entmachten. Neben der Linderung der sozialen Probleme – Haiti ist das ärmste Land des amerikanischen Kontinents – nennt Theodore die Bewältigung der Vergangenheit als dringlichste Aufgabe der Namphy-Junta.

Die Parteienlandschaft Haitis wirkt verwirrend und chaotisch. Es gibt bereits mehr als 60 Präsidentschaftskandidaten. Diplomatische Beobachter glauben jedoch, daß zwei Politiker im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen werden: der frühere Finanzminister Marc Bazin, ein Mann der politischen Mitte, und René Theodore.

Der KP-Chef akzeptiert demokratische Spielregeln. Seine Partei werde keine Gewalt anwenden, „es sei denn, daß man uns angreift, dann müssen wir uns verteidigen“. Er plädiert für einen „nationalen Dialog“ und gemeinsame Aktionen mit den anderen politischen Gruppen.

René Theodore bestreitet energisch, daß die haitianischen Kommunisten ferngesteuert werden. „Niemand sagt uns, was wir tun sollen. Wir stehen auf eigenen Füßen.“

Einbruch in schwedische Botschaft in Paris

SAD, Paris

Ein geheimnisvoller Einbruch in der Wohnung des schwedischen Botschafters in Paris gibt der Kriminalpolizei Rätsel auf. Die Einbrecher hatten zuerst den Diplomaten mit einem Schlafmittel betäubt und dann die Wohnung systematisch durchsucht. Gestohlen wurde jedoch – bis auf umgerechnet 250 Mark – nichts. Botschafter Carl Lidbom, ein Freund des ermordeten schwedischen Regierungschefs Olof Palme, glaubt, daß der Überfall etwas mit dem Mord an Palme zu tun hat.

Botschafter Lidbom entdeckte den Einbruch am Sonntagvormittag. „Das gesamte Appartement war durchwühlt“, sagte er, „aber nichts war verschwunden. Nur aus der Hose meines Anzugs hatten die Einbrecher 800 Francs entwendet.“ Lidbom glaubt, daß er von den Unbekannten vor deren Durchsuchungsaktion mit einem Schlafmittel außer Gefecht gesetzt worden ist. Bisher ist nicht bekannt, wie er ohne sein Wissen das Schlafmittel zu sich genommen hat.

In diplomatischen Kreisen von Paris ist man ebenfalls der Meinung, daß der Überfall auf die Wohnung des

Anzeige

Jeden Samstag bietet die WELT Karriere-Chancen.
Gehen Sie auf „Nummer Sicher“ bei Ihrer Berufsplanung. Nutzen Sie den großen Stellenleitfaden für Fach- und Führungskräfte.

Jeden Samstag in der WELT

schwedischen Botschafters mit der Ermordung des schwedischen Regierungschefs Olof Palme am 1. März dieses Jahres im Zusammenhang steht.

01-027

Jeden Samstag in der WELT

Nadschibullah bei Streit verletzt?
AFP, Peking
Der neue afghanische Parteichef Nadschibullah ist nach Angaben der Peking Nachrichtenagentur „Neues China“ in der vergangenen Woche bei einer Auseinandersetzung mit Anhängern von Staatspräsident Babrak Karmal verletzt worden. Der Vorfall habe sich am 2. Juni ereignet, hieß es in der Meldung. Weiter berichtete „Neues China“ von Studentendemonstrationen in Kabul gegen Afghanistans neuen Parteichef.

Der 39-jährige frühere Chef der Sicherheitspolizei hatte am 4. Mai Karmal als Generalsekretär der „Demokratischen Volkspartei Afghanistans“ abgelöst.

Die privaten Banken zur „Begabtenförderung“ Welches Volk möchte schon auf seine besten Köpfe verzichten?



Wer in der Bildungspolitik Chancengleichheit fordert, muß – wie im sportlichen Wettkampf – zwischen Start und Ziel unterscheiden. Am Start herrscht Chancengleichheit, über den Sieg aber entscheidet die Leistung.

Nicht nur im Sport setzt der Bessere sich durch. Das Bessere ist überall Favorit. Die bessere Ware, die bessere Arbeit, die bessere Idee, die besseren Köpfe. Das ist gut für alle; für jene, die viel leisten und für jene, die viel verlangen. Denn wer Spitzenleistungen bringt, dient nicht nur sich selbst, sondern allen, die daran teilhaben. Als Zuschauer, als Kunden, als Mitwirkende. Erfolg hat Breitenwirkung.

Wir privaten Banken meinen: Eine Gesellschaft, die wirtschaftliche und soziale Spitzenleistungen will, kann auf ihre besten Köpfe nicht verzichten. Sie sollte ihnen – wie den Spitzensportlern – die besten Trainingsplätze bieten.

Bundesverband deutscher Banken

Die Privatunternehmen der Kreditwirtschaft: Großbanken, Regionalbanken, Privatbankiers, Hypothekenbanken. Btx *459 00



AIR
omfort
auch

Was ist los mit den Deutschen? Eine Frage, die nicht nur der Westen stellt

Auszüge aus einem Vortrag des außenpolitischen Kanzler-Beraters Horst Telschick

DW, Bonn
In einem Vortrag beim Politischen Seminar der Wirtschaft hat der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers, Ministerialdirektor Horst Telschick, die Auswirkungen strategischer Verteidigungssysteme auf die Interessen der Bundesrepublik Deutschland im Atlantischen Bündnis skizziert. Die WELT dokumentiert die Rede in Auszügen:

Die Aufregung um das amerikanische Forschungsprogramm SDI scheint sich gelegt zu haben. Nach der Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Regierungsabkommens durch BM Bange und US-Verteidigungsminister Weinberger hat sich die Aufmerksamkeit anderen Ereignissen zugewandt.

Anlässe wie die Diskussion um AFG 116, der militärische Schlag der USA gegen Libyen und der Reaktorunfall in Tschernobyl stehen augenblicklich im Vordergrund. Aber vielleicht wird morgen schon ein anderer sensationeller Vorfall die Schlagzeilen beherrschen, die Gefühle der Menschen aufwühlen und die politische Auseinandersetzung prägen. Viele, aus meiner Sicht schon zu viele, setzen diesen raschen Wechsel emotionaler Begegnungen und der damit häufig verbundenen Gefühlswallungen, die oft genug hochgepuscht werden, in ihr politisches Kalkül ein, um letztlich nur ihre eigenen, häufig genug sehr begrenzten Interessen durchzusetzen.

Selbsternannte Intellektuelle strotzen von einer Selbstgefälligkeit, die angesichts ihres Versagens in der Weimarer Republik und angesichts ihrer Kollaterale mit marxistisch autoritären Systemen und Bewegungen höchst fragwürdig ist. Dies alles zeigt bereits Folgen im Ausland. Längst fließt in die offiziellen Gespräche die Frage ein: Was ist mit den Deutschen los? Diese Frage stellen auch Gesprächspartner aus den osteuropäischen Nachbarländern.

Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik Deutschland, angesichts des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit in unserem Land herrscht teilweise schlichtes Unverständnis gegenüber den Ängsten und Aufregungen vieler Deut-

scher, aber auch die Sorge, wohin das politische Führen wird... Dies sind Fragen unserer Nachbarn, unserer Bündnispartner an die Stabilität der deutschen Demokratie und an den Standort der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik.

Was hat das alles mit SDI zu tun?

● Erstens haben viele zu spät begriffen, daß es sich bei der Rede vom 23. März 1983 nicht um ein Hürdenprogramm des amerikanischen Präsidenten handelte, der öffentlich über Visionen meditierte und von manchen deshalb als wildgewordener



Vertrauter Kolbe: Horst Telschick
FOTO: WERNER SCHÖNING

Cowboy abgetan wurde. Vielmehr hat Präsident Reagan bereits ein Jahr später, im Januar 1984, seine Direktive erteilt, ein zunächst auf fünf Jahre befristetes Forschungsprogramm durchzuführen.

● Zweitens erfolgte diese Ankündigung ohne jede Konsultation mit den Bündnispartnern. Weder unsere Zustimmung noch unsere Ablehnung waren gefragt. Es war eine persönliche Entscheidung des amerikanischen Präsidenten.

● Drittens traf die Erklärung von Präsident Reagan 1983 mit dem Höhepunkt der leidenschaftlichen Auseinandersetzung um den Doppelschluß der NATO zusammen. Erst 1984 wurde den Europäern die Dimension der amerikanischen Absichten mit SDI bewußt und erst 1985 wurden erste konkrete Schlussfolgerungen gezogen.

● Viertens war eine gemeinsame europäische Position nicht erreichbar, weil die Interessen zwischen atomaren und nichtatomaren, zwischen hochtechnisierten und weniger technisierten europäischen Staaten zu unterschiedlich sind...

● Fünftens geriet SDI sofort in die Mühle der innenpolitischen Auseinandersetzung, die bis heute eine sachliche öffentliche Auseinandersetzung kaum zuläßt, vor allem über die Frage: Was sind die Folgen strategischer Verteidigungssysteme für Westeuropa und damit für die Bundesrepublik Deutschland?

Ich behaupte, daß wir zu keinem Zeitpunkt vor der Möglichkeit gestanden haben, SDI zu verhindern oder zu befördern. Aber wir standen von Anfang an vor der Notwendigkeit, darüber nachzudenken, welche außenpolitischen Folgen, welche sicherheitspolitischen, welche rüstungskontrollpolitischen und welche wirtschaftlich-technologischen Konsequenzen werden solche Forschungsprogramme, werden solche strategischen Verteidigungssysteme in West und Ost haben...

Zieht man Bilanz der möglichen Auswirkungen strategischer Verteidigungssysteme auf die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, so bleibt die Erkenntnis, daß die amerikanischen und sowjetischen Forschungen auf dem Gebiet strategischer Verteidigungssysteme und ihre möglichen Ergebnisse dramatische Folgen für die außen- und sicherheitspolitischen Interessen unseres Landes haben können.

Unsere Schlussfolgerung daraus kann nur lauten, daß wir uns diesem Prozess nicht fatalistisch ausliefern, sondern versuchen, zweierlei zu erreichen: Erstens so viele Informationen wie möglich zu erhalten, um diese Entwicklungen überhaupt einschätzen zu können; zweitens zu versuchen, diesen Prozess mitzubestimmen, auf ihn einzuwirken, wo und wann immer dies möglich ist, um unsere eigenen Interessen schützen und wahrnehmen zu können. Und weil beide offensichtlich am wenigsten in Moskau zu erreichen ist, müssen wir es vor allem bei unserem Freund und Bündnispartner USA versuchen. Dort ist es oftmals schon schwer genug, aber wir müssen jede Chance nutzen. Auch deshalb bleibt die Freundschaft mit den USA für uns so wichtig.

Blitzschnelle Antwort von der Silberscheibe

Als Konkurrenz für Datenbanken ist die Compact-Disc auf dem Weg, sich eine elektronische Marktnische zu erobern

Von FRANZ FITZKE

Noch vor wenigen Jahren war es kaum vorstellbar, einen leistungsfähigen Computer in der Akkordtasche mit sich herumtragen zu können. Und bis vor kurzem verband man mit dem Begriff Datenbank ein mehr oder weniger großes Rechenzentrum, welches mit Hilfe von stationären oder auch transportablen Terminals, auf alle Fälle aber über kilometerlange Leitungssysteme wie das Telefonnetz oder Data-P angeschlossen war.

Inzwischen eröffnen sich im expansiven Bereich der elektronischen Informationsbewirtschaftung neue Wege der Datenverteilung: Laser-optische Techniken gestatten nicht nur die breitbandige Übermittlung in Kommunikationsnetzen, sondern auch das Kopieren von umfangreichen Datenbeständen auf dezentrale Speichermedien wie die bierdeckelgroße Compact Disc, kurz CD genannt.

Der dezentrale Zugriff auf diese CD-ROM (Read Only Memory) mittels Personalcomputer ermöglicht wiederum branchenorientierte Informationssysteme, deren Software nicht mehr alle Eigenschaften der Groß-EDV haben muß. Rein qualitativ bedeutet das eine wirklich handhabbare Benutzeroberfläche, die im Gegensatz zu bisherigen Online-Datenbanken den speziellen Bedürfnissen und Gewohnheiten der jeweiligen Nutzer bzw. Branchen in hohem Maß entspricht.

Ohne Zweifel ist die Compact Disc als Informationsspeicher, der über 500 Millionen Zeichen fassen kann, eine ernstzunehmende Bedrohung für die Online-Datenbankdienste. Von den rund 3000 internationalen Rechenzentren für die Fernabfrage aufgetragenen Datenbanken passen mehr als 2000 auf eine einzige CD-ROM-Scheibe. Für den deutschen Markt noch prägnanter: Das gesamte Informationsangebot des in Bundespost-Rechnern mit Millionenaufwand abgespeicherten Btx-Dienstes ließe sich auf zwei Compact Discs pressen.

„Schallplatte“ mit Lexikon

Erste Pilotdemonstrationen waren hierzu auf der letzten Frankfurter Buchmesse zu sehen. Dort präsentierten Verlage aus England, den USA und Japan bibliographische bzw. lexikalische Datenbanken auf der Compact Disc, die via Personalcomputer „vor Ort“ abgefragt werden konnten. Mittlerweile sind 40 bis 50

marktfähige Anwendungen vor allem in den USA entwickelt worden: das Preisspektrum für diese Informations-Silberlinge reicht von 500 DM für die komplette elektronische Grolier-Enzyklopädie (in Buchform umfaßt sie 20 Bände) bis hin zu 50 000 DM Jahresabonnement für die Computat-Firmeninformationen.

Abspielgeräte für die Compact Disc sind inzwischen auch für den Personalcomputer-Anschluß im Fachhandel zum Preis von ca. 5000 DM (einschließlich Interface-Steckkarte) erhältlich. Beispielsweise entspricht einer der angebotenen CD-ROM-Player der Größe eines 5,25-Zoll-Diskettenlaufwerks und kann mit seinen vorhandenen Standard-

stände bereits in elektronischer Form vorliegen, sei ein marktfähiges CD-ROM-Endprodukt unter 100 000 DM nicht zu machen.

In Gütersloh sieht man in maßgeschneiderten Datenbanken die eigentliche Marktnische für die CD-ROM. Als erste Anwendung wurde die von der Bertelsmann Software GmbH entwickelte Online-Datenbank BOOK, welche die Bibliographie aller im deutschsprachigen Raum lieferbaren Bücher enthält, auf eine Compact Disc gebracht. Die Standard-Hardware des Abfragesystems besteht aus einem MS-DOS-kompatiblen Personalcomputer und einem handelsüblichen CD-ROM-Laufwerk. Zur Darstellung genügt jeder herkömmliche TV-Schirm.

In der oberen Hälfte des Bildschirms, dem Suchbereich, erscheinen die vier Zeilen ISBN, Autor, Titel (einschließlich Untertitel) und Verlag. In eine oder mehrere dieser Zeilen tippt der Buchhändler jene Informationen ein, die er über das gesuchte Buch besitzt. Die vier Daten sind so aufgebaut, daß auch mit Abkürzungen, Stichworten, usw. gearbeitet werden kann.



Löschebare Bildplatten, die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Speichermedien
FOTO: BM

Nach der Eingabe z.B. eines Autorennamens meldet BOOK die Anzahl der gefundenen Bücher und zeigt alle lieferbaren Titel mit weiterführenden Angaben in einer Kurzliste im unteren Bildschirmbereich. Hier erscheint auf Abruf ebenso die vollständige, für den Buchhändler relevante Information über eine ganz bestimmte Publikation. Die systeminterne Zugriffszeit beträgt durchschnittlich nur eine halbe Sekunde. Entscheidend für den Nutzer ist freilich die gesamte Antwortzeit, d.h., wie lange es dauert, bis die gesuchten Informationen auf dem Bildschirm zu sehen sind.

Wenn alle Titelangaben vollständig auf dem Schirm erschienen sind, kann der Buchhändler - wenn er es wünscht - sofort mit BOOK bestellen. Denn letztendlich ergibt die computergestützte Büchersuche in einer (Offline-) Datenbank nur dann einen Sinn, wenn über eine Online-Verbin-

Wiesbaden: Vororte stimmen jetzt ab

Nea, Mainz
In dieser Woche stimmen mehr als 18 000 Wahlberechtigte in den drei rechtsrheinischen, seit 1945 zu Wiesbaden gehörenden Mainzer Vororten Amöneburg, Kastel und Kirschheim darüber ab, ob sie künftig wieder zu Mainz gehören, bei Wiesbaden bleiben oder als selbständige Gemeinden dem hessischen Landkreis Groß-Gerau angegliedert werden wollen. Der Mainzer Oberbürgermeister Fuchs (SPD) sprach gestern gegenüber der WELT von „Unregelmäßigkeiten“ bei der Befragung: „Wenn sich 60 Prozent für eine Rückkehr nach Mainz aussprechen, würde das ein politisches Faktum sein, an dem auch das Land Hessen und die Stadt Wiesbaden nicht mehr vorbei können.“

Kirche plant ein Philosophie-Institut

KNA, Hildesheim
Die Gründung eines Instituts für Philosophie in kirchlicher Trägerschaft plant der Bischof von Hildesheim, Josef Höffner. Das Institut soll vor allem zur philosophischen Grundlagenforschung beitragen. Als Standort ist die niedersächsische Landeshauptstadt Hannover im Gespräch. Arbeitsschwerpunkte des Zentrums sollen die Sozial- und Naturphilosophie und die philosophischen Grundlagen der Theologie sein. Als Arbeitsformen werden die Forschung, die Beratung von Kirche, Staat und Gesellschaft, Lehrveranstaltungen in Verbindung mit den Forschungsvorhaben und die Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse genannt.

Brandanschläge in Berlin

AP, Berlin
Unbekannte haben in der Nacht zu Montag in Berlin zwei Fahrzeuge des Axel Springer Verlages und einen Funkwagen der Polizei in Brand gesetzt. Wie die Polizei mitteilte, brannten die zwei Lieferwagen des Verlages auf dem Parkplatz des Firmengeländes in der Kochstraße völlig aus. Ein drittes Fahrzeug sei durch Hitzeentwicklung beschädigt worden. Am Ort wurde ein Benzinkanister gefunden. Hinweise auf die Täter gebe es bisher nicht, erklärte ein Polizeisprecher. Zunächst keine Hinweise hatte die Polizei auch auf die Täter, die im Berliner Bezirk Wedding einen Streifenwagen der Polizei in Brand setzten. Die Beamten ermittelten wegen Ruhestörung in einem Wohnhaus.

Anschläge gegen Menschenleben

Verfassungsschutzbericht: „RAF“ und „Revolutionäre Zellen“ waren besonders brutal

GÜNTHER BADING, Bonn
Der Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums für 1985, der heute veröffentlicht werden soll, hebt neben der ansteigenden Zahl von terroristischen Gewalttaten die besondere Brutalität dieser Aktionen von „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und „Revolutionären Zellen“ (RZ) hervor. Die RAF verübte auch im vergangenen Jahr wieder Anschläge, die auf die Tötung von Menschen gerichtet waren:

- Am 1. Februar 1985 wurde der Vorsitzende der Firma MTU, Ernst Zimmermann, ermordet;
- am 7.8. August 1985 wurde der amerikanische Soldat Edward F. Pimental in der Nähe von Wiesbaden getötet, und
- am 8. August 1985 verübte die RAF einen Sprengstoffanschlag auf die Rhein-Main-Air Base der amerikanischen Luftwaffe in Frankfurt. Dabei wurden zwei amerikanische Staatsangehörige getötet und elf weitere Personen zum Teil schwer verletzt.

Neben der „Rote Armee Fraktion“ traten sowohl die „Revolutionären Zellen“ als auch sonstige kleine Gruppierungen oder Einzelpersonen mit Anschlägen in Erscheinung. Waren 1984 noch 116 Brand- und Sprengstofftaten dieser Kleingruppen verzeichnet worden, so stieg diese Zahl im vergangenen Jahr auf 162 an. Diese Gruppierungen werden vom Verfassungsschutz der sogenannten „autonomen linksextremistischen Szene“ zugeordnet. Sie orientieren sich zumeist am Konzept der Revolutionären Zellen, haben aber kaum Verbindung zu diesen.

Nicht verwirklicht hat sich nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutz der von der Rote Armee Fraktion und ihrem militanten Umfeld um die Jahreswende 1984/85 in Erklärungen angekündigte Aufbau einer einheitlichen „westeuropäischen Guerrilla“. Im Vordergrund dieser Bemühungen stand das Bündnis zwischen der „Rote Armee Fraktion“ und der französischen „Action Directe“ (AD). Diese Terrorgruppen erklärten Mitte Januar in einem gemeinsamen Kommuniqué für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa, sie wollten als Teil der westeuropäischen Guerrilla ihren Kampf gegen die imperialistischen Staaten durch Anschläge gegen die zentralen

imperialistischen Strategien gemeinsam führen“, heißt es im Verfassungsschutzbericht. Auf diese Veröffentlichung folgten die Morden an dem französischen General René Audran am 25. Januar 1985 in Paris und am MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann am 1. Februar in Gauting bei München. Damit, so hieß es in der von der RAF herausgegebenen Untergrundzeitschrift „Zusammen kämpfen“, habe man den „Motor des imperialistischen Europa-Projekts“, die „Achse Paris-Bonn“, angreifen wollen. RAF und AD bekamen sich auch gemeinsam zu dem Anschlag auf die Rhein-Main-Air Base am 8. August 1985. Dennoch ist es nicht zu einer weiteren organisatorischen und logistischen Zusammenarbeit beider Gruppen gekommen.

Solidaritätsaktionen

Zumindest im logistischen Bereich allerdings kam es wohl zur Zusammenarbeit zwischen RAF und AD mit den belgischen Terrorgruppen „Cellules Communistes Combattantes“ (CCC) und „Front Révolutionnaire d'Action Proletarienne“ (FRAP). Der Hungerstreik der inhaftierten RAF-Mitglieder führte zu Solidaritätsaktionen linksextremistischer Gruppen in den Niederlanden, Belgien, Frankreich, Spanien, der Schweiz und Dänemark. Angehörige der spanischen Terrororganisation „Grupo“ bekannten sich in diesem Zusammenhang zu einem versuchten Sprengstoffanschlag auf die Daimler-Benz-Niederlassung in Barcelona.

Fand in Würzburg der Naturschutz wieder zur Geschlossenheit zurück?

Der Deutsche Umweltag verabschiedet einen Katalog von Forderungen an die Politik

Von HUBERT BÄTZ

Mit der „Würzburger Erklärung“ endete am Sonntag der erste deutsche Umweltag, eine gemeinsame Großveranstaltung von sieben Natur- und Umweltschutzverbänden. Ziel des Treffens war es, einen Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen zu ermöglichen und gemeinsame Forderungen aufzustellen. Kernpunkt der gemeinsamen Erklärung ist die Forderung nach Stilllegung aller Atomanlagen in Ost und West. Allerdings wird für diese Forderung kein Zeitpunkt gesetzt.

Drei Tage lang diskutierten die 30 000 Teilnehmer in sieben verschiedenen Foren, die in 50 Arbeitskreise aufgeteilt waren. Dabei standen die Themen Tschernobyl und Wackersdorf im Mittelpunkt. Die siebenstündige Würzburger Erklärung faßt das Ergebnis dieser Diskussionen zusammen. Sie dient nach Angaben der Veranstalter dazu, die Position der Umweltschützer darzustellen und Forderungen an die Politik zu richten.

Gemeinsames Handeln - ein mühsamer Kompromiß

Die Erklärung entstand als Kompromißlösung, die in der Zukunft gemeinsames Handeln ermöglichen soll, auch wenn mancher Verband - wie der Bundesverband der Bürgerinitiativen - seine Forderungen nicht genügend berücksichtigt fand.

In der Erklärung wird verlangt, die Bauarbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und dem Schnellbrüter in Kalkar unverzüglich zu stoppen. Die Atomenergiediskussion schien vor Beginn des Umwelttages die Möglichkeit einer Spaltung der Umweltschutzbewegung zu enthalten. Sie entpuppte sich nach Tschernobyl als weit weniger brisant für den deutschen Umweltag und für die angestrebte Einigung der Verbände als für die Politiker. Wegen des russischen Atom-Unfalls wurde daher am Freitag noch ein Sonderforum „Lehren aus Tschernobyl“ eingerichtet. Obwohl man auf der Seite der Kernenergiebefür-

worter zwar namhafte Experten und Betreiber von Atomkraftwerken eingeladen hatte, sagten diese jedoch ab.

Bei der Suche nach Gemeinsamkeit und dem schier unübersehbaren Angebot an Foren, Arbeitskreisen und Tagungen blieben jedoch manche Einzelheiten und Kontroversen auf der Strecke. „Das war mir viel zu wenig konkret, da hätte man doch stärker einsteigen können“, bemängelte ein Besucher des Arbeitskreises, der sich mit den „Konzepten neuen Wirtschaftens“ befaßte, einem eher sperrigen Thema der Umweltdiskussion.

Fruchtbarer war da schon die Diskussion in den Arbeitskreisen. Besonders groß war der Andrang beim Forum II „Leben als Maß aller Dinge“. Die Besucher standen sowohl beim Arbeitskreis I der Sport fair zur Natur“ wie beim von Prof. Bernhard Grzimek geleiteten Gruppe „Mühsams Ache Noah“ auf den Gängen. Auch der Arbeitskreis „Umweltgerechtes Verbraucherverhalten vom Rat zur Tat“ war hoffnungslos überfüllt. Insgesamt hat sich der Eindruck der Veranstalter bestätigt, daß man überraschend wenig kontrovers miteinander diskutiert hat: „Man hat sich aufeinander zubewegt.“ Kündigt sich jetzt eine neue Qualität der Umweltbewegung an?

Die übrigen Forderungen der Würzburger Erklärung sind in den Grundzügen weitgehend bekannt, da sie bereits früher in ähnlicher Form

erhoben wurden. Es sind Forderungen zum Landschaftsschutz, zur Landwirtschaft, zur Wirtschaft und zum Energiebereich. Im Bereich der Luft- und Gewässerreinigung wird auch eine Verschärfung der Vorschriften zum Schutz vor radioaktiver Strahlung gefordert.

Weltweites Moratorium für die Gentechnologie

für die Gentechnologie

Das Problem der Ahlsten will man durch Besteuerung von Grundchemikalien lösen. Im Verkehrsbereich sollen umweltfreundliche Verkehrsarten verschiedener gefördert werden. Breiten Raum nahmen Fragen aus der Technik, Forschung und Ausbildung ein. So fordert man in diesen Bereichen beispielsweise ein weltweites Moratorium für Gentechnologie, die Entwicklung eines Forschungsprogramms mit Schwerpunkt Ökosystemforschung, und die Einsetzung des Umweltschutzes als Grundrecht.

Das Durchschnittsalter der Teilnehmer lag zwischen 15 und 35 Jahren. Zahllose Jugendliche pilgerten mit der zum Umweltag eigens geschaffenen billigen grünen Umweltkarte der Würzburger Verkehrsverbünde durch die Stadt. Die Veranstaltung waren über das gesamte Stadtgebiet verstreut, viele fanden in kirchlichen und städtischen Häusern statt. Einrichtungen, die direkt der bayerischen Staatsregierung unterstanden, so etwa die Festung Marienberg, die von der Bayerischen Schlösser- und Seeverwaltung benutzigt wird, durfte nicht genutzt werden.

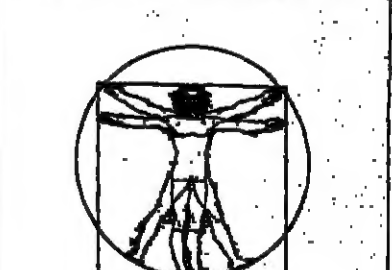
Die CSU hatte schon im Vorfeld der Veranstaltung heftige Kritik geübt und das Treffen als eine Werbeweranstaltung für die SPD und die Grünen bezeichnet. Vertreter von CDU und CSU hatten deshalb weitgehend ihre Teilnahme abgesagt.

Hauptfeind des Umwelttages aber waren nicht die politischen Auseinandersetzungen, sondern Kälte und Regen. Es war dennoch erstaunlich, was die überwiegend ehrenamtlichen Helfer mit einem - wenn auch stark zusammengebrochenen - Kulturprogramm auf die Beine stellten.

NOTIZEN

Verseuchte Brunnen

Bergamo (dpa) - Die Verseuchung öffentlicher Brunnen in Norditalien durch ein Unkrautvernichtungsmittel hat katastrophenhafte Ausmaße angenommen (s. WELT vom 6. Juni). Wie die Turiner Zeitung „Stampa Sera“ gestern berichtete, können etwa 250 000 Menschen in 44 Gemeinden der Provinz von Bergamo das Leitungswasser nicht mehr zum Kochen oder Trinken verwenden. Die Aufhebung des Notstands dürfte noch Monate auf sich warten lassen, da neue Brun-



nen gebohrt werden müssen, um die alten verschmutzten zu ersetzen.

Neue Verzögerungen

Washington (AFP) - Die nach der Challenger-Katastrophe vom 28. Januar eingestellten Flüge der amerikanischen Raumfähre können möglicherweise erst im Frühjahr 1988 und nicht wie von der Nasa geplant im Juli 1987 wieder aufgenommen werden. Das versicherte am Sonntag die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC unter Hinweis auf die langwierigen und kostspieligen Versuchsreihen, die mit den neuen Zusatzraketen notwendig sein werden. Ähnlich äußerte sich gegenüber NBC auch der ehemalige Astronaut und Raumfahrtspilot Robert Overmeyer.

Walfangkommission tagt

Malmö (AP) - In der schwedischen Stadt Malmö begann gestern die 38. Jahrestagung der 41 Mitgliedsländer zählenden internationalen Walfangkommission. Auf der bis Freitag dauernden Tagung dürfte es zu Auseinandersetzungen zwischen jenen Ländern kommen, die sich an das im Jahre 1982 beschlossene Verbot der kommerziellen Jagd auf Wale im Zeitraum 1986 bis 1990 halten, und Norwegen, Japan und der Sowjetunion, die nach Auskunft von Umweltschützern das Moratorium offen mißachten.

سكننا فيه لرحله

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Nein des Grundgesetzes“

Das Thema „Außenpolitik der Länder“ ist nicht neu. Es ist zum ersten Mal 1980/81 hitzig diskutiert worden, als es um die Ratifizierung des Schuman-Plans ging. Damals löste man die Frage mit einem Trick: da Kohle und Stahl fast ausschließlich in Nordrhein-Westfalen lagen (das Saarland gehörte nicht zur Bundesrepublik) genügte ein Einverständnis der Düsseldorf-Regierung. Heute ist das Europa-Thema wieder sehr aktuell, aber

haben weder Kalifornien noch Kanton Zürich Vertretungen im Ausland. Kanada kennt allerdings diese Schwierigkeit. Will sich aber Bayern in seiner Problematik mit Québec vergleichen?

Die Kulturhoheit schafft echte Probleme, sei es nur weil die Bundesregierung nichts tun kann, um den französischen Unterricht zu fördern, also für die Verteidigung der deutschen Sprache in den französischen Schulen auf den guten Willen der Pariser Regierung angewiesen ist. Der Bremer Ministerpräsident spricht zwar mit dem französischen Erziehungsminister im Namen aller Länder, aber er ist weitgehend machtlos – vor allem einer echten Macht gegenüber, die sich immer mehr als eigenständig fühlt und benimmt, nämlich die Ständige Konferenz der Kultusminister, die z. B. in der Vorbereitung der deutsch-französischen Begegnungen, die den „Kulturpakt“ der Regierung im Herbst vorbereiten sollen, immer mehr als zentrale Instanz auftritt, mehr be- sorgt, die Befugnisse der Länder zu beweisen, als international schöpferisch zu wirken. Wenn ich auf Frankreich sehe, wünsche ich mir mehr Förderalismus. Wenn ich die Bundesrepublik betrachte, wird mir etwas bange!

Alfred Grosser,
Professor am Institut d'études
politiques, Paris

Der Irrtum

„Martens will sparen um Schulden zu ver-
tuschen“, WELT vom 31. Mai

Sehr geehrte Herren,
in Ihrem Bericht aus Brüssel spre- chen Sie von einem belgischen Mini- sterpräsidenten. Den gibt es nicht. Es gibt nur einen Premierminister. Diese Bezeichnung gilt auch für alle amtli- chen Veröffentlichungen im deutsch- sprachigen Gebiet Belgiens.

Der Irrtum, den belgischen Pre- mierminister als Ministerpräsidenten zu bezeichnen, wird oft, vor allem in Holland, begangen.

Staatsrechtlich ist die Bezeichnung Premierminister in allen drei Lan- des- sprachen Belgiens aus historisch- poli- tischen Gründen verankert. Mini- ster-Präsident sind die Chefs der Exekutivbehörden der belgischen Regionen, der flämischen, der wallo- nischen und der deutschsprachigen.

Auch der Bindestrich, der hierzulande für alle Texte vorgeschrieben ist, hat seine Bedeutung und beruht auf den verfassungsrechtlichen Vor- schriften für die Bildung und Zusam- mensetzung der Nationalregierung und der Regionalregierungen.

Betrachten Sie diese Zeilen bitte nicht als Kritik, sondern als einen kleinen Hinweis eines Freundes Ihrer so informationsreichen Zeitung.

Hochachtungsvoll
Kurt Grunbaum,
Brüssel

„Kein Gau“

„Der GAU im Gehirn“, WELT vom 29. Mai

Sehr geehrter Herr Dr. Zehm,
man kann nur hoffen, daß Ihr Arti- kel über den GAU, der nur in den Gehirnen einiger Leute bei SPD und den Grünen sowie bei Berichterstat- tern stattgefunden hat, einige Wir- kung auf die Meinungsbildung in der Bevölkerung hat. Natürlich war es ein sehr unangenehmer Unfall; aber doch kein GAU.

Einmal muß doch gesagt werden, wie Herr Wallmann auf dem Parteitag in Kassel, daß es ein risikoloses Le- ben nicht gibt, zum anderen, daß das Leben normalerweise mit dem Tode endet und daß nur die allerwenigsten Menschen einfach im Alter von 120 Jahren an Altersschwäche sterben. In einer technikfreien Welt war das Durchschnittsalter etwa 20 Jahre, heute ist es mit allen „Gefährdungen“ durch die Technik immerhin über 70.

Vielleicht sind die Menschen hier in unserem Wohlfahrtsstaat so an- greifbar durch potentielle Risiken, weil unser Leben so extrem gesichert ist. Es gibt ja praktisch nur Gefähr- dungen durch Chaoten, Verbrecher und Verkehr. Wir leben i. a. so sicher, daß die Bevölkerung schon über eine nur theoretische Gefährdung in Pa- nik ausbricht, natürlich aufgepuscht durch verantwortungslose Politiker.

Dr. Erich Zieler,
Hamburg 60

Wort des Tages

„Die Freiheit ist das
Recht, alles zu tun, was
die Gesetze erlauben.“

Charles de Montesquieu,
französischer Autor und
Philosoph (1689–1755)

Die Orgel

„Wieder einmal auf alte Orgelkulturen
steigen“, Geistliche WELT vom 24. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Artikel zu dem Buch von Georg Brenninger „Wieder einmal auf alte Orgelkulturen steigen“ von unserem Kultusminister-Organisten Professor Hans Mayer entsprach voll meinen eigenen Bestrebungen, die Orgel aus ihrer Emporenanonymität herunter in die Zuhörerschaft zu holen und den Leuten zu zeigen, daß die Orgel nicht nur spielt, sondern in der Lage ist, eine eigenständige musikalische Aussage zu machen. Ich versuche dies- ses Ziel in Orgelführungen und Orgel- fahrten, die stets außerordentlich gut besucht sind und von regem Publi- kumsinteresse zeugen, sowie auch in Volkshochschulkursen zu verwirkli- chen.

Mit freundlichem Gruß
Günter Seggermann,
Hamburg 60

Schlüssel „M“

„Zwischen Heldentat und Taten-
götter: Leber“, WELT vom 31. Mai

Sehr geehrter Herr Bauer,
ob Kaleu Fritz Julius Lemp tat- sächlich und ausschließlich dafür verantwortlich gemacht werden kann, daß der Schlüssel „M“ in die Hände der Gegner geriet, ist zweifel- haft. Obwohl bei der U-Boot-Führung des öfteren der Verdacht auftauchte, der Gegner könne den U-Boot-Funk- entschlüsseln, verwarf man immer wieder den Gedanken. Man wollte es einfach nicht glauben, schließlich bot dieses Verfahren 1023 Verschlüsse- lungsmöglichkeiten.

Zunächst erbeuteten die Engländer 1941 bei der Kaperung dreier deutscher Hilfskreuzer Schlüsselma- terial und Schlüsselwalzen „von un- schätzbarem Wert“, wie es hieß. Da- nach kaperten sie am 3. Mai 1941 U 110 vor Island, dessen Komman- dant vorher gefallen war. Dabei er- beuteten sie eine komplette Schlüs- selmaschine samt Unterlagen. Schließlich ergab sich U 870 am 27. August 1941 einem Flugzeug; es war vorher von diesem angegriffen und beschädigt worden. Das Boot wurde von den Engländern geborgen.

Man war auch nach dem Kriege so fest von der Sicherheit des Schlüssels „M“ überzeugt, daß man ihn beim Bundesgrenzschutz (See) bis in die Mitte der 50er Jahre einsetzte – ich habe dort selbst mit ihm gearbeitet!

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Personen

VERNISSAGE

„Seid nett zueinander“, möchte man über die Malereien der deutsch- stämmigen Argentinierin Tilda Thamar schreiben, die zur Zeit im Ibero-Club in der Bonner Adenau- erallee zu betrachten sind. Die Künstlerin, die sich auch in über 50 Filmen als Leinwandstar einen Na- men machte und das Malen an den Pariser „Beaux Arts“ lehrt, malt Tie- re und Landschaften aus ihrer Hei- mat, den nordargentinischen Ur- wald. La Fontaine, der Fabeldichter, und Henri Rousseau, der Maler ver- träumter Romantik, sind ihre Vor- bilder. „Die Welt ist so schwarz – ich weigere mich, auch noch schwarz zu malen“, erklärt die heute in Frank- reich lebende Künstlerin ihre heit- re Kunst. Tilda Thamar hat schon in Frankfurt am Main und München ausgestellt.

GEBURTSTAGE

Heute feiert Prinz Philip, Herzog von Edinburgh, seinen 65. Ge- burtstag. Schon vor 30 Jahren soll Prinz Philip die heute allseits akzep- tierte Erkenntnis geäußert haben, daß die königliche Familie für ihre Zuwendungen aus dem Staatshaushalt auch ein „bißchen Schau“ bie- ten müsse. Nun läßt die unumstößli- che Rollenverteilung in Großbritannien die Monarchie dem Gemahl der Königin zwar nicht viel Raum für große Solo-Auftritte, ganz still und leise mochte Philip seine Rolle an



Prinz Philip

der Seite von Elizabeth II. aber doch nicht spielen. Seine offenen und gelegentlich ohne Rücksicht auf höfische Etikette gemachten Be- merkungen sind berühmt. Wenn der Prinz die britischen Unternehmer und Gewerkschaften gleichermaßen mahnt, mehr für die Produktivität

der siechenden Wirtschaft zu tun, dann widerspricht ihm kaum je- mand.

*

Oberkirchenrat Hartmut Mitzen- heim aus Eisenach feierte gestern seinen 65. Geburtstag. Der in Saal- feld an der Saale geborene Sohn des früheren Thüringer Landesbischofs Moritz Mitzenheim ist seit 1976 lei- tender Jurist der Verwaltungsbehör- de der Thüringischen Evangeli- schen Landeskirche. Er ist außer- dem juristischer Stellvertreter des Landesbischofs von Thüringen. En- de dieses Jahres wird er in den Ru- hestand verabschiedet. Mitzenheim ist Mitglied der CDU und gehört seit 1976 der „DDR“-Volkskammer an.

EHRUNG

Wilhelm Rawe, Parlamentä- scher Staatssekretär im Bundes- postministerium, ist mit dem Gro- ßen Bundesverdienstkreuz mit Stern des Bundesverdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Rawe be- gann als Betriebsarbeiter bei der Deutschen Bundesbahn. Er durch- lief erfolgreich den unteren, mittle- ren und gehobenen Beamtendienst, holte in Abendkursen das Abitur nach und studierte anschließend in Münster Jura. Seit 1971 ist er Rechtsanwalt und seit 1977 auch No- tar. Dem Bundestag gehört er seit 1971 an. In seiner Parlamentsarbeit übernahm er unter anderem das Amt des parlamentarischen Ge- schäftsführers der CDU/CSU-Bun- destagsfraktion.

KIRCHE

Zum neuen Erzbischof von Pisa hat Papst Johannes Paul II. den bi- sherigen Weihbischof in der Diözese Rom, Alessandro Plotti, ernannt. Plotti ist 53 Jahre alt und stammt aus Bologna. Von 1961 bis 1972 war er Studenten-Seelsorger an der me- dizinischen Fakultät der katholi- schen Herz-Jesu-Universität Italiens in Rom und von 1972 bis 1980 Pfarrer und Dekan (Dechant) in Rom. Johannes Paul II. ernannte ihn im Dezember 1980 zum Weihbischof in der Ewigen Stadt.

FILM

Der Filmregisseur Werner Her- zog, Jahrgang 1942, hat sich vom Beginn seiner Laufbahn an immer um Randfiguren der Gesellschaft

gekümmert, die das Schicksal ver- nachlässigt hatte. Nicht etwa um sie als Schaubjekte zu benutzen, son- dern um mit viel Einfühlungsvermö- gen und Mitgefühl auf ihre Situation aufmerksam zu machen, gleich ob es sich nun um behinderte Kinder, um eine taubblinde Frau, um Zwerge oder um „Kaspar Hauser“ handelte.



Werner Herzog

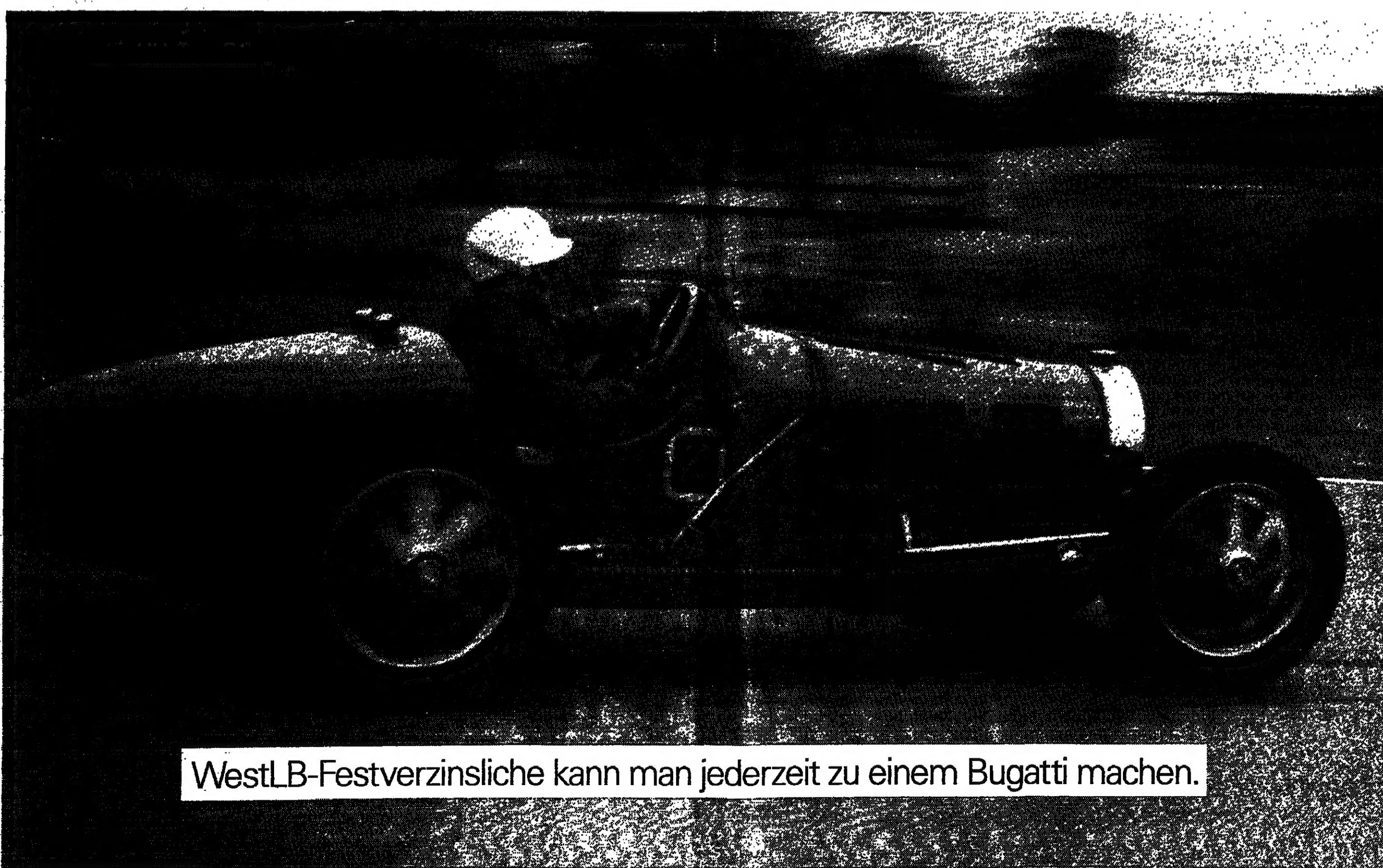
– ein Streifen, mit dem er 1974 sei- nen internationalen Ruf, einer der besten Regisseure des Neuen Deut- schen Films zu sein, endgültig fest- stellte. Soeben gab der Regisseur nun bekannt, daß er seinen näch- sten Film im Nordosten Brasiliens abkurbeln werde. Sein Thema: der Sklavenhandel, „ein menschliches Drama“ – so Herzog – „von höch- stem Ausmaß“ und folglich ein Leinwand-Sujet par excellence.

WAHL

Der bisherige Fleurop-Präsident, Arthur Kuhn (66), ist auf der Gesell- schafter- und Aufsichtsratssitzung einstimmig als Präsident der Fleu- rop-Interflora Landesabteilung Deutschland in seinem Amt bestä- tigt worden. 1974 zum ersten Mal zum Präsidenten gewählt, hat der Nürnberger Florist sich große Ver- dienste um die Interessen der deut- schen Landesabteilung mit seinen 10 400 Mitgliedern in der internati- onalen Fleurop-Interflora-Organisa- tion erworben.

GESTORBEN

Werner Müller-Reymann, Chefre- dakteur und Chefflektor der Verlags- gruppe Pabel/Moewig, ist auf der Autobahn tödlich verunglückt. Seit 1977 war er Chefredakteur bei „wer- ben & verkaufen“ und von 1980 bis 1983 Chefredakteur bei „Tips für Gourmets“.



WestLB-Festverzinsliche kann man jederzeit zu einem Bugatti machen.

Auch lukrativ für alle, die eigentlich mit ihrem Geld etwas anderes vorhaben: die Festverzinslichen der WestLB.

Sie sind gut angelegtes Geld mit gesicherten Erträgen über die gesamte Laufzeit hinweg. Aber das ist nicht

alles. Ein anderer Vorteil: die kurzfristige Verfügbarkeit.

In dem Moment, wo Sie Bargeld benötigen, können Sie unsere Papiere jederzeit zu einem marktgerechten Preis veräußern und den Bugatti kaufen.

Ein Beispiel, das für viele steht.

Bis dahin jedoch empfiehlt sich Ihnen das breitgefächerte Angebot an Festverzinslichen, das wir als Landesbank und Sparkassen-Zentralinstitut von Nordrhein-Westfalen und Dauer-

emittent zu bieten haben: Pfandbriefe, Kommunalobligationen, Bankschuldver- schreibungen, Zerobonds sowie Schuld- scheine und Namensschuldverschrei- bungen. Mit unterschiedlichen Laufzeiten. Für Ihre ganz individuelle Anlage.

WestLB

Die Bank Ihrer Initiativen.

Westdeutsche Landesbank Girozentrale

WELTMEISTERSCHAFT / Deutschland hat das erste Ziel erreicht, aber Beckenbauer ist unzufrieden

Das Stichwort

● **Gijón:** Im Stadion El Molinón standen sich am 25. Juni 1982 Deutschland und Österreich in einem Spiel gegenüber, das als Skandalspiel von Gijón in die WM-Geschichte eingegangen ist. Es war das letzte Vorrundenspiel der Gruppe II, Österreich führte die Tabelle nach Siegen über Chile und Algerien mit 4:0 Punkten an. Deutschland benötigte nach je einem Sieg über Chile und der Niederlage gegen Algerien auf jeden Fall einen Sieg über Österreich, um Algerien noch vom zweiten Platz zu verdrängen und sich für das Achtelfinale zu qualifizieren. Schon vor dem Anpfiff war klar, daß beide Mannschaften die nächste Runde nur im Falle eines deutschen 1:0-Sieges erreichen würden. Das Spiel endete tatsächlich 1:0. Außenseiter Algerien, das seine Vorrundenspiele schon am vorabend beendet hatte, mußte die Heimreise antreten, weil die Spieler aus den beiden großen Fußballnationen sich den Ball in einer Art und Weise zuschoben, die als Manipulation bezeichnet wurde. Um die Wiederholung eines solch unsportlichen Spektakels zu vermeiden und die Möglichkeit der Manipulation auszuschließen, werden in Mexiko die beiden letzten Spiele einer Gruppe zeitgleich am selben Abend ausgetragen. Den Anfang machte gestern die Gruppe C, heute spielen Südkorea - Italien und Argentinien - Bulgarien in Gruppe A.

Rangliste

„Keiner glaubt das,“ sagt Frank Arnesen, der dänische Mittelfeldspieler, „aber die Brasilianer sind die stärksten. Das wird sich noch zeigen.“ Die Deutschen, die Franzosen, die Sowjets, die Argentinier, die Italiener, die Spanier und die Dänen - das ist die bisherige Rangliste des Dänen.

Pressestimmen

„Italien hat den Papst, die USA haben Ronald Reagan - aber Dänemark hat Preben Elkjær.“ Kopenhagens auflagenstärkste Zeitung „Extra Bladet“.

„Schottland wurde lächelnd in Bier eingeleitet.“ Die französische Tageszeitung „Libération“.

Gastarbeiter

Von den Dänen ist inzwischen hinlänglich bekannt, daß ihre Mannschaft fast ausschließlich aus Spielern besteht, die bei Vereinen im Ausland beschäftigt sind. Aus der Stammtafel ist Torwart Rasmussen der einzige Spieler, der in der Heimat sein Geld verdient. Die übrigen sind überall in Europa verstreut, so daß die Konkurrenz Dänemark schon als „Europäische Gemeinschaft“ bezeichnet. 15 Spieler arbeiten in sechs Ländern: In England, Belgien, Deutschland, Holland, Italien und der Schweiz. Doch Dänemarks Trainer Sepp Piontek ist nicht der einzige, der seine Nationalspieler für die Länderspiele aus der Fremde zusammenrufen muß. Rund ein Fünftel, nämlich 117 der 528 WM-Spieler, spielen nicht mehr in ihren Heimatländern. Ausnahmen bilden allein die Spieler aus Italien, Spanien, Portugal, der UdSSR und dem Irak. Selbst Ostblock-Vereine wie Bulgarien (zwei Spieler im Ausland), Ungarn (3) oder Polen (3) erlauben ihren Spielern in zwischen den Wechsel ins Ausland. Den größten Anteil hat Nordirland (20), gefolgt von Dänemark (15), Uruguay, Kanada (je 13), Algerien (8), Paraguay (7) und Mexiko (5). Sammelbecken für die meisten WM-Teilnehmer ist England. In der ersten englischen Division sind 31 ausländische Nationalspieler unter Vertrag. 20 Nordiren, sieben Schotten, drei Dänen und ein Algerier. Insgesamt 18 Nationalspieler aus acht Ländern sind in italienischen Klubs beschäftigt. Dagegen stellt die deutsche Bundesliga nur drei Gastarbeiter, Sören Lerby (Bayern München/Dänemark), Bum Kim Cha (Bayer Leverkusen/Südkorea) und Jean-Marie Pfaff (Bayern München/Belgien).

Fernsehen heute

● **ARD:** 6.00 - 9.00 Uhr: Frühstücksfernsehen. - 12.15 - 13.45 Uhr: Mexiko gestern und heute. - 17.15 - 17.45 Uhr: Mexiko-Magazin.

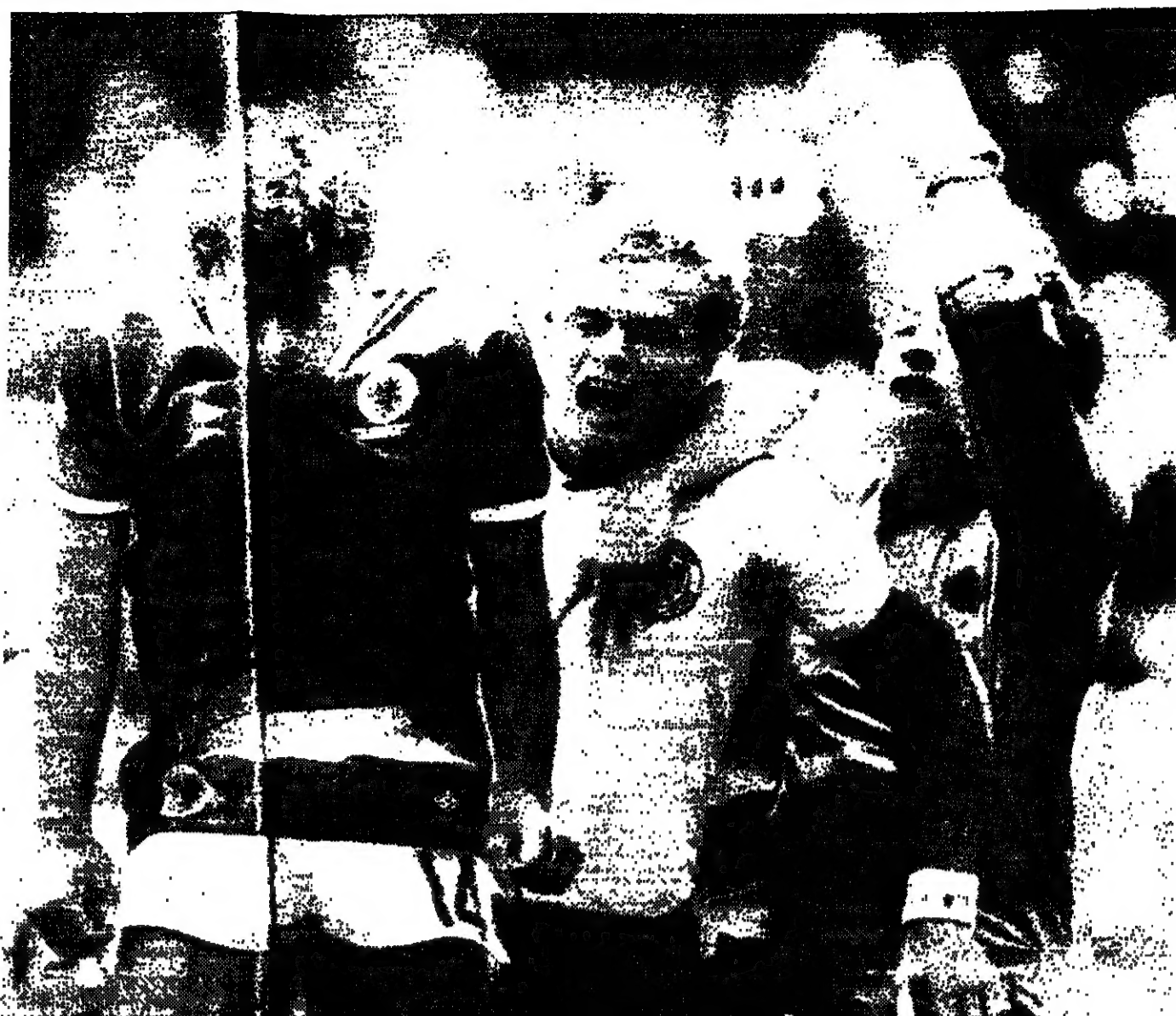
● **ZDF:** 19.30 - 21.45 Uhr: WM-Studio Mexiko, Konferenzschaltung zwischen den Spielen Argentinien - Bulgarien und Südkorea - Italien, anschließend WM-Studio Mexiko.



● Das **Nahziel** ist erreicht: Die deutsche Mannschaft steht nach dem 2:1-Sieg über Schottland im Achtelfinale. Daran würde auch eine knappe Niederlage gegen Dänemark im letzten Gruppenspiel am Freitag nichts ändern, wenn Uruguay gleichzeitig Schottland schlägt. Aber es geht noch um Platz eins in der Gruppe - und dafür ist ein Sieg über die Dänen nötig. Dann nämlich müßte der Zweite der Gruppe D (wahrscheinlich Spanien) im für die Deutschen gewohnten Stadion von Queretaro antreten. Der Gruppenzweite müßte zum Sieger der Gruppe F (Polen, Portugal, England, Marokko) ins heiße Monterrey reisen.

● Die deutschen Spieler reagieren unterschiedlich auf den Sturm der Dänen beim 6:1 über Uruguay. Nur Karl-Heinz Rummenigge ist ohne Einschränkungen begeistert. Harald Schumacher dagegen sagt: „Andere sind besser. Die Dänen nehmen das Spiel gegen den Nachbarn gelassen (nächste Seite). Sie erfreuen sich erst einmal daran, daß sie den Zuschauern mit ihrem Spiel Freude gemacht haben. Eine Europaqualifikation auf dem Weg zum WM-Titel?“

● Trotz des Erfolges, Franz Beckenbauer ist unzufrieden. Unzufriedener jedenfalls, als seine Mannschaft selbst. Er bemängelte vor allem Schwächen in der Abwehr. Norbert Eder ist wohl der Spieler, dem die meiste Kritik gilt. Schon jetzt deutet sich an, daß er gegen die Dänen nicht eingesetzt wird. Verletzt ist Hans-Peter Briegel (unser Foto in einem seiner typischen, verbissenen Zweikämpfe mit Narey und Torwart Leighton). Ob er spielen kann, ist (noch) fraglich. Rummenigge soll von Anfang an dabei sein.



Hauptsache gewonnen. Gedämpfte Stimmung und Kritik nach dem Erfolg

ULRICH DOST, Queretaro

Nicht einmal so richtig gefreut haben sie sich, die deutschen Spieler. Dabei bedeutet doch der 2:1-Erfolg über Schottland „90 Prozent“ (Trainer Horst Köppel) den Einzug ins Achtelfinale. „Die Spieler waren zu müde“, sagt Köppel. Sogar so ausgelaugt, daß sich Harald Schumacher verwundert in der Kabine an Teamchef Franz Beckenbauer wandte: „Bei uns in Köln war nach knappen Niederlagen schon eine bessere Stimmung als nach diesem Sieg über Schottland.“

Schumacher, der Berufs-Optimist, hatte gut reden. Er konnte sich nichts vorwerfen, doch es gab eine ganze Reihe Spieler in der deutschen Mannschaft, die genau wußten, daß sie sich den Zorn des Teamchefs zuzogen hatten.

Franz Beckenbauer sprach in seiner Spiel-Analyse von einem „Zitterspiel“. Gegen die Schotten habe das deutsche Team nicht zu seinem Spiel gefunden. Die Probleme mit der Raumauflage seien nicht zu übersehen gewesen und außerdem habe die Mannschaft gegen Uruguay eine bessere Einstellung gehabt. Das Positive war am Ende für Beckenbauer nur noch dies: „Hauptsache gewonnen.“

Schon immer war an den deutschen Nationalspielern herumgerrüttelt worden: Sie seien zu brav auf dem Feld, niemand weilt und breitet die bestimmte, was zu tun sei, wenn plötzlich Überraschungen auftreten. Das Spiel gegen die Schotten war in der Tat ein Paradebeispiel dafür.

Das Happy-End darf darüber nicht hinwegtäuschen. Der deutschen Mannschaft fehlt die bestimmende Persönlichkeit, der Denker, der Situationen erkennt, den Mut und die Robustheit mitbringt, Entscheidungen zu treffen, und sie auch zu verantworten. Das ist es wohl, was Franz Beckenbauer so nervös gemacht hat: Diese brave deutsche Mannschaft wird immer wieder durch überraschende Situationen angreifbar und verwundbar sein.

Franz Beckenbauer und auch Horst Köppel mußten zugeben, daß sie von dem Schachzug der Schotten, nur mit einem Angreifer zu beginnen (Köppel: „Obwohl die Schotten doch gewinnen mußten“), völlig überrascht wurden. Plötzlich stimmte ihre

Aufgabenverteilung nicht mehr. Karl-Heinz Förster konnte sich wie geplant und besprochen um Stephen Archibald, den schottischen Mittelstürmer, kümmern. Doch völlig ratlos stand Norbert Eder da, der sich um den zweiten Stürmer kümmern sollte, den es nun aber nicht gab. Was sich daraus entwickelte, war ein geradezu peinliches Schauspiel, das ein Haar ein schlimmes Ende genommen hätte.

Es wird wohl für immer unerklärlich bleiben, warum sich Norbert Eder nicht von Beginn an, um Gordon Strachan kümmerte, der das Spiel seiner Mannschaft bestimmte. Nur wenn Strachan in der Mitte agierte, sah Eder in ihm einen Gegenspieler. Wicher der Schotte auf den rechten Flügel aus, blieb Eder einfach stehen. Der Schotte bedankte sich dafür mit dem Tor zum 1:0. Hätte Schumacher nach dieser Situation nicht einige gute Paraden gezeigt, die die deutsche Mannschaft war in einen höheren Rückstand geraten. Wie es zu diesem Durcheinander kommen konnte, da

Schottlands Trainer Alex Ferguson „Kompliment der deutschen Mannschaft. Sie wird sehr weit kommen. Sie spielt noch effizienter als Dänemark.“

widersprechen sie sich alle. Nur eines kam dabei heraus: Der Stündenbock war letztlich Norbert Eder.

Horst Köppel behauptet, Franz Beckenbauer habe schon nach fünf Minuten über Klaus Augenthaler und Karl-Heinz Förster dem freigeordneten Norbert Eder bestellen lassen, er sollte ab sofort die Nummer sieben (Strachan) der Schotten in Manndeckung nehmen. Bei Eder angekommen ist die Information jedoch nie. Der Münchner habe sich deshalb strikt an die Absprache in der Mannschaftssitzung gehalten. Eder: „Ich sollte die ersten 20 bis 25 Minuten hinten drin bleiben und mal schauen. Erst dann sollte ich rauskommen.“ Das traf auch auf Felix Magath zu.

Horst Köppel kontierte darauf: „So ein Blödsinn. Der Felix Magath ist doch nach vorne orientiert. Er kann doch nicht dem Strachan bis in unsere Strafraum nachlaufen. Eder sollte zu Strachan gehen.“

Der Hamburger Spielmacher sah sich keineswegs veranlaßt, Eder an-

zuweisen, sich gefälligst um den gefährlichen Schotten zu kümmern. Magath: „Das ist die Sache eines jeden einzelnen Spielers.“ Doch damit trifft Magath genau den wunden Punkt. Jeder denkt nur an seine Aufgabe, kümmert sich nur um sich selbst und weist alle Verantwortung weit vor sich.

Harald Schumacher glaubt, daß das deutsche Team deshalb noch keine gute Mannschaft ist. Er sagt: „Das fehlt uns noch zur großen Klasse: Daß wir intern sagen, da stimmt doch etwas nicht mehr in unserem System. Das müssen wir unter uns ändern.“ Schumacher ist deshalb sogar einmal bis in den Mittelkreis gelaufen, um Augenthaler und Förster auf die neue Situation aufmerksam zu machen. Geändert hat sich jedoch nichts.

Norbert Eder hat gespürt, daß er in seinem vierten Länderspiel nicht so souverän war wie im Spiel gegen Uruguay, als er Enzo Francescoli ausschaltete. Der Münchner, der bislang einen selbstbewußten Eindruck machte, schlüpfte plötzlich in die Rolle des Anpassers: „Wir spielen in München dieses System in der Raumdeckung anders. Wenn aber Franz Beckenbauer verlangt, daß ich mich umstellen soll, dann werde ich mich umstellen.“ Er geht sogar noch einen Schritt weiter: „Wenn ich nicht mehr in das System passe, muß ich mich eben auf die Tribüne setzen. Das muß man als Spieler akzeptieren.“ Vielleicht wird es für den Münchner sogar so weit kommen. In der ersten Runde hatte Beckenbauer für das Spiel gegen die Dänen Konsequenzen in der Abwehr angekündigt.

Aber sie alle sind nicht ganz schuldlos an dem Durcheinander in der deutschen Abwehr. Nicht immer klang alles plausibel und einleuchtend, was da an Erklärungen aufgetischt wurde. Treffen tut es in solchen Situationen stets den Schwächsten. So blieb auch diesmal der Schwarze Peter bei Norbert Eder hängen. Wenn Horst Köppel sagt, „er war wohl überfordert“, dann trifft dies aber auch auf andere zu.

Bei Klaus Allofs und Rudi Völler, den beiden Torschützen, konnte sich Franz Beckenbauer bedanken, daß das Zitterspiel noch ein glückliches Ende nahm. Zum Jubel bestand wirklich kein Anlaß.

weiteren WM-Spielort Queretaro gesichert werden. Sollte die deutsche Mannschaft Zweiter werden, stünde eine lange Reise nach Monterrey an, in ein Stadion, das wegen seiner Gluthitze gefährlich ist.

Lediglich Felix Magath fürchtet sich aus sportlichen Gründen nicht vor dem Ortswechsel. Er sagt: „Ich glaube, daß wir dort gegen Portugal, Polen oder Marokko eine gute Chance haben, ins Viertelfinale einzuziehen. Die Engländer wären mir nicht so angenehm. Bei einem Gruppensieg werden wir wahrscheinlich auf Spanien treffen. Die Spanier aber halte ich für noch stärker.“

Aber auch der Hamburger Spielmacher kann nicht leugnen, daß es erst einmal gegen die Dänen um ei-

So sieht es THEO WAIGEL

Erfreulich, aber der letzte Biß hat gefehlt

Von THEO WAIGEL

Insgesamt hat die deutsche Mannschaft eine gute Partie geliefert. Erfreulich ist zunächst das Ergebnis, aber auch die Art und Weise, wie es zustande gekommen ist.

Dennoch kosten die deutschen Spieler den Betrachter dabei noch sehr viel Nerven. Jedenfalls mir geht es so. Insbesondere der frühe Rückstand und die Zitterphase am Schluß, wenn es den Vorsprung zu sichern gilt, tragen dazu bei.

Es scheint sich zu einer deutschen Krankheit zu entwickeln, daß wir schon im ersten Spielabschnitt einen Gegentreffer einfangen und dann dem Rückstand hinterherrennen müssen.

Eigentlich ist es beim Aufeinandertreffen zweier starker Mannschaften doch eher so, daß die Tore etwa im Schlußdrittel fallen, wenn die Entscheidung mit riskobereitem Spiel gesucht wird. In Mexiko erlebt es unsere Mannschaft genau umgekehrt. Das stimmt es in der Abwehr noch nicht ganz.

Die deutsche Mannschaft hat ihr Tempo gleichmäßig gut durchgehalten, das gewiß rationell gespielt. Der letzte Biß aber hat oft gefehlt. Die Abläufe in manchen Situationen spielten sich zu langsam ab, mit den Beinen und - wie mir scheint - auch in den Köpfen. So entstehen manche unnötige Ballverluste und eine Reihe gravierender Abspielfehler.

Damit meine ich nicht Ballverluste, die aus der Bedrängnis heraus entstehen, sondern Fälschungen im Mittelfeldspiel, ohne daß der Gegner angreift. Ein leichter Knick ist in die Abwehr wohl nach



Theo Waigel
ZEICHNUNG: BOHLE

dem Ausscheiden von Briegel gekommen. Dies könnte mit dazu geführt haben, daß die Mannschaft die Schlussphase mehr mit Befreiungsschlägen als mit planmäßigem Spiel zu überstehen versucht hat.

Im Angriff wurden eine Reihe von Chancen herausgespielt, die eigentlich zum befreienden 3:1 hätten führen müssen. Was mich freut, ist das Spiel von Klaus Allofs und die eiskalte Art bei der Wahrnehmung seiner Torchance.

Auch nach dem Spiel am Sonntag läßt sich die Feststellung treffen, daß sich unsere Mannschaft in Mexiko in besserer Form präsentiert, als es vor dem Abflug wohlhin angenommen worden ist.

Die Deutschen sind nach meiner Meinung in der Lage, jede Mannschaft, die ich bisher in diesem Turnier auf dem Fernsehschirm gesehen habe, zu schlagen. Dabei muß ich anmerken, daß ich die sowjetische Elf einmal ganz kurz nur beobachten konnte.

Dr. Theodor Waigel (45) ist Vorsitzender der CSU-Landesgruppe in Deutschland und Vorsitzender der Programmkommission seiner Partei. Er gehört dem Bonner Parlament seit 1972 an und spielte viele Jahre in der Bundesliga-Fußballmannschaft. Die WELT gibt Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Showgeschäft in unregelmäßiger Folge Gelegenheit, ihren ganz persönlichen WM-Kommentar zu schreiben.

Allofs: Der Schatten weicht

ULRICH DOST, Queretaro

Er ist ein exzellenter Fußballspieler, das hat er schon oft bewiesen. Aber eigentlich immer nur in seinem Verein, bei Fortuna Düsseldorf und jetzt beim 1. FC Köln. Im Nationaltrikot spielte er oft unter seinen Möglichkeiten. Klaus Allofs und die Nationalelf - das ist trotz seiner nur schon 42 Länderspiele ein zwiespältiges Kapitel. Vor der Weltmeisterschaft in Mexiko war das nur ein Ereignis im Gedächtnis haften geblieben: 1980 bei der Europameisterschaft in Italien schloß er beim 3:2 über Holland alle deutschen Tore. Aber: Lang, lang ist es her, insgesamt hat er es auf 15 Länderspieltore gebracht. Etwas zu wenig für einen Torschützen.

Bei der Weltmeisterschaft in Mexiko erzielte der Kölner gleich zwei Treffer in zwei Spielen. Und sie waren ungemein wichtig. Gegen Uruguay gelang ihm fünf Minuten vor dem Ende das rettende 1:1, gegen die Schotten schaffte er den Siegtreffer zum 2:1. Die Tore, die eigentlich Rummenigge schießen sollte, besorgte nun Klaus Allofs. Hat er den Schatten von Rummenigge und Völler endlich übersprungen?

Der Schatten der beiden anderen Stürmer spiele für ihn keine Rolle, meint Klaus Allofs: „Der Druck ist für mich ganz gut, da wir dazu mit Pierre Littbarski noch einen weiteren vierten Stürmer besitzen.“ Gerade das Zusammenspiel mit Littbarski, mit dem er bei Köln ein eingespieltes Duo bildete, führt er als Grund für seine Leistungssteigerung an. Außerdem habe er viel Selbstbewußtsein gewonnen, weil ihm gleich zu Beginn einige Aktionen gelungen seien. Und dann sei seinem Spiel auch zugute gekommen, daß ihn die Schotten nicht in Manndeckung genommen hätten.

Ein neues Problem wird beim nächsten Spiel am Freitag gegen die Dänen auf Teamchef Franz Beckenbauer zukommen, wenn mit Karl-Heinz Rummenigge ein weiterer Angreifer von Beginn an einsatzfähig sein wird, wovon Beckenbauer ausgeht. Klaus Allofs hat vor dieser neuen Situation keine Angst. Er sagt: „Wir können sicherlich nicht mit drei Spitzen antreten. Ich müßte dann wohl zurückhängend hinter Völler und Rummenigge spielen.“ Auf jeden Fall geht er davon aus, daß er von Beginn an dabei ist. Eine Rückkehr von Rummenigge, so Allofs, könne nur zu Lasten von Pierre Littbarski gehen. Der kleine Kölner Dribbler ahnt schon, was auf ihn zukommt: „Für mich ist es ja kein Beinbruch, wenn ich erst einmal auf der Bank sitze. Ich kann mir ja ausrechnen, wann ich eingewechselt werde.“

Klaus Allofs jedenfalls will sich nach seinen Toren und seiner guten Leistung gegen die Schotten mit einer Joker-Rolle nicht zufrieden geben. In der persönlichen Bewertung sieht er sich mit Rudi Völler und Karl-Heinz Rummenigge auf einer Stufe.

Noch zu Beginn des Jahres sah die Zielsetzung von Allofs anders aus. Lange Zeit konnte er wegen einer Verletzung beim LFC Köln nicht spielen. Deshalb wäre er schon froh gewesen, überhaupt in den Kader für Mexiko zu kommen. Morgenluft hat er dann beim Trainingslager in Malente und Kaiserau gewittert, weil bei Karl-Heinz Rummenigge keine Fortschritte festzustellen waren. Klaus Allofs: „Von diesem Zeitpunkt an war es mein Bestreben, zur Stammelf zu gehören.“

Was er bei Beckenbauer jetzt findet, hat er beim früheren Bundestrainer Jupp Derwall so schmerzlich vermisst: Das Vertrauen. Derwall habe früher gar nicht gewußt, wo er ihn hinstellen sollte. Außerdem dürfte er immer nur dann spielen, wenn es bei ihm im Verein gerade nicht gut lief.

Klaus Allofs: „Mein Ehrgeiz war dann immer viel zu groß. Ich war viel zu verkrampft. Man muß auch in der Nationalmannschaft die Position spielen, die man vom Verein her gewohnt ist.“ Das tut er jetzt. Mit Erfolg.

ster um ihn kümmert, sieht das ganz anders aus.“

Und im übrigen beschied Briegel die erstauften dänischen Journalisten in betont lockerer Art: „Wir haben uns mit euren Jungs bereits gegnet. Wir werden Weltmeister und ihr Zweiter.“

Einer der wenigen, der von der Vorstellung der Dänen ohne Einschränkungen gegen Uruguay begeistert war, ist Karl-Heinz Rummenigge. Er sagt: „Sie haben super gespielt. Bei ihnen stimmt alles. Sie sind eine Einheit und haben trotzdem Einzelspieler. Das war schon alles. Zusammen mit den Russen haben sie hier bislang das Beste gegeben. Wenn wir gegen sie bestehen wollen, müssen wir hundertprozentig konzentriert sein.“

ULRICH DOST

Harald Schumacher: „Trotzdem sind wir Gruppenfavorit, nicht die Dänen“

In 2 Unterschiedlich reagierten die deutschen Spieler auf das überraschend klare 6:1 der Dänen über Uruguay. Einige scheinen sich selbst Mut zu machen, indem sie sich furchtlos geben wie jemand, der im Wald laut pfeift, um seine Angst zu verbergen. Andere zeigen sichtlichen Respekt vor dem letzten deutschen Gruppengegner am Freitag in Queretaro.

Nur auf eines will sich die deutsche Mannschaft nicht einlassen: auf taktische Flanspiele. Torwart Harald Schumacher: „Das haben wir 1982 in Spanien gegen Österreich schon einmal gemacht. Damit sind wir gewaltig auf die Schnauze gefallen.“ Also lautet die einheitliche Meinung: Durch einen Sieg über die Dänen soll der erste Gruppenplatz und damit der

weitere WM-Spielort Queretaro gesichert werden. Sollte die deutsche Mannschaft Zweiter werden, stünde eine lange Reise nach Monterrey an, in ein Stadion, das wegen seiner Gluthitze gefährlich ist.

Lediglich Felix Magath fürchtet sich aus sportlichen Gründen nicht vor dem Ortswechsel. Er sagt: „Ich glaube, daß wir dort gegen Portugal, Polen oder Marokko eine gute Chance haben, ins Viertelfinale einzuziehen. Die Engländer wären mir nicht so angenehm. Bei einem Gruppensieg werden wir wahrscheinlich auf Spanien treffen. Die Spanier aber halte ich für noch stärker.“

Aber auch der Hamburger Spielmacher kann nicht leugnen, daß es erst einmal gegen die Dänen um ei-

nen Prestigekampf geht, der gewonnen werden muß. Er sagt: „Sie sind jetzt keine Außenseiter mehr, sondern ein echter Top-Team. Aber ich bin durchaus nicht böse darüber, daß sie hoch gewonnen und einen hervorragenden Eindruck hinterlassen haben. Sie werden nicht jedes Spiel 6:1 gewinnen.“

Harald Schumacher drückt es so aus: „Das gibt bestimmt die kürzeste Mannschaftssitzung bei dieser WM. Franz Beckenbauer braucht nicht viel zu sagen. Wir sind alle motiviert. Keiner hat vergessen, was Sepp Piontek, der deutsche Trainer der Dänen, gesagt hat. Daß er nämlich nur zwei Spieler aus unserer Mannschaft gebrauchen kann.“

Schumacher zählt die Dänen kei-

nswegs zu den Top-Favoriten des Turniers. „Andere sind besser. Zum Beispiel die Russen, die Franzosen, die Italiener oder die Brasilianer.“ Der Kölner Torwart ist sich sicher: „Gruppen-Favorit sind wir, nicht die Dänen.“

Klaus Allofs dagegen sieht in dem letzten Gruppen-Gegner durchaus einen WM-Favoriten. Er sagt: „Der Respekt ist schon da. Die Dänen können frei aufspielen, sie haben die nächste Runde hundertprozentig geschafft. Sie wollen gewinnen, um in Queretaro spielen zu können.“ Mit Morton Olson spielt sogar der Lieblingspieler von Pierre Littbarski beim nächsten Gegner, Litbarski: „Er war schon bei der EM in Frankreich 1984 derjenige, der mir am meisten im-

portant hat. Dennoch habe ich die Dänen nicht auf der Rechnung gehabt. Jetzt wollen wir auf jeden Fall Piontek schlagen. Die Chancen stehen 50:50.“

Hans-Peter Briegel und Karl-Heinz Förster zogen sich so schnell wie möglich nach dem Schottenspiel auf ihre Zimmer zurück. Briegel wollte dem Vorstopper genau erklären, was der gefährliche Torschütze der Dänen, Preben Elkjaer, für ein Typ ist. Schließlich kennt Briegel den Dänen so genau, weil sie zwei Jahre gemeinsam bei Hellas Verona gespielt haben. Bislang fiel Briegel auf: „Bisher hat er nur gegen Mannschaften gespielt, die ihn nicht in Manndeckung genommen haben. Wenn sich Karl-Heinz För-

WELTMEISTERSCHAFT / Prima, prima Fußball aus Dänemark. Hier stürmt ein Favorit

„Ich denke, ganz Europa hatte Freude“

Nach dem Sieg war Feiern angesagt. Abends mit Damen im Sheraton-Hotel. Die Speisen vom Feinsten und zum Dessert Traute Zweifelschokolade. Doch noch in der Nacht ließ Sepp Piontek seine Wunderknechte nach Queretaro zurücktransportieren. Am Freitag gilt es, die Deutschen zu schlagen. „Das ist mein größter Wunsch“, sagt Piontek.

„Den werden wir ihm erfüllen“, sagt Morten Olsen, der Kapitän, und macht dem Trainer einen bemerkenswerten Vorschlag: „Am besten soll er selber mitspielen, wo er so heiß ist auf die Deutschen. Ich laß' ihn auf meinen Posten. Dann kann er mir einen freien Tag machen.“ Olsen grinst. „Schließlich bin ich schon sechsunddreißig. Und der Trainer ist nur zehn Jahre älter als ich, das müßte also gehen.“

So bitter ernst wie ihr Trainer nehmen freilich nicht alle Spieler die Partie mit den Deutschen. „Ich bin froh, daß es nicht um Alles oder Nichts geht“, sagt Sören Lerby, wir sind schon qualifiziert. Das Spiel ist also nicht so unendlich wichtig.“ Freilich, einen Prestige-Kampf sehen alle in diesem Spiel. Besonders Preben Elkjaer.

Er gehörte vor zehn Jahren zur Prof-Truppe des 1. FC Köln. Doch bis heute hat er nicht vergessen, daß er in dieser Zeit, in anderthalb Jahren, nur sieben Spiele für die Kölner machen durfte. Dann ging er nach Belgien zu Lokkeren, und wurde dort gleich ein gefürchteter Torjäger. „Sofort“, sagt Elkjaer, „würde ich in Verona meine Koffer packen und zu einem Bundesligaklub wechseln.“ Fußball in Deutschland, das ist immer noch sein Traum. Und das Spiel am Freitag wird ihm nun ein bißchen Erfüllung bringen. „Ein 1:1“, sagt er, „schaffen wir mindestens.“

Wer ihn bewachen wird? „Ich denke, Karlheinz Förster wird gegen Preben Elkjaer spielen“, sagt Sören Lerby. „Und Eder könnte Laudrup bewachen. Eder hat, solange ich bei den Bayern war, keine schwindelig gespielt. Für Michael Laudrup wird das eine schwere Aufgabe.“

Das Spiel gegen die Deutschen erscheint den Dänen als herrliches Vergnügen. Als Herausforderung. Als grimmiges Fingerhaken mit dem großen Nachbarn. Aber die meisten denken schon über dieses Spiel hinaus.

„Könnt ihr jetzt auch Weltmeister werden?“ wird Piontek gefragt. Seine Antwort: „Wir wollten die erste Runde überleben. Das ist uns gelungen. Nun wollen wir so weit wie möglich kommen. Aber wenn wir bald ausscheiden, grüßen uns das auch nicht. Denn wir wissen: Wir haben gut gespielt.“

Eine sonderbare Truppe. Oder eben eine echte Profitruppe, die weiß, was der Begriff „Unterhaltungswert“ bedeutet. Denn die Leute zu unterhalten, erscheint ihnen mindestens ebenso wichtig wie ihre Spiele zu gewinnen. „Ich denke, ganz Europa hat heute Freude an uns gehabt“, sagt Michael Laudrup. Und Kapitän Olsen: „Laudrup ist das größte Talent, das es zur Zeit gibt. Er wird der Welt noch zeigen, was er zu bieten hat.“ Und Sören Lerby: „Laudrup spielt anders als alle anderen Stürmer. Schön und effektiv.“

Michael Laudrup wünscht sich Portugal als Gegner in der nächsten Runde. Nur England, bitte nicht und die Spanier. „Ich habe mit Juventus Turin im Europacup gegen Barcelona verloren. Und vor zwei Jahren, bei der Europameisterschaft in Frankreich, sind wir an den Spaniern gescheitert“, sagt Laudrup.

Der Junge ist also abergläubisch. Und realistisch. „Wir dürfen uns nicht täuschen lassen“, sagt Laudrup, „was jetzt noch kommt, wird fürchterlich schwer. Denn nun gehören wir auch zu den Favoriten.“

ULFERT SCHRÖDER

Genie Michael Laudrup und seine 21 Freunde Ein neues Wunderteam?

U. SCHRÖDER, Mexico City

Kaum hatten sie tief durchgeatmet nach ihrem hinreißenden Spiel, da wurden sie unter die Erfinder eingereiht. „Das ist der neue Stil Fußball der Zukunft“, Stimm's, Mister Piontek. Der Chef des soeben entdeckten Wunderteams grinst so breit, als sei er wirklich ein Däne. „Wenn ihr wollt, ich hab' nichts dagegen.“

Natürlich lag der Vergleich nahe. Vor zwölf Jahren, bei der Weltmeisterschaft 1974 in der Bundesrepublik, hatten die Holländer ihren „Fußball total“ kreiert. Johan Cruyff führte damals ein Team, das in der Tat einen neuen Stil pflegte. Und nun kommen die Dänen mit ihrem unvergleichlichen Knäblein Michael Laudrup.

„Wir sind nicht Holländer, wir sind Dänen“, erläuterte Piontek, „wir spielen, wie wir es für richtig halten. Und so gut wir können. Wenn das ein neuer Stil ist, o.k. Wir werden versuchen, diese Weltmeisterschaft zu befruchten.“ Das werden sie gewiß tun. Aber ein neuer Stil?

Das geht ein bißchen zu weit. Die Holländer haben damals wirklich den Fußball in eine neue Zukunft gelenkt. Auflösung der einzelnen Positionen, deutliche Betonung des Mittelfelds, kompromisslose Raumdeckung, alles Mann im selben Rhythmus. Das alles war neu. Die Dänen dagegen bieten nichts Neues. Sie spielen lediglich das übliche in Perfektion.

Die sechs Tore waren Früchte ständiger Züge. Wirklich, das stand ein Ensemble auf dem Rasen, das aus dem Verstand und aus dem Herzen spielte und das die beiden Teile seiner Psyche in einen herrlichen Einklang zu bringen vermochte. Endlich gibt es wieder eine Mannschaft, die nicht ein Spiel produziert, sondern eine offenbar unverstehbare schöpferische Kraft walten läßt.

Auf der Tribüne saßen Hermann Neuburger, Franz Beckenbauer und Bert Vogts. Die Gesichter der Herren wurden mit jedem Treffer der Dänen

länger. Sie hatten mit einem Sieg von Uruguay gerechnet. Und nun sahen sie sich nicht nur peinlich widerlegt. Jetzt waren sie ziemlich ratlos.

Wie wollen sie diese Dänen schlagen am Freitag? Überhaupt nicht, das ist die Überzeugung der meisten internationalen Fachleute. Die Effizienz der Stürmer Elkjaer und Laudrup erreichen Voller und Rummenigge nicht. Und gegen die Perfektion des dänischen Teamworks wirkt die deutsche Elf geradezu brav und hausbacken.

Freilich, ein bißchen Hoffnung ist Beckenbauers Truppe doch zu machen. Solch' einen Tag werden die Dänen jedenfalls so bald nicht mehr erleben. Es war kühl. Sehr kühl. Der Regen war durch einen halbtägigen, tropischen Regen pötschnaß und glitschig. Schon nach elf Minuten gelang ihnen das 1:0. Nach 20 Minuten mußte Bossio vom Feld. Uruguay spielte nur noch zu zehnt.

Dennoch. Die Dänen spielten die schwersten Passagen mit jener künstlerischen Leichtigkeit, die große Mannschaften auszeichnet. Stets im richtigen Augenblick wechselten sie den Rhythmus. Die einzelnen Teile des Teams – und da gleichen sie den Holländern tatsächlich – vereinigten sich zu einer kompakten Einheit.

Was die Dänen geboten haben, ist bisher noch keiner Mannschaft gelungen. Auch den Sowjets nicht bei ihrem 6:0 über die Ungarn. Und den Italienern bei ihrem 1:1 gegen Argentinien aus nicht.

Sepp Piontek über die drei wichtigsten Eigenschaften seiner Mannschaft:

- „Erstens ist die Mischung zwischen Individualisten und Teamworkern gut gelungen.“
- „Zweitens haben wir in Michael Laudrup und Preben Elkjaer die beiden besten Stürmer Europas und womöglich bald die besten der Welt.“
- „Drittens sind wir eine Gruppe von 22 Profis, die auch 22 Freunde sind und für die nicht nur wichtig ist, wie



Die Freude am Spiel wird zur Freude im Spiel: Sören Lerby und Torbjørn Preben Elkjaer.

FOTO: AFP

weit wir kommen in diesem Turnier sondern auch, wie gut wir spielen.“

Die Qualität der dänischen Spiele bewegt sich ständig im Bereich des Ungewöhnlichen. Das 5:1 gegen Norwegen und das 4:2 gegen die UdSSR galten schon vor der WM als erstaunliche Höhepunkte. Ungewöhnliche Spiele, ungewöhnliche Mannschaften freilich gibt es immer wieder. Was den Dänen den Hauch der Einzigartigkeit verleiht, ist das Genie ihres 23jährigen Stürmers Michael Laudrup.

Wahrscheinlich wird der Junge die Entdeckung dieser WM, die blaue Blume des Profifußballs. In seinem Spiel vereinen sich Schönheit und Wirksamkeit, Eleganz und Kraft, Pflückigkeit und Schnelligkeit. Intuition und Zweckmäßigkeit.

Von Michael Laudrup kommt der Geistesstolz und der athletische Elan. Der Junge liefert den Donner dazu. Die bei-

den ergeben ein ideales Paar. Keine andere Mannschaft besitzt Vergleichbares. Und wie die deutsche Abwehr mit den beiden fertigwerden soll, erscheint tatsächlich als unlösbares Rätsel.

Die Stärke der Dänen liegt in ihrer geistigen Überlegenheit. Schon 1984 bei der Europameisterschaft galten sie als pan-europäisches Paradebeispiel. Jetzt, auf der Bühne der WM, werden sie zu einem Weltwunder des Fußballs. Denn sie widerlegen das scheinbar unerschütterliche Gesetz, wonach die Spieler eines Teams gleicher charakteristischer Mentalität und gleichen spielerischen Stils zu sein haben.

Pionteks Mannschaft ist das Gegenteil. Sie sammelt und summiert alle Stilrichtungen, alle Taktiken, alle Mentalitäten. Denn ihre Stars lernen und spielen alle Schulen des Fußballs. Das Team, das nun plötzlich

Paradestück der WM ist, vereint Spieler aus sieben europäischen Ländern:

Torwart Rasmussen spielt bei KB Kopenhagen, Sören Buse bei MVV Maastricht, Morten Olsen in Anderlecht, Ivan Nielsen bei Feyenoord Rotterdam, Sören Lerby bei Bayern München und demnächst in Monaco, Klaus Berggren beim SC Pisa, Preben Elkjaer in Verona, Michael Laudrup bei Juventus Turin, Jørn Bertelsen in Aarau, Frank Arnesen in Eindhoven, Henrik Andersen in Anderlecht, Jesper Olsen bei Manchester United und Jan Mølby bei Liverpool.

Und wenn das tatsächlich ein neuer Stil sein sollte, den die Dänen spielen, so ist dies die totale Verschmelzung aller möglichen Stile.

Eine Europa-Auswahl, möchte man meinen, muß eigentlich logischerweise Weltmeister werden.

BELGIEN / Enttäuschung beim 2:1 gegen Irak

Pfaffs Kritik: Fußball hat auch mit Verstand zu tun

dpa/sid, Tunesien

Wenn die Belgier ins Achtelfinale einziehen wollen, müssen sie sich morgen im Spiel gegen Paraguay zu mindest einen Punkt sichern. „Ich werde die Mannschaft umkrempeln“, kündigte Trainer Guy Thys jetzt schon an. Denn mit der Leistung seiner Elf gegen Irak war er keineswegs zufrieden. „Irgend etwas stimmt mit unserer Kondition nicht“, rütelte Mittelfeldspieler Rene Vandereycken. Torwart Jean-Marie Pfaff nannte eine andere Ursache dafür, daß seine Mitspieler gegen die Iraker wie eine Altherren-Mannschaft wirkten: „Fußball hat nicht nur etwas mit dem Fuß, sondern auch mit dem Verstand zu tun.“

Zufriedener mit dem Spielverlauf zeigten sich die Iraker. „Ich bin der Meinung, daß wir sauber verloren haben“, sagte Trainer Evaristo Macedo. „Wir mußten in der ersten Halbzeit zwei dumme Tore hinnehmen. Da hat sich gezeigt, daß wir noch nicht professionell genug sind.“ An Härte allerhand mangelte es den „Helden des arabischen Fußballs“ nicht.

Doch trotz fünf gelber und sogar einer roten Karte kamen ihnen keine Zweifel am Erfolg ihrer Taktik. „Wir sind nicht hierher gekommen, um den Fairness-Pokal zu gewinnen“, kommentierte Macedo die rüden Attacken seiner Elf. Außerdem seien die Belgier auch nicht gerade wie Klosterschüler zur Sache gegangen. Immerhin war der Stil so erfolgreich, daß das erste WM-Tor geschossen wurde, obwohl nur noch zehn Spieler

dabei waren. Basil Georgis Hanna hatte höhnend applaudiert, als Schiedsrichter Jesus Diaz Papacio aus Kolumbien ihm nach einem Foul die gelbe Karte zeigte. Das brachte ihm den Platzverweis ein. Und hätte der Unparteiliche sich in diesem Moment umgedreht, hätte er gesehen, daß ein Mannschaftskamerad des Ausgestoßenen ihn ansprach. Zum zweiten Mal gelb sah Vorstopper Samir Shaker Mahmoud, der wie ein wildgewordener Stier wirkte. Er wird bei der Partie gegen Belgien am Mittwoch nicht mehr dabei sein.

Dann dürfte der WM-Traum der Iraker auch ausgeträumt sein. Ihre Hoffnung auf das große Geld müssen sie aber nicht begraben. Der Fußball-Verband ihres Landes will die Auslandsperre aufheben. Einige Spieler, so Hussain Mohammed aus dem Mittelfeld sollen schon Angebote aus Europa haben. „Ich hoffe, daß ich schon im nächsten Jahr irgend anders spielen kann“, bestätigte der 26jährige, der zu seinem Monatsgehalt von umgerechnet 600 Dollar vom Staatspräsidenten Hussein wie alle anderen Spieler ein Haus und einen Pkw als WM-Präsent erhielt.

Die Belgier hoffen, daß die WM für sie weitergeht. Wer beim nächsten Spiel dabei ist, wollte Trainer Thys noch nicht konkret sagen. Fest steht, daß Leo van der Elst wegen einer Magen- und Darmgrippe ausfällt. Erwin Vandenberg ist nicht dabei, weil er sich eine Meniskusverletzung zugezogen hat. Stephane Demol fehlt wegen einer Wadenbeinprellung.



Gruppe B

Irak - Belgien 1:2 (0:2)
Khalil Allawi, Samir Shaker, Al-Roubai - Haris Mohammed, Georgis, Hassem, Saddam (82, Hamid) - Hussein, Radi. - Belgien: Pfaff - van der Elst - Gerets, de Mol (69, Crun), de Wolf - Scifo (66, Clysters), Vandereycken, Ceulemans, Vercauteren - Claesen, Desmet. - Schiedsrichter: Diaz (Kolumbien). - Tore: 0:1 Scifo (16), 0:2 Claesen (31), Foulelfmeter: 1:2 Radi (57). - Zuschauer: 10.000. - Gelbe Karten: Hamoudi, Samir Mohammed, Nadhum Shaker, Samir Shaker, Hassem, Claesen. - Rote Karte: Georgis.

Die Tabelle
1. Mexiko 2 1 0 3:2 3:1
2. Paraguay 2 1 0 2:1 3:1
3. Belgien 2 1 0 1:3 2:2
4. Irak 2 0 0 2:3 0:4

Die letzten Spiele, Morgen: Irak - Mexiko, Paraguay - Belgien (beide 20.00 Uhr)

Gruppe E

Dänemark - Uruguay 6:1 (2:1)
Dänemark: Rasmussen - Morten Olsen - Busk, Ivan Nielsen, Andersen - Berggren, Bertelsen (57, Mølby), Arnesen, Lerby - Elkjaer-Larsen, Laudrup (82, Jesper Olsen), - Uruguay: Alvarez - Batista - Gutierrez, Diego, Acevedo, Bossio, Alzamendi (57, Ramos), Saralegui, Francescoli - da Silva, Santin (75, Zalazar). - Schiedsrichter: Marquez (Mexiko). - Tore: 1:0 Elkjaer-Larsen (11), 2:0 Lerby (41), 2:1 Francescoli (45), Foulelfmeter: 3:1 Laudrup (52), 4:1 Elkjaer-Larsen (67), 5:1 Elkjaer-Larsen (80), 6:1 Jesper Olsen (89). - Zuschauer: 21.000. - Gelbe Karten: Ivan Nielsen, Bossio, da Silva. - Rote Karte: Bossio.

Deutschland - Schottland 2:1 (1:1)
Deutschland: Schumacher (32 Jahre/89 Länderspiele) - Augenthaler (29/13) - Förster (27/6), Eder (30/4) - Berthold (21/14), Matthäus (25/43), Magath (32/39), Littbarski (26/42) ab 76. Rummenigge (30/90), Briegel (29/68) ab 83. Jakobs (32/15) - Völler (26/33), Allofs (29/42) - Schottland: Leighton (27/28) - Gough (24/25), Miller (31/50), Narey (29/29), Malpas (23/12), Strachan (29/36), Aitken (27/22), Souness (33/54), Nicol (24/17) ab 61. McAvennie (26/5) - Archibald (29/27), Bannon (28/12) ab 75. Cooper (30/13). - Schiedsrichter: Igna (Rumänien). - Tore: 0:1 Strachan (18), 1:1 Völler (22), 2:1 Allofs (50). - Zuschauer: 28.000. - Gelbe Karten: Strachan, Archibald, Bannon, Malpas.

Die Tabelle
1. Dänemark 2 2 0 7:1 4:0
2. Deutschland 2 1 1 0 3:1 3:1
3. Uruguay 2 0 1 1 2:7 1:3
4. Schottland 2 0 0 2 1:3 0:4

Die letzten Spiele, Freitag: Dänemark - Deutschland, Irak - Mexiko, Schottland - Uruguay (beide 20.00 Uhr).

Tore: In den ersten 24 Spielen der Fußball-WM sind nur 52 Tore gefallen. Bei keiner Weltmeisterschaft war der durchschnittliche Torausgang pro Spiel gering wie diesmal: 2,17 Treffer.

Torjäger: Mit seinen drei Toren beim 6:1 über Uruguay führt der Däne Elkjaer Larsen die Torschützenliste mit insgesamt vier Treffern an.

Rote Karte: Innerhalb von 72 Stunden gab es seit Freitag vier Platzverweise: als erster mußte der Kanadier Sweney vorzeitig in die Kabine; drei Stunden später folgte ihm der Engländer Wilson. Am Sonntag wurden Bassio (Uruguay) und der Iraker Georgis des Platzes verwiesen.

Elfmeter: Sechsmal entschieden die Schiedsrichter auf Elfmeter. Zweimal gab es dabei keinen Erfolg: Jewtschenko (UdSSR) verfehlte ebenso wie Hugo Sanchez, Nori Belanov, Claesen und Francescoli brachten den Ball im Tor vorbei.

Zuschauer: 845.941 passierten bei 24 Spielen die Tore der zwölf WM-Stadien. Das entspricht einem Durchschnitt von 35.248 pro Spiel.

Brasilien: Redeverbot

Die brasilianischen Profis dürfen bis zum Ende der WM öffentlich nicht mehr über Fußball reden. Politische, wirtschaftliche, soziale und WM-administrative Themen sind tabu. Wer gegen den „Maukork-Erlass“ verstößt wird sofort nach Hause geschickt. Das versicherte jetzt Nabil Abi Chedid, Vizepräsident des brasilianischen Fußballverbandes, FIFA-Präsident Joao Havelange. Hintergrund sind die Behauptungen von Star-Sorates, die Weltmeisterschaft werde manipuliert; damit Mexiko und Brasilien im Endspiel stehen. Die Funktionäre rechtfertigen das Redeverbot damit, weitere Äußerungen könnten vor allem bei den Schiedsrichtern unerwünschte Reaktionen hervorrufen. Im brasilianischen Lager kursiert derzeit das Gerücht, Sorates wolle seinen Rückzug provozieren. Er trauere seinem Team nicht viel zu und wolle bei einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Turnier nicht dabei sein. Wenn die Mannschaft dann scheiterte, wolle er sich feiern lassen nach dem Motto „Obig Sorates läuft nichts“.

SPORT-NACHRICHTEN

Langer auf Platz drei

London (GAB) - Golfprofi Bernhard Langer beendete die British Masters in Woburn mit 68+68+72+70=278 Schlägen bei Par 72 als gemeinsamer Dritter mit Robert Lee (England) 69+65+73+71 und klassierte 34.000 Mark. Severiano Ballesteros (Spanien) gewann mit 67+68+70+70=275 Schlägen, die ihm 120.000 Mark brachten. Zweiter wurde Gordon Brand jun. (England) 70+71+69+67=277.

Schwache Toto-Umsätze

Mülheim/Ruhr (kgb) - Die dreijährige Galopperstute Comprida blieb auch beim fünften Start ungeschlagen. Mit Andrej Tylicki im Sattel gewann sie überlegen den klassischen Preis der Diana vor Night Line und Prairie Nebel. Die Favoritin Leopoldina wurde Drittplatzierte. Schwache Totoumsätze an vier Sonntag-Rennen: Mülheim (zehn Rennen: 856.820 Mark), Frankfurt (10: 818.637 Mark).

Mark), München-Riem (acht: 487.387 Mark), Hannover (neun: 401.157 Mark).

Finale in Inzell

Inzell (dpa) - Der im letzten Winter probeweise veranstaltete Weltcup der Eisschnellläufer wird in der nächsten Saison offiziell durchgeführt. Der Auftakt wird am 29.30. November in Berlin sein, das Finale findet Mitte März in Inzell statt.

Stückelberger vorn

Düsseldorf (sid) - Die Schweizer Olympiasiegerin Christine Stückelberger festigte in der Europaliga des Dressur-Weltcups ihre führende Position. Dahinter folgten der Jugoslawe Lah (21) und Ann-Kathrin Linsenhoff (Deutschland).

Simmes verlängerte

Dortmund (dpa) - Angriffsspieler Daniel Simmes (19) verlängerte sei-

nen Vertrag beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund bis 30. Juni 1987. Damit sind die Dortmunder, bis auf den rumänischen Nationalspieler Marcel Radu (31), der einen Drei-Jahres-Vertrag ablehnte, mit allen Spielern für die kommende Saison einig geworden.

Sieg für Holbert/Bell

Mid Ohio (sid) - Der Amerikaner Al Holbert und der Engländer Derek Bell gewannen auf Porsche 962 C das 500-km-Rennen von Mid Ohio. Der Bad Dürkheimer Jochen Mass und der Amerikaner Braxfield belegten auf Porsche 962 Platz neun.

ZAHLEN	
GEWINNZAHLEN	
Toto, Elfterwette: 1, 0, 2, 1, 1, 1, 0, 1, 1.	Auswahlwette: 6 aus 45: 2, 20, 21, 23, 30, 38. Zusatzspiel: 43.
(Ohne Gewähr.)	

TENNIS / Viel Lob von Ivan Lendl für den jungen Schweden Pernfors

„Härter als Wilander und Nystroem“

dpa, Paris

Der neueste Senkrechtharter unter den Schwedens Tennis-Stars ist wie ein Stehaufmännchen. Wie der kleine Mikael Pernfors im Einzel-Finale von Paris im dritten Satz kämpfte und von 0:3 bis zum 4:3 wieder auf die Beine kam, nötigte dem Sieger und Weltgrößten-Ersten Ivan Lendl aus der Tschechoslowakei Respekt ab. „Auf den muß ich jetzt künftig auch noch aufpassen.“

Noch mehr Lob für den 23jährigen aus Malmö von dem beeindruckten Lendl: „Pernfors schlägt den Ball härter und ist aggressiver als Wilander und Nystroem.“ Eine Einschränkung machte Lendl allerdings: „Er schlägt nicht so gut auf wie Edberg und Jarryd.“

Damit hatte Lendl gleichzeitig die vier in Paris vorzeitig gescheiterten Schweden genannt, denen sich Pernfors mit seinen sechs Pariser Siegen vor dem Finale sehr genähert hat. Vor

einem Jahr pendelte Pernfors noch zwischen Platz 400 und 450 der Welt-rangliste. Vor dem Turnier in Paris hatte er mit dem Halbfinale in Maphis und dem Viertelfinale in La Quinta Rang 27 erreicht. Nun steht er zwischen Platz 11 und 25.

Pernfors Stärken sind die beidhändige Rückhand, typisch für die schwedischen Grundlinien-Spezialisten. Aber dazu bringt er jeden Gegner noch mit einer knallharten Vorhand in Verlegenheit. Das hat er als College-Spieler in Amerika gelernt. Der junge Mann mit dem Bürstenhaarschnitt gewann vor seinem Einstieg in die Welt der Profis lediglich zwei Junioren-Titel in Georgia und Sanford/Florida.

Nach Paris flog sogar sein früherer College-Trainer Dan Magill, nur um ihm gegen Wimbledon-Sieger Boris Becker triumphieren zu sehen. Schon der sehr müde Becker bekam den zähen Willen von Pernfors zu spüren,

nicht einen einzigen Ball verloren zu geben.

Lendl sagte ganz erstaunt: „Bei einigen Stops und Lobs von mir lief er erst los, als ich ganz sicher glaubte, die erreicht er nie, und erreichte sie doch.“ Pernfors verwandelte gerade solche hoffnungslosen Bälle in unglaubliche Passierschläge. Auf Rasen dürfte allerdings von Pernfors zunächst keine Wunderdinge erwartet werden. Denn dessen Spiel lebt davon, daß der Ball im Spiel bleibt.

Die Tennis-Welt blickt weiter neidisch Richtung Schweden, hat doch das Tre-Kronor-Team mit Pernfors plötzlich einen weiteren Star in seinen Reihen. Zuletzt erreichte vor vier Jahren in Paris ein ungestörter Spieler das Finale: Es war Mats Wilander, dessen Auf- und Einstieg in die Welt-spieler in der Seine-Metropole begann. Mikael Pernfors ist spätestens seit Sonntag einer, der mit seiner Kunst die Tennis-Welt erobern will.

Bei den Generälen stieß Rau auf Kritik

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In ein gutes Licht wollte der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, bei einer Rede vor hohen Offizieren der Bundeswehr die Sicherheitspolitik seiner Partei setzen. Doch die Absicht des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten schlug fehl: Seine These, die NATO solle „eine neue, glaubwürdigere Strategie der Kriegsverhütung“ entwickeln, weil die jetzige „in der Logik der ‚flexible response‘ in Kauf nehmen, das zu vernichten, was wir alle verteidigen wollen“, stieß auf höflichen, aber eindeutigen Widerspruch einer Reihe von Generälen und Obersten. Auch mit seiner Erklärung, die Bundeswehr müsse nach Wegen zu einer Umstrukturierung suchen und dabei möglicherweise auch in ihrem Friedensumfang gekürzt werden, fand unter den Zuhörern kaum Zuspruch.

Raus Forderung, die NATO müsse sich vom selbst auferlegten Zwang befreien, den Einsatz nuklearer Waffen als Kern der Abschreckung zu verstehen, stieß bei Generalleutnant Hans-Peter Tandstedt, dem höchsten deutschen militärischen Vertreter bei der NATO in Brüssel, auf eindeutige Kritik. Der General sagte, es gebe „Grundwahrheiten“, die sich der „Konsensbildung“ entziehen. Dazu gehöre die Tatsache, daß eine Weltmacht auch das Militär als Instrument einsetze. Das wiederum bedeute, daß man den eigenen Bürgern sagen müsse, dagegen helfe nur Verteidigung und noch deutlicher, es müsse nötigenfalls geschossen werden. Das sei eine „unangenehme und brutale



Über Sicherheitspolitik sprach Rau (hier bei einem Truppenbesuch) vor Offizieren der Bundeswehr. FOTO: DPA

Wahrheit“. Es müsse aber gesagt werden, daß die NATO über Waffen verfügen müsse, die auch für die Sowjetunion ein Existenzrisiko ausmachten, da nur so die kriegsverhindernde Machtbalance gewährleistet sei. Dieses Ziel sei aber nur mit der Hilfe von Atomwaffen erreichbar.

Rau wurde von General Adalbert von der Recke, dem Kommandeur des Zentrums Innere Führung, vorgehalten, er stelle die sittliche Verantwortung des Soldaten in Frage, wenn er sage, die NATO-Strategie nehme in Kauf, das zu zerstören, was wir verteidigen wollten.

Generalleutnant Dieter Claus, Kommandierender General des I. Korps, hielt dem Kanzlerkandidaten der SPD vor, einen unaufhebaren Widerspruch zu vertreten, wenn er einerseits sage, die NATO müsse sich von den Atomwaffen freimachen, andererseits aber auch den Umfang der Bundeswehr verkleinern wolle, obwohl mehr konventionelle Verteidigungskraft erforderlich sei. Und Günter Raulf, Generalleutnant und Stellvertreter des Befehlshabers Alliierte Streitkräfte Ostsee, wandte sich gegen

Raus Kritik an der Entscheidung der NATO, die amerikanische Produktion neuer chemischer Waffen zu unterstützen. Der SPD-Kanzlerkandidat sah in der Möglichkeit, daß die neuen biakren Waffen im Spannungsfall wieder in Europa stationiert würden, „ein untaugliches Mittel zur Krisenbewältigung“, da der Eskalation ein neuer Schub zuteil werde. Raulf hingegen lobte die gute Entscheidung, an der auch die Bundesregierung mitgewirkt habe.

Rau hatte die Diskussion mit einer Rede eingeleitet, in der sagte, auch heute noch gelte die Aussage des Godesberger Programms, die SPD bejahe die Landesverteidigung. Doch habe nur eine „unmissverständliche defensive Vorverteilung“ für den Westen einen Sinn. Wie die WELT von informierten Seiten erfuhr, fügte Rau in sein Redemanuskript erst auf Bitten von Bonner SPD-Politikern die folgende Passage ein: „Auch die Staaten des Warschauer Paktes müssen sich auf die Vorverteilung ihres Territoriums beschränken und auf die Fähigkeit ihrer Streitkräfte zur raumgreifenden Offensive verzichten.“

Bangemann: Der Umweltschutz ist für die Grünen ein Vehikel zur Macht

FDP spricht von einem „nützlichen Klärungsprozeß“ nach den jüngsten Gewalttaten

DIETHART GOOS, Osnabrück

Die Freien Demokraten haben den Grünen vorgeworfen, den Umweltschutz unter machtpolitischen Gesichtspunkten zu betrachten. Der Parteivorsitzende, Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagte gestern vor dem FDP-Präsidium, das in der Schlussphase des niedersächsischen Landtagswahlkampfes in Osnabrück tagte: „Daß zur Gewalt aufgerufen wird und daß die Grünen dabei sind, macht mich sehr nachdenklich und ich hoffe, daß die Wähler der Grünen am nächsten Sonntag auch nachdenklich sind. Die Grünen benutzen den Umweltschutz nur als Vehikel, um an die Macht zu kommen.“

Bangemann: „Zum ersten Mal seit der Weimarer Republik tritt jetzt eine Partei offen für Gewalt als Mittel der Politik ein.“ Die Verantwortlichen der schweren Ausschreitungen in Brokdorf und Hamburg seien Verbrecher.

In seiner Einschätzung der FDP-Wahlaussichten für Niedersachsen sagte Bangemann, das Thema „Tschernobyl“ werde jetzt in der Bevölkerung rationaler und nüchterner gesehen. „Viele Menschen sehen inzwischen,

daß diejenigen, die Angst vor der Kernenergie geschürt haben, jetzt zur Gewaltanwendung auffordern.“ Dadurch ergebe sich ein nützlicher Klärungsprozeß.

Für die FDP sind die Ausschreitungen am Wochenende allerdings kein Indiz dafür, das bestehende Demonstrationsrecht jetzt nach Jahresfrist bereits wieder zu ändern. Daß die Bestimmungen ausreichend und praktikabel seien, habe die große Zahl von Festnahmen in Hamburg bewiesen, sagte Bangemann. Schon jetzt sei Vermutung von Demonstranten strafbar, wenn die Polizei eine Demonstration auflösen müsse und dies bekannt gemacht habe. Bangemann sagte: „Ich bestreite, daß das bestehende Recht nicht ausreicht, um Verbrecher dingfest zu machen.“ Die Aburteilung der Straftäter sei allerdings auch eine Sache der Gerichte.

Ihre eigenen Chancen und diejenigen des möglichen CDU-Koalitionspartners in Niedersachsen schätzte die Führung der Liberalen günstig ein. Die jüngsten positiven Umfragen mit einer CDU/FDP-Mehrheit dürften allerdings nicht zum Nachlassen der entscheidenden Wahlkampfstrategien führen.

Neben der aktuellen Lageinschätzung beschäftigte sich das FDP-Präsidium gestern in Osnabrück mit steuerpolitischen Vorstellungen für Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU nach der nächsten Bundestagswahl im Januar 1987. Dabei wurde die Marschrichtung bekräftigt, in der nächsten Legislaturperiode die Gewerbesteuer abzuschaffen. Während die SPD einen solchen Plan strikt ablehnt, verweist die Union auf den notwendigen Finanzierungsausgleich für die Gemeinden. Das FDP-Präsidium beauftragte daher die ständige Fachkommission beim Bundesvorstand, Lösungsvorschläge für die Abschaffung der Gewerbesteuer auszuarbeiten, die eine Grundgesetzänderung überflüssig machen und zugleich mit EG-Recht vereinbar sind. Die Einnahmeausfälle der Gemeinden beim Wegfall der Gewerbesteuer könnten durch einen höheren Anteil der Kommunen an der Lohn- und Einkommenssteuer oder auch durch eine Beteiligung der Gemeinden am Aufkommen der Mehrwertsteuer ausgeglichen werden. Die FDP-Führung rechnet zu diesem Thema mit harten Koalitionsverhandlungen.

Scheel spricht zum 17. Juni

dpa, Bonn

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel wird am 17. Juni, dem Tag der Deutschen Einheit, im Bundestag die Gedenkrede halten. Im Parlament wird in Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der „DDR“ seit einigen Jahren eine Gedenkstunde veranstaltet. Vorher hatte es auch Arbeitssitzungen des Bundestages gegeben. Im vergangenen Jahr sprach der SPD-Politiker und langjährige Bundesminister Georg Leber auf der Veranstaltung.

Der 17. Juni wurde am 4. August 1953 durch Gesetz zum Nationalen Gedenktag erklärt. In der Vergangenheit gab es immer wieder Stimmen, den arbeitsfreien Feiertag abzuschaffen und stattdessen den 23. Mai als Verfassungstag einzuführen.

SPD-Politikerin Selbert gestorben

dpa, Kassel

Die Kasseler Rechtsanwältin Elisabeth Selbert, die als eine von vier Frauen im Parlamentarischen Rat 1949/50 für die SPD an der Formulierung des Grundgesetzes mitgearbeitet hat, ist in ihrer Heimatstadt Kassel im Alter von 89 Jahren gestorben. In einem Nachruf würdigte der Kasseler Oberbürgermeister Eichel (SPD) die Rechtsanwältin für ihr besonderes Engagement für die Gleichberechtigung. Der Initiative von Elisabeth Selbert als eine der „Mütter des Grundgesetzes“ sei es zu verdanken, daß die Gleichberechtigung in Artikel 3 des Grundgesetzes tragender Verfassungsgedanke geworden sei. Als Politikerin habe sie sich ihr Leben lang als „Anwältin der Benachteiligten“ verstanden.

Grüne fordern eine „Sicherung für alle“

AP, Bonn

Die Grünen im Bundestag wollen in der Bundesrepublik Deutschland eine „integrierte Grundversicherung für Bürger in allen Lebenslagen“ erreichen. Wie der Abgeordnete Eberhard Bueb gestern erklärte, erfordert ein von den Grünen entwickeltes Konzept jährlicher Mehrausgaben des Staates von 35 Milliarden Mark. Diese Gelder sollen unter anderem dadurch erzielt werden, daß Unternehmer mehr Steuern zahlen. Außerdem sollen soziale Umschichtungen vorgenommen werden. Das Modell der Grünen sieht eine Reform aller Einkommenssteuersysteme mit dem Ziel vor, daß in jeder Lebenslage und im Alter ein „existenzsicherndes Einkommen“ deutlich über dem heutigen Sozialhilfesatz garantiert wird, erklärte Bueb.

CSU-Politikerin: Mehr Kompetenzen für Wallmann

dpa, Bonn

Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) sollte nach Auffassung der Vizepräsidentin des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, der CSU-Europaparlamentar Ursula Schleicher, mehr Kompetenzen erhalten. Sie empfahl Bundeskanzler Helmut Kohl gestern dringend, aus dem Bundesarbeitsministerium den Fachbereich „Gefährliche Stoffe am Arbeitsplatz“ herauszunehmen und in das neue Ministerium zu integrieren. Hierbei handele es sich um einen viel zu wenig beachteten Sektor möglicher Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer durch Umwelteinflüsse.

Eine erste Bewährungsprobe für den neuen Minister auf EG-Ebene sieht die CSU-Politikerin in der Sitzung des EG-Umwelttrates am Donnerstag und Freitag in Luxemburg. Dabei wird erneut eine Richtlinie zur Verringerung der Schadstoffbelastung durch Großfeuerungsanlagen vorgelegt werden. Angesichts der zu erwartenden ablehnenden Haltung vor allem Großbritanniens äußerte sie die Befürchtung, daß es dort zu einer „lautlosen Katastrophe“ für den Umweltschutz kommt.

Experten sehen nur geringe Belastung durch Tschernobyl

Regionale Unterschiede / Risikoabschätzung bei Krebserkrankungen

dpa, Bonn

Für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wird sich die sowjetische Reaktor Katastrophe von Tschernobyl innerhalb von 50 Jahren mit einer effektiven zusätzlichen Strahlenbelastung von insgesamt durchschnittlich 150 bis 200 Millirem auswirken. Dies geht aus einer vom Bundesforschungsministerium gestern veröffentlichten vorläufigen Abschätzung der Folgen von Tschernobyl hervor. Die hochgerechnete Dosis der natürlichen Strahlung betrage im selben Zeitraum zwischen 7500 und 20 000 Millirem.

Das Forschungsministerium verwies auf starke regionale Unterschiede bei der zusätzlichen Belastung. So errechnete das Kernforschungszentrum Karlsruhe Dosiswerte um zehn Millirem, während die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltschutz in den am stärksten durch die radioaktive Wolke von Tschernobyl belasteten Gebieten Bayerns unter ungünstigsten Annahmen von bis zu möglicherweise 500 Millirem ausgeht. Die Strahlenschutzkommission hatte am 18. Mai rechnerisch als maximale Gesamtdosis durch die Nahrungsaufnahme für 1986 bei Erwachsenen 70

Millirem angegeben, bei Kleinkindern 90 Millirem. Nach jüngster Auffassung der Kommission werden jedoch die tatsächlich erreichten Strahlendosen bei einem Fünftel dieser Werte liegen.

Zu den möglichen Auswirkungen der Strahlenbelastung auf das Entstehen von Krebs erklärte das Forschungsministerium, jährlich stürben in der Bundesrepublik etwa 150 000 Menschen an Krebs. Dies seien rund 20 Prozent der Todesfälle. Die Risikoabschätzungen ergäben bei einer einmaligen Kurzzeitbelastung mit 1000 Millirem eine rechnerische Erhöhung dieser Rate innerhalb von 30 Jahren von 20 Prozent auf 20,03 Prozent.

Kaum erforscht sind dagegen die Folgen von geringen Strahlendosen, denen Menschen längere Zeit ausgesetzt sind. Beim Vergleich von natürlicher und zivilisatorischer Strahlenbelastung muß berücksichtigt werden, daß diese Strahlung den Menschen nur von außen trifft. Dagegen gelangen künstlich – wie in Atomkraftwerken – erzeugte radioaktive Substanzen über die Nahrungsmittelkette oder die Atemluft in den Körper und bestrahlen ihn von innen.

Was die Hochschulen alles brauchen

PAUL F. REITZE, Bonn

Die deutschen Hochschulen sollen zwischen 1987 und 1990 von Bund und Ländern, jeweils zu gleichen Teilen, 9,1 Milliarden Mark für Investitionen zur Verfügung gestellt bekommen. Das sieht der 16. Rahmenplan für den Hochschulbau vor, den der Wissenschaftsrat verabschiedet hat. Für den Ersatz von Großgeräten sollen jährlich 300 Millionen Mark aufgewendet werden.

Zu den wichtigsten Vorhaben, die in einer Prioritätenliste zusammengefaßt worden sind, gehören unter anderem: Labormodernisierung im Großraum Frankfurt (133 Millionen Mark), Laborgebäude für Hochdruckforschung in Bayreuth (95 Millionen Mark), Ausbauten für die Chirurgie in Hannover (48 Millionen Mark), Neubau der bisher auf 14 Standorte verteilten Fakultät für Informatik in Karlsruhe (37 Millionen Mark). Für den Weiterbau der neuen TU in Hamburg-Harburg sind zunächst 36 Millionen Mark veranschlagt.

Mit Sorge registrierte vor der Presse der Vorsitzende des Wissenschaftsrats, Professor Heinz Heckhausen, daß das Investitionsvolumen der Hochschulen in den letzten Jahren stark rückläufig ist. Legt man nach dem Index des Statistischen Bundesamtes die Preise von 1980 zugrunde, so wurden 1985 nur noch 45 Prozent des Betrages von 1973 aufgewendet. Erfreulich sei jedoch, daß die stark überlasteten Fachhochschulen ihre Position deutlich verbessern konnten.

Im neuen Rahmenplan schneidet die Medizin, die bisher nahezu jede zweite Mark erhielt, erheblich schlechter ab. Sie soll nur noch 23 Prozent der vorgesehenen Mittel bekommen, was damit erklärt wird, daß umfangreiche Sanierungsmaßnahmen vorgezogen worden sind.

Gleichzeitig verabschiedete der Wissenschaftsrat eine „Stellungnahme zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft“. Bisher sei der Anreiz für entsprechende Ak-

tivitäten zu gering gewesen, da eine Reihe von Bundesländern die staatlichen Zuwendungen um den Betrag kürzen, der von der Industrie zur Verfügung gestellt wird. Die Wirtschaft beteiligt sich zur Zeit an der Finanzierung der deutschen Hochschulforschung nach Schätzungen nur mit zwei bis drei Prozent. Daher appelliert der Wissenschaftsrat an die Landesregierungen, sich um mehr Flexibilität zu bemühen.

In diesem Zusammenhang spricht er sich auch dafür aus, das Beamtenrecht für Hochschullehrer so zu ändern, daß längere Freistellungen für spezielle Aufgaben in der Wirtschaft möglich werden. Der Personalauswechsel müsse erheblich verstärkt werden, in beiden Richtungen.

Unternehmen, die den Hochschulen Forschungsaufträge erteilen, sollen stärkere Rechte erhalten, insbesondere was die „Einhaltung vorgegebener Termine und Fristen und die Vorlage von Kostenkalkulationen“ betrifft.

„Nukem“ prüft die Drohungen von Fischer

dg, Wiesbaden

Als ein Sturm im Wasserglas hat sich die Drohung aus dem hessischen Umweltministerium erwiesen: „die Hanauer Uranfabrik „Nukem“ (alt) sofort stillzulegen, wenn die Firma nicht innerhalb von zwei Monaten Abtrag auf Einleitung eines Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionschutzgesetz stellt. Ein Sprecher des Unternehmens meinte dazu gestern gegenüber der WELT, ein solcher Antrag werde wahrscheinlich gestellt werden. Die Frage werde noch von den Hausjuristen geprüft.

Die dramatisch klingende Meldung aus dem von dem Grünen Joscha Fischer geleiteten Ministerium hatte zunächst Spekulationen darüber ausgelöst, Fischer wolle unmittelbar in das atomrechtliche Genehmigungsverfahren eingreifen, das auch Handhaben zur unmittelbaren Schließung des Unternehmens bieten würde. Tatsächlich jedoch bedeutet die von seinem Staatssekretär Karl Kerschgens abgezeichnete Anweisung an den Regierungspräsidenten in Darmstadt lediglich, daß die für die Einhaltung des Bundesimmissionschutzgesetzes zuständige Behörde (in Hessen jetzt das Umweltministerium Fischers) ihre Haltung in dieser Frage geändert hat. Fischers Amtsvorgänger, der hessische Sozialminister Armin Claus (SPD), hatte ein Verfahren nach Bundesimmissionschutz bisher nicht gefordert.

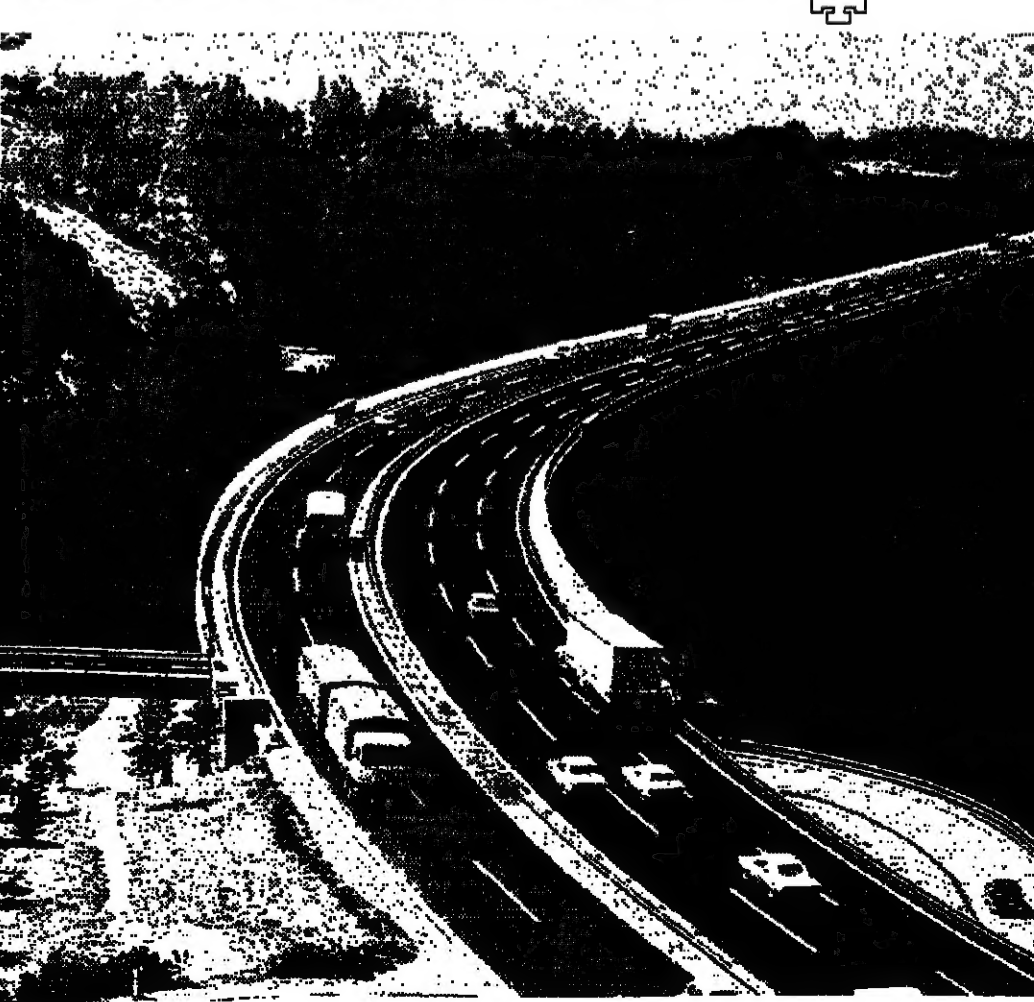
Aus dem Umweltministerium verlautete zwar ergänzend, bei dem Vorhaben Fischers handele es sich um einen „indirekten Schachzug“. Die Firma habe offenbar „massive Gründe“, ein entsprechendes Verfahren zehn Jahre lang nicht zu beantragen. Diese Gründe scheinen nach Informationen aus der hessischen Landeshauptstadt jedoch allein darin zu bestehen, daß Fischers sozialdemokratische Amtsvorgänger ein derartiges Verfahren wegen Unberechenbarkeit für den Betrieb der Nuklearfirmen nicht für nötig gehalten haben. Das atomrechtliche Verfahren und damit die atomare Sicherheitsfragen der Hanauer Nuklearbetriebe sind dadurch nicht berührt.

In der CSU wächst Kritik an Wackersdorf

dpa, München

Nach dem Münchner CSU-Bezirksvorsitzenden und früheren Oberbürgermeister der bayerischen Landeshauptstadt, Erich Kiesel, hat jetzt auch der Münchner CSU-Bundestagsabgeordnete Erich Riedl eine „Denkpause“ im Zusammenhang mit der umstrittenen atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf gefordert. In einem offenen Brief an die Wähler meinen beide Politiker, Konzept und Sicherheit der atomaren Wiederaufarbeitung seien „neu zu erörtern“. Es sei Aufgabe der Politik, den eigenen Standpunkt immer wieder zu überprüfen, schreiben Kiesel und Riedl. Von Anfang an sei klar gewesen, daß Kernenergie langfristig nur eine Übergangsquelle sein kann. Zumindest für den Atomstock habe sich gezeigt, daß die Atomtechnik nicht absolut beherrschbar sei. Daraus seien die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Der Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V. informiert: Was hat Kalk mit dem Straßen- und Betonbau zu tun?



Kalk macht uns mobil.

Kalk ist als bewährter und fortschrittlicher Naturstoff an der Herstellung einer unendlichen Zahl von Produkten direkt oder indirekt beteiligt. Es sind Produkte, die uns tagtäglich umgeben, die uns auf Schritt und Tritt begegnen. So beweist Kalk zum Beispiel im Straßenbau, was er kann. Kalk sorgt u. a. dafür, daß unsere Straßen und Autobahnen fest, tragfähig, belastbar und verformungsstabil sind. Damit wir schnell und sicher ans Ziel kommen ...

Aber das ist nur einer seiner vielen Anwendungsbereiche. Überall wird Kalk mit großem Erfolg eingesetzt. Und die Grenzen seiner Anwendungsmöglichkeiten sind noch längst nicht erreicht.

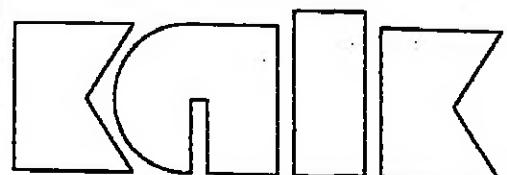
Kalk ist und bleibt ein unersetzliches Schlüsselement unseres Lebens, ein Geschenk der Natur, ohne das es den Fortschritt von heute und morgen nicht gäbe.

Für mehr Informationen über „Kalk und seine überaus vielfältigen Einsatzmöglichkeiten“ halten wir für Sie Informations-Broschüren bereit:

○ Kalk in der Land- und Forstwirtschaft ○ Im Umweltschutz ○ In der Baustoffindustrie ○ Im Straßen- und Betonbau ○ In der Mörtel- und Putzindustrie ○ In der Industrie (d. h. Eisen und Stahl, Chemie, Glas, Zucker, Kosmetik, Papier ...)

Bitte anfordern beim:
Bundesverband der Deutschen Kalkindustrie e. V.,
Annahr. 67-71, 5000 Köln 51, Tel. 021/37 69 20, Telex: 8 882 674

Kalk ist mehr. Viel mehr.



Sorgen mit Mexiko

ed. - An der internationalen Schuldenfront sieht es nach einer Verschärfung der Krise aus. Rauchzeichen kommen nicht nur aus Polen, sondern vor allem aus Mexiko. Das Polen-Problem ist noch ein relativ kleiner Fisch, wenn auch dort einige deutsche Banken überdurchschnittlich mit eingefrorenen Krediten engagiert sind. Wirkliche Sorgen bereitet den internationalen Banken dagegen der Großschuldner Mexiko, einest das Paradebeispiel für einen erfolgreichen Ansatz zur Lösung der Schuldenkrise.

Noch weiß man nicht recht, ob Andeutungen aus Mexiko, den Schuldendienst künftig nur in Landeswährung zu begleichen oder nach schlechtem peruanischem Beispiel auf einen bestimmten Prozentsatz der Exporterlöse zu beschränken, nur Drohgebärden sind, die den internationalen Währungsfonds als Helfer in der Not erweisen sollen. Tatsache ist jedenfalls, daß Mexiko nach dem Ölpreisverfall vor der Pleite steht.

Genz egal, welche Drohungen das mit 100 Milliarden Dollar am zweitgrößten verschuldete Land schließlich wahrnehmen: Es ist zu befürchten, daß dann auch andere Länder, die mit großen Problemen zu kämpfen haben, aus der Front der ordentlichen Schuldner ausbrechen. Damit würden dann wieder die Gefahren für das internationale

Finanzsystem virulent, die Optimisten schon überwunden glaubten. Wohl denjenigen Banken, die sich auf den GAU mit reichlicher Vorsorge eingestellt haben. Die deutschen Banken sind dabei zum Glück Weltspitze.

Schätzungen

Ha.(Brüssel) - Über die Kosten Europas wird viel geklagt, besonders in Ländern, die sich zu den Nettozahlern in der Gemeinschaft rechnen. Dagegen spricht kaum jemand von den Belastungen, die den europäischen Volkswirtschaften durch das Fortbestehen der Binnengrenzen entstehen. Der Europa-Abgeordnete Karl von Wogau schätzt diese auf jährlich über 150 Milliarden Mark. 86 Milliarden Mark entfallen nach seinen Vermutungen allein auf das Fehlen eines einheitlichen europäischen Marktes für öffentliche Beschaffungen und Bauaufträge, über 25 Milliarden Kosten die administrativen Formalitäten und Warteschlangen an den Binnengrenzen und 21 Milliarden die Personal- und Sachaufwendungen der Zollverwaltungen. Solche Schätzungen sind nicht leicht zu überprüfen. Vieles spricht indes dafür, daß zumindest die Größenordnungen stimmen. Als Argument gegen eine kostenbewußtere Ausgabenpolitik kann die Berechnung freilich kaum herhalten. Die Ausgaben für die europäische Agrarpolitik sind einfach zu hoch.

Phönix aus der Asche

Von JAN BRECH

An diesem Mittwoch versammeln sich im Hamburger Stadtteil Harburg die Aktionäre eines Unternehmens, das dem Namen des ägyptischen Segenvogels Phönix alle Ehre macht. Vor zehn Jahren noch ein mittelgroßer Reifenhersteller ohne Zukunft hat sich die Phönix AG in einen bedeutenden Zulieferer für die Autoindustrie mit elastischen Karosserieteilen und Stoßangagregaten verwandelt.

Der Umwandlungsprozeß, den Phönix hinter sich gebracht hat, ist ein Musterbeispiel dafür, wie man mit unternehmerischem Mut, realistischen Denken und pragmatischem Handeln strukturelle Schwächen überwindet. Während viele Unternehmen den Stürmen der Zeit nicht gewachsen sind, weil sie Anpassungsprozesse entweder überhaupt nicht oder zu spät einleiteten, hat Phönix frühzeitig den Kurs geändert und das Heil auf neuen Produktfeldern gesucht.

Spiritus rector dieses riskoreichen Unterfangens ist unbestritten der Vorstandsvorsitzende Peter Weinig, der 1973 den Chef-Posten von Hans Werner Kolb übernommen hatte, nachdem dieser vom Gummi zum Buderusschen Eisen gewechselt war. 1972 nahm Weinig die ersten 10 Millionen Mark in die Hand und investierte sie in das Werk Sterbfritz im Hessischen. Ziel war die Produktion von Sicherheitsstößen aus Hartschäum.

In der sicheren Erkenntnis, daß Phönix als mittlerer Reifenhersteller nicht die Spur einer Überlebensschance gegenüber den weltweit operierenden Gummifabrikanten haben würde, hat Weinig das Unternehmen konsequent von den Reifen weg zu technischen Gummiwaren geführt. Phönix sollte zu einem Entwicklungspartner der Industrie für alle Probleme der flexiblen Verbindung, der Federung, der Dämmung und Dichtung mit Hilfe elastischer Materialien wie Kautschuk und Polyurethan werden.

Der Berg, über den Weinig Phönix geführt hat, war gewaltig. Das Unternehmen gab die Hälfte des Umsatzes von 800 Millionen Mark aus, ließ moderne Anlagen für die Reifenherstellung und eingespielte Vertriebsorganisationen am Wegrand liegen. Es setzte fast die Hälfte der ehemals 10 000 Mitarbeiter frei. Zum

Ausgleich der Verluste mußte Phönix fast 50 Millionen Mark der Rücklagen aus besseren Zeiten opfern. Die Investitionen erreichten das für ein Unternehmen von der Größe Phönix gewaltige Volumen von insgesamt mehr als 400 Millionen Mark.

Wenn Weinig heute sagt, Phönix sei wieder da, dann ist der darin mitklingende Stolz gerechtfertigt. Der Gruppenumsatz ist inzwischen auf knapp 800 Millionen Mark gewachsen, wobei 60 Prozent mit der Autoindustrie in Form von geschäumten Formteilen zur Geräusch-, Stoß- und Schwingungsdämpfung abgewickelt werden. Den Rest setzt Phönix mit technischen Gummiwaren und Fördergeräten um. Das Unternehmen schreibt seit vier Jahren schwarze Zahlen und hat 1985 zum ersten Mal die Belegschaft wieder aufgestockt.

Natürlich gibt es auf der rettenden Seite des Ufers auch für Phönix keine Bestandsgarantien. Schon als Reifenhersteller hat Phönix die Erfahrung gemacht, daß die mächtige Autoindustrie ihre Zulieferer fest im Griff hat. Phönix jedoch hat sich auf Produktfelder zurückgezogen, auf denen nicht mehr die Großkonzerne die Konditionen diktiert. Außerdem bleibt es mit einer Branche verbunden, die zu den stabilsten und widerstandsfähigsten der deutschen Wirtschaft gehört. Schließlich hat Phönix eine Lehre mit Erfolg absolviert, die es dem Unternehmen erleichtern wird, immer wieder mögliche Turbulenzen durchzustehen. Weinig faßt sie in dem Satz zusammen: Es lohnt sich, das Ruder selbst in die Hand zu nehmen. In der Tat ist dies eine der wichtigsten Erkenntnisse aus dem Fall Phönix.

Eine zweite Erkenntnis heißt, daß es nicht immer die Trouble-shooter mit dem großen Namen sind, die Unternehmen zu neuen Ufern führen. Es gibt keine Gesetzmäßigkeit, daß „Manager des Jahres“ stets aus den Top-Ebenen der Umsatz-Milliardäre kommen müssen. Beharrlich hat Weinig die Arbeit bei Phönix besorgt. Das Glück stand ihm sicher zur Seite, als sich der pensionierte Shell-Finanzchef Heinz Rödenbeck zu zeitlich begrenzten Rückkehr an die Arbeitsfront überreden ließ und für Weinig die Finanzierung besorgte. Das Gespür für die richtigen Leute gehört halt dazu.

BIZ / Verfassung der Weltwirtschaft heute so günstig wie seit Jahren nicht mehr

Die Beschäftigungssituation wird sich in naher Zukunft kaum verbessern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt. Gegen staatliche Ausgaben zum Abbau der Arbeitslosigkeit und gegen eine expansive Geldpolitik spricht sich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) aus. Die Bank der Notenbanken hält zwar die Verfassung der Weltwirtschaft für günstiger „als zu irgendeiner Zeit während der letzten fünf oder sechs Jahre“, doch ernste Probleme wie die Arbeitslosigkeit in Europa, die Schuldenkrise, die Anspannungen des Finanzsystems und die großen Leistungsbilanzdefizite hätten kaum an Gewicht verloren.

Der Präsident der BIZ, Jean Godeaux, und ihr Generaldirektor Alexandre Lamfalussy rechnen für die nahe Zukunft aus demographischen Gründen und wegen des relativ verhaltenen Wirtschaftswachstums nicht mit einer spektakulären Verbesserung der Beschäftigungssituation. Sie sei nur langfristig mit größerer Preis- und Lohnflexibilität zu erreichen, schreibt Lamfalussy unter Hinweis auf das amerikanische „Beschäftigungswunder“ im Jahresbericht der BIZ.

Nachdrücklich warnt das angesehene Institut die Währungsbehörden, sie sollten sich nicht durch die immer noch hohen Realzinsen, das Streben nach Aufrechterhaltung des Wachstums und den Rückgang der Inflationsraten zu einer wieder expansiven Geldpolitik verführen lassen. Beim Erwägen weiterer Lockerungen müßten sie die Risiken eines sich aufstauenden Inflationspotentials einkalkulieren, das die Aussichten auf dauerhaftes Wachstum und einen allmählichen, aber nachhaltigen Zinsrückgang gefährden würde. Denn die starke Verlangsamung des Preisauf-

triebs, so die BIZ, sei vorwiegend der Schwäche der Rohstoffpreise und dem Zusammenbruch des Ölpreises zu verdanken und damit Einflüssen, die nicht von Dauer seien. Außerdem zweifelt Lamfalussy die Fähigkeit der Zentralbanken, die Realzinsen auf Dauer niedrig zu halten. Das in einigen Ländern rasche Geldmengenwachstum, die niedrigen langfristigen Zinsen und die Hausse an den Aktienmärkten zeigt nach Meinung von Godeaux überdies, daß in der Weltwirtschaft kein genereller Geldmangel herrscht.

Skeptisch beurteilt die BIZ die Entwicklung an der internationalen Schuldenfront. Die Schuldendienstquoten der wichtigsten Problemländer seien heute noch genau so hoch wie 1982. Mit der „Baker-Initiative“ seien zwar Lösungsansätze aufgesetzt worden, doch drohe ihre Stoßkraft verlorenzugehen, wenn nicht bald einige Länder zusammen mit dem IWF und der Weltbank Strukturprogrammmaßnahmen in Kraft setzten. Der vielleicht dunkelste Fleck in der Weltwirtschaft ist für die BIZ das Auseinanderleben von Industrie-

ländern und allerärmsten Entwicklungsländern, die sich selbst nicht mehr helfen können und mit deren Problemen auch keine der internationalen Organisationen fertigwerden könne.

Die BIZ begrüßt die Dollarabwertung als wichtigen Schritt zu einem besseren internationalen Ausgleich der Zahlungsbilanzungleichgewichte; der Erfolg werde sich jedoch erst später herausstellen. Sie warnt vor Ungeduld und vor allem vor protektionistischen Kurzsichtigkeiten in den USA. Dies sei ein Bereich der Negativliste, in dem die Sorge über verfehlte Reaktionen der Wirtschaftspolitik am größten ist.

Die Einführung von Wechselkurszielen ist nach dem Urteil der BIZ eine gefährliche Illusion; sie bewirkt, daß sich die Währungs- und Finanzpolitik auf einen „policy mix“ einigen können, der sich nicht vorwiegend an den nationalen Interessen der einzelnen Länder orientiert, und sie befürchtet, daß ein Versagen der Währungsbehörden, ihren Verpflichtungen im Rahmen von Zielvereinbarungen nachzukommen, einen destabilisierenden Effekt auf die Märkte haben.

Mit Sorge beobachtet die BIZ die tiefgreifenden strukturellen Veränderungen an nationalen und internationalen Finanzmärkten; sie hat Zweifel, ob sich die Banken der Risiken vieler Finanzinnovationen wirklich voll bewusst sind.

BAUWIRTSCHAFT

Herion fordert Änderung der bisherigen Politik

ARNULF GOSCH, Bonn

Die deutsche Bauwirtschaft kämpft weiter ums Überleben. Trotz leichter Besserungen in den ersten Monaten dieses Jahres bleibt die Bauwirtschaft schlußlicht der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Ohne eine Kursänderung der Baupolitik werde man dem 1989 erneut drohenden Einbruch der Bautätigkeit nicht begegnen können. Mit diesen Feststellungen umriß Bauindustrie-Präsident Günther Herion, am Vorabend des Tages der deutschen Bauindustrie in Bonn Lage und Aussichten seiner Branche.

Im einzelnen wies Herion darauf hin, daß auch die Bauwirtschaft Anfang 1986 durchaus belebende Impulse vom allgemeinen Konjunkturaufschwung erhalten habe. Die Bauproduktion ging im ersten Quartal nur noch um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal zurück, bei den Auftragsengängen und Baugenehmigungen im Hochbau ergaben sich dagegen zum Teil kräftige Zuwachsraten. So stiegen die Aufträge für Wirtschafts- und öffentliche Bauten um rund zwölf bzw. 7,5 Prozent und die Baugenehmigungen um knapp 20 bzw. sogar knapp 24 Prozent. Im Wohnungsbau dagegen fielen die Auftragsengänge um 2,3 Prozent und die Baugenehmigungen sogar um 12,2 Prozent zurück. Und die Zahl der Beschäftigten nahm um weitere 4,5 Prozent ab.

Dies alles zeigt nach Herions Worten, daß sich die Stabilisierung auf

sehr niedrigem Niveau vollziehe. Eine Stabilisierung auf dem Niveau von 1970 dürfe nicht mit einer allgemeinen Erholung der Bauwirtschaft verwechselt werden: Nach wie vor seien die Preise unauskömmlich, öffne sich die Schere zwischen Kosten und Baupreisen immer weiter und sei die Eigenkapitalausstattung bei weiter fallender Tendenz viel zu niedrig. Für das gesamte Jahr 1986 sei daher nur mit einer Stagnation der Bauproduktion zu rechnen. Belebungen des Wirtschaftsbaus und öffentlichen Baus um vier bis fünf Prozent, drei Prozent würden durch das Minus im Wohnungsbau von vier Prozent aufgegessen.

Mittelfristig sieht es keineswegs rosig aus. Werde sich die Bautätigkeit 1987 und 1988 um etwa drei Prozent beleben, zeichne sich bereits 1989 wieder ein Rückgang ab.

Vom Staat erwartet die Bauindustrie schon jetzt neue Weichenstellungen. Haushaltsdisziplin sollte nicht mit dem Verzicht auf Zukunftsinvestitionen verwechselt werden. Und Stetigkeit des staatlichen Investitionsverhaltens sei gefordert. So müßten die Städtebauförderung und die Kreditprogramme der KfW und der Ausgleichsbank über 1987 hinaus fortgeschrieben und die Investitions- und SolI-St-Differenzen von jährlich mehr als 6 Milliarden Mark dürften sich nicht wiederholen. Widerspruch sei auch, Existenzgründungen im Baubereich zu fördern.

AUF EIN WORT



„Die Renaissance der deutschen Aktienbörse hat das wirtschaftliche Verständnis und den unternehmerischen Geist unseres Landes auf einer breiten Basis gefördert.“

Dr. Ulrich Fritsch, Geschäftsführer des Arbeitskreises Aktie e. V., Düsseldorf. FOTO: DIE WELT

„Hausgemachte“ Preisstabilität

dpa/VWD, Köln/Frankfurt. Die gegenwärtige Stabilität der Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik Deutschland - in den letzten drei Monaten lebte der Verbraucher jeweils billiger als vor einem Jahr - ist größtenteils „hausgemacht“. Zu diesem Schluß kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer jetzt veröffentlichten Untersuchung. Von 1982 bis 1985 sei die durchschnittliche Inflationsrate in der Bundesrepublik Deutschland von 5,3 Prozent auf 2,2 Prozent gesunken. Zu diesem Rückgang um 3,1 Prozentpunkte trugen sinkende Preise für Rohstoffe und Öl sowie andere „Importierte“ Verbilligung nur 0,5 Prozentpunkte bei, während auf inländische Faktoren 2,6 Punkte entfielen.

POLEN

Schulden können nicht zurückgezahlt werden

Polen, im westlichen Ausland mit knapp 30 Milliarden Dollar verschuldet, ist wieder einmal zahlungsunfähig. Es kann die heute zur Rückzahlung anstehende Hälfte der in diesem Jahr fällig werdenden 460 Millionen Dollar westlicher Bankkredite nicht aufbringen. Für die Banken, bei denen das Land mit 7,8 Millionen Dollar in der Kreide steht, mit 1,5 Millionen davon bei deutschen, kommt das allerdings nicht unerwartet. Übermorgen werden Bankvertreter in Wien mit polnischen Regierungsvertretern Vereinbarungen über eine Umschuldung von 95 Prozent der 1986 fälligen Kredite treffen, die bereits 1981 und 1982 umgeschuldet wurden. In westlichen Bankkreisen wird Entgegenkommen signalisiert.

Wenig Chancen wird Polen allerdings haben, den Zinssatz für diese

Kredite von bisher 1,75 Prozent über Libor (London Bank Offered Rate, die derzeit bei rund sieben Prozent liegt) auf 1,25 Prozent zu drücken. Dafür wird die Bonität des Landes für zu schlecht gehalten. Auf taube Ohren trifft aus dem gleichen Grund auch das Warschauer Begehren, zusätzliche Kredite - man spricht von 300 Millionen Dollar - von den Banken zu erhalten.

Der Volksrepublik fehlen wegen der westlichen Importbeschränkungen im Zusammenhang mit dem Tschernobyl-Unfall in diesem Jahr schätzungsweise 200 Millionen Dollar Exporteinnahmen. Nur geringe Hoffnungen setzen Bankexperten darauf, daß Polens Zahlungsprobleme schon bald durch Hilfe vom Internationalen Währungsfonds gelindert werden können, als dessen Mitglied Polen seine Wirtschaftspolitik ändern muß.

STEUERGUTACHTEN

Beiratspläne ohne Gegenliebe bei den Lebensversicherern

Py. Düsseldorf. Als „sehr finanztheoretische Reißbrett-Arbeit“ bezeichnen die Lebensversicherer in der Bundesrepublik das „Gutachten zur einkommensteuerlichen Behandlung von Altersrenten“ des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Der Beirat hatte in seinem Gutachten eine Empfehlung, daß künftig Beiträge für Kapitallebensversicherungen nicht mehr steuerlich geltend gemacht werden können und das Steuerprivileg für Zinsen aus Lebensversicherungen abzuschaffen.

Wie das Ministerium, das als Empfänger das Gutachten nur „als interessanten Beitrag aus der Wissenschaft“ einstufte, kritisieren die Lebensversicherer, daß sich der Beirat keine Gedanken über die Auswirkungen seiner Vorschläge gemacht hat, die über das rein finanz- bzw. steuerrechtliche hinausgehen. Die Gedan-

ken des Gutachtens seien schon aus sozialpolitischen und verfassungsrechtlichen Gründen nicht durchsetzbar. Die bisher unumstrittene Drei-Säulen-Theorie des Nebeneinander von gesetzlicher, betrieblicher und eigenverantwortlicher privater Altersvorsorge würde ins Wanken geraten. Gerade an der funktionierenden Säule „Lebensversicherung“ würde man Hand anlegen wollen, nachdem die staatliche Rentenmiserie offenkundig ist und die betriebliche Altersversorgung zumindest stagniert. Die aus den Beiratsplänen erwachsenden Steuermineralien von 20 Mrd. DM jährlich könnten den Bundesfinanzminister kaum gleichgültig lassen. Schließlich: Die kritisierte steuerliche Begünstigung der Beiträge für Lebensversicherungen ist heute bereits - da ausgeschöpft - fast bedeutungslos.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

„Normalisierung am Immobilienmarkt“

München (dpa/VWD) - Bundesbauminister Oscar Schneider erkennt am Immobilienmarkt „nicht die Anzeichen einer Krise, sondern deutliche Hinweise für eine Normalisierung“. Schneider sagte, nach dreieinhalb Jahren Regierungsverantwortung stehe fest, daß sich das Konzept, staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt abzubauen und individuelle soziale Hilfen zu gewähren, bewährt habe.

Viel Geld für Tabak

Kiel (dpa/VWD) - Die rund 18 Millionen Raucher in der Bundesrepublik haben im vergangenen Jahr 24,4 Mrd. DM für Tabakwaren ausgegeben, etwa soviel wie 1984. Wie der Bundesverband des Tabakwareneinzelhandels mitteilte, gingen davon 2,9 Mrd. über den Tresen des Fachhandelndels, elf Mrd. DM wurden in Automaten gesteckt.

Weniger Aktienkäufe

Frankfurt (cd.) - Ausländer haben im April für 7,8 Mrd. DM deutsche Wertpapiere gekauft. Die Auslandsengagements haben sich zwar gegenüber März (5,9 Mrd.) erhöht, aber sie erreichten nicht wieder die Beträge von Januar (10,4 Mrd. DM) und Februar (9,2 Mrd. DM). Nachgelassen haben vor allem die Auslandskäufe deutscher Aktien. In Rentenwerten legten Ausländer 6,3 Mrd. DM an.

Neuer Mengentender

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpensionsgeschäfte in Form eines „Mengentenders“ mit einem Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage (11. Juni bis 9. Juli). Dieses Angebot stellt eine Prolongation für am Mittwoch auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 10,8 Mrd. DM dar, welche die Banken vor 28 Tagen mit der Bundesbank ebenfalls zum Zins von 4,35 Prozent abgeschlossen hatten.

TV-Reklame geht zurück

Köln (dpa/VWD) - Der Anteil der Fernsehwerbung am gesamten Wer-

beumsatz in der Bundesrepublik ist in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken. Waren es 1975 noch 11,3 Prozent, so schrumpfte er bis 1985 auf 9,4 Prozent. Dies geht aus einer IW-Studie hervor.

Position behaupten

Bonn (dpa/VWD) - Die deutsche Gaswirtschaft will ihre Position auf dem Wärmemarkt trotz des verschärften Wettbewerbs ausbauen. Wie es in dem Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft heißt, zielen die weiteren Absatzperspektiven auf einen Anteil von 18 Prozent am gesamten Primärenergieverbrauch ab.

Zwei Millionen Wähler

Bonn (DW) - Über zwei Mill. Mitglieder der Barmer Kasse gaben ihre Stimme bei der Sozialwahl ab. Nach ersten Hochrechnungen wurden 35 der 80 Parlamentssitze auf die Interessengemeinschaft von Mitgliedern und Rentnern der Barmer Ersatzkasse entfallen, während der DGB zusammen mit koalierenden Listen 17 Sitze auf sich vereinig.

„Keine billige Quelle“

Bonn (HE) - Die Sparschutzgemeinschaft in Bonn lehnt die Forderung der Länder nach einer Erhöhung der Kassenkreditplafonds der Bundesbank aus grundsätzlichen währungsrechtlichen Gründen ab. Es sei nicht Sinn des Kassenkredits, heißt es in einer Stellungnahme, den öffentlichen Haushalten eine bequeme und billige Finanzierungsquelle zu erschließen. Vielmehr sei es Sache der Finanzministerien, Vorsorge für angemessene Betriebsmittel zu treffen.

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 165,05 (162,33); Elektrowerte: 301,83 (297,96); Autowerte: 768,54 (754,68); Maschinenbau: 157,11 (153,87); Versorgungskette: 166,78 (165,25); Banken: 405,99 (396,95); Warenhäuser: 141,93 (141,13); Bauwirtschaft: 480,50 (461,67); Konsumgüterindustrie: 166,36 (160,87); Versicherungs: 1476,32 (1450,52); Stahlwerke: 163,08 (160,12); Gesamt: 276,43 (271,57).

FRANKREICH

Balladur: Konjunktur wird sich im Herbst beleben

J. Sch. Paris

Die französische Wirtschaftslage ist „nicht befriedigend“, stellt Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur vor dem Forum „EST-Le-Monde“ fest. Insbesondere die Exportentwicklung verläufe (trotz der jüngsten Franc-Abwertung) weniger günstig als bei den wichtigsten Auslandskonkurrenten. Auch die Investitionstätigkeit lasse zu wünschen übrig. So bleibe das Wirtschaftswachstum hinter dem internationalen Durchschnitt zurück.

Dies liege vor allem daran, daß noch nicht alle Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft in Kraft getreten sind. Sie würden aber im Herbst ihre ersten Früchte tragen und zu einem Trendumkehr führen. Zur „Wiederaufholung der Wirtschaft“ habe die Regierung aber (knapp) zwei Jahre Zeit. Gemeint

sind die nächsten Präsidentschaftswahlen vom Frühjahr 1988.

Premierminister Chirac hatte zuvor vor ausländischen Investoren sogar die Auffassung vertreten, daß die derzeitige bürgerliche Mehrheit in der Nationalversammlung neun Jahre lang erhalten bleibe. Die Unternehmen im In- und Ausland scheinen aber die Hypothese einer vorzeitigen Beendigung der „Cohabitation“ und für die Linke günstiger Neuwahlen nach einer jederzeit möglichen Auflösung der Nationalversammlung durch Präsident Mitterrand in ihrem Kalkül einzubeziehen. Chirac und Balladur sehen dagegen die Cohabitation nicht gefährdet. Außerdem erklärte Balladur, daß noch vor Ende dieses Jahres die beiden ersten staatlichen Gesellschaften privatisiert würden.

HAUSHALTSENTWURF 1987 / Die „Chefgespräche“ sind in vollem Gange

Auch im Wahljahr ein Spar-Etat

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Stoltenberg ist entschlossen, auch den Etat 1987 - den fünften unter seiner Ägide - bei einer Zuwachsrate unter drei Prozent und damit unter der des Bruttoinlandsprodukts zu halten. Bei einem Volumen des 88er Etats von 283,5 Milliarden Mark dürfte 1987 die 270-Milliarden-Mark-Grenze geringfügig überschritten werden. Am 1. Juli wird das Kabinett den Entwurf verabschieden.

Die „Chefgespräche“, die abschließenden Verhandlungen mit den Ressortministern, sind in vollem Gange. In dieser Woche stehen noch Bange-mann (Wirtschaft), Blum (Arbeit und Soziales), Dollinger (Verkehr) und Schneider (Wohnungsbau) auf dem Programm. Außerdem geht es um den Berlin-Etat, der zu rund 50 Prozent aus Bonn finanziert wird. In der kommenden Woche schließt Stoltenberg die Verhandlungen nach Gesprächen mit Genscher (Äußeres),

Kiechle (Landwirtschaft), Wilms (Bildung und Wissenschaft) sowie Zimmermann (Inneres) ab. Der Etat für das Umweltministerium dürfte erst in den parlamentarischen Beratungen nach der Sommerpause geschaffen werden. Für 1988 wird durch die Kabinettsverweiterung kein Nachtragshaushalt erforderlich.

Die Nettokreditaufnahme ist für 1986 mit 23,7 Milliarden Mark bewilligt. Für 1987 wird ungeachtet der höheren Belastungen (Abführungen an Brüssel und Einnahmestopps durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer) keine deutliche Erhöhung erwartet. Stoltenberg ist es seit Amtübernahme 1982 gelungen, jedes Jahr unter dem Ansatz zu bleiben.

Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß einige Einzelentscheidungen streitig ins Kabinett gehen. So ist beim Entwicklungsetat noch offen, ob angesichts der hohen - und steigenden - Rückflüsse aus der Kapital-

hilfe für Zinsen und Tilgung zusätzliche Leistungen erbracht werden sollen. Bis zur Jahresmitte sollte dem Haushaltsausschuß hierzu ein Bericht der Bundesregierung vorliegen. Offenbar kann dieser Termin nicht eingehalten werden.

Auch die von der Koalition envisierte Nachbesserung der Anrechnung von Kindererziehungszeiten (Babyjahr) für Rentnerinnen muß im Etatentwurf 87 berücksichtigt werden. Eine Einigung in der Ministerkommission ist jedoch noch nicht in Sicht. Der Antrag könnte als Initiative der Koalitionsfraktionen nach der Sommerpause eingebracht und in den Haushaltsberatungen berücksichtigt werden. Hierfür sind sicher 2 Milliarden Mark zu rechnen.

Zweistellig wächst voraussichtlich der Wirtschaftsetat, da unter anderem die Subventionen für Kohle und Schiffe kräftig zunehmen. Auch für den Airbus wird mehr Geld fällig.

Anzeige

MEETING

Die exklusive Tagung zum Inklusiv-Preis von 199,- DM* pro Person und Tag. Mit: Konferenzraum · Getränke · Material · Kaffeepause · Lunch/Dinner · Übernachtung · Frühstück. An Wochenenden noch günstiger. Fragen Sie uns. Tel. Nr. 069/77 07 21 App. 2288.

Canadian Pacific Hotels

Hamburg Plaza · Bremen Plaza · Frankfurt Plaza

HARTMANNBUND

Praktikum vor
Medizinstudium

d. Bonn

„Die deutsche Ärzteschaft befindet sich in einer Krise.“ Schuld daran sei die Gesundheits- und Sozialpolitik der letzten zehn Jahre, meinte der Vorsitzende des Hartmannbundes, Horst Bourmer, auf der Bundesversammlung der Ärzte-Organisation in Bonn. Die Krise werde erheblich dadurch gefördert, daß der Staat die Körperschaftlich verfaßten und damit

Anzeigen

Nutzen Sie
alle Ihre
Berufs-Chancen:

Viele Seiten Stellenanzeigen für Fach- und Führungskräfte bietet Ihnen jeden Samstag

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

von ihm eingesetzt und kontrollierten Kassenärztlichen Vereinigungen als Teil der staatlichen Verwaltung in gegensätzliche Positionen zu den freien ärztlichen Verbänden zu führen versuche.

Entschieden wandte sich Bourmer gegen Schuldzuweisungen an die Ärzteschaft, die Ausgabensteigerung der gesetzlichen Krankenversicherung allein zu verurteilen. „Die Zunahme der von den Kassenärzten verursachten Ausgaben blieb seit 1970 fast unverändert bei 1,64 Prozentpunkten der Beitragssätze, ob sie nun acht oder zwölf Prozent der Grundlöhne betragen“, meinte Bourmer. Dagegen sei wegen der mangelhaften Krankenhausfinanzierungspolitik der Aufwand für die stationäre Versorgung weit überproportional angewachsen.

Die Bundesversammlung nahm eine Entschlossenheit an, in der dringend die Reform der ärztlichen Ausbildung gefordert wurde. Als Eingangs Voraussetzung für das Medizinstudium forderte der Hartmannbund ein mindestens sechsmonatiges Pflegepraktikum. Das Studium selbst solle nicht länger als fünf Jahre dauern.

JAPAN / Exporteure geraten in Bedrängnis - Arbeitslosenquote auf dem höchsten Stand seit zehn Jahren

Der starke Yen bremst das Wachstumstempo

FRED de LA TROBE, Tokio

Der steigende Yen-Wechselkurs und seine Auswirkungen auf vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben in den letzten Wochen das Wachstumstempo der japanischen Wirtschaft gebremst. Infolge des Sinkens des Yen-Werts der Exporte lag die Industrieproduktion im April um 0,4 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Nach den letzten Umfragen werden sich die japanischen Investitionen in diesem Jahr zwar noch um 1,9 Prozent erhöhen, die Anlagen in der verarbeitenden Industrie allein werden aber um 9,1 Prozent abnehmen.

Die Parität des Yen zum Dollar beträgt gegenwärtig etwa 170:1. Die starke japanische Währungseinheit hat auch die Arbeitslosenquote auf 2,9 Prozent ausgeweitet, auf den höchsten Stand seit zehn Jahren. Das Forschungsinstitut des Mitsubishi-Konzerns rechnet damit, daß in der Folge von Betriebsauslagerungen ins Ausland und Konkursen die Quote in zwei bis drei Jahren auf fünf Prozent steigen wird.

Japans Exportüberschuß erreichte

im April den allzeitigen Rekord von 7,7 Mrd. Dollar. Die Ausfuhren lagen um 18,4 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, die Einfuhren machten wegen der gesunkenen Ölpreise 7,2 Prozent weniger aus. Auch im Handel mit den USA kam es zu einem Rekord-Aktivsaldo, der im April 4,8 Mrd. Dollar erreichte. Die Exporte stiegen um 21 Prozent auf 7,01 Mrd. und die Importe sanken um 3,3 Prozent auf 2,25 Mrd. Dollar. Die japanischen Autoexporte in die Vereinigten Staaten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 24 Prozent auf 2,6 Mrd. Dollar.

Laut einer gerade veröffentlichten Untersuchung der Regierung haben nahezu alle japanischen Exportfirmen seit Februar, als der Wechselkurs bei durchschnittlich 184,6 Yen zum Dollar stand, kaum noch Gewinne erzielen können. Vier Fünftel der Befragten erklärten, daß sie ihre Ausfuhrpreise schon erhöht hätten oder das in Kürze tun würden, 70 Prozent erwogen, Produktionsstätten ins Ausland zu verlagern. 44 Prozent forderten ihre Zulieferanten auf, die Preise für Rohstoffe und Teile zu

senken. Von den an der Tokioter Börse registrierten Firmen schlossen 861 in der Ende März auslaufenden Geschäftsperiode zum ersten Mal seit drei Jahren mit scharfen Rückgängen ihrer Nettogewinne ab. Besonders betroffen waren Unternehmen des Elektromaschinenbaus, der Stahl- und Präzisionsmaschinenindustrie.

Die 344 kleinen Zulieferfirmen großer Auto- und Elektronikproduzenten in dem Ort Sakai in der Präfektur Nagano sind ein Beispiel für ungezählte andere Unternehmen in Japan. Seit Ende 1985 haben die meisten dieser Betriebe ihre Ausbringung um 30 bis 50 Prozent gedrosselt.

Das japanische Industrieministerium (MITI) rät den notleidenden Unternehmen, ihre Produktion zu diversifizieren, sich auf das Geschäft auf dem Inlandmarkt umzustellen, neue Produkte zu entwickeln oder Produktion ins billigere Ausland auszulagern. Bisher gibt es aber noch kaum Fälle, bei denen sich Exportfirmen dazu entschlossen haben, die Ausfuhr zugunsten eines Geschäfts im Inland einzustellen. Die Auslagerung von Produktion ins Ausland, die sich

größere Unternehmen leisten können, bedeutet für viele kleinere Betriebe den Verlust von Aufträgen von den abwandernden Firmen.

Die japanische Regierung hat Ende Mai einige Sofortmaßnahmen zur finanziellen Unterstützung kleiner und mittlerer Exporteure beschlossen. Drei öffentliche Finanzinstitute, die in diesem Jahr über einen Fonds von 55 Mrd. Yen verfügen, werden demnach ihre Zinssätze für notleidende Firmen von fünf Prozent auf 4,85 Prozent ermäßigen. Außerdem sollen im Falle von Umstellungen auf den Inlandmarkt zinsfreie Darlehen gewährt werden.

Ministerpräsident Nakasone hat außerdem erklärt, daß ein Ergänzungshaushalt für dieses Jahr in Höhe von 3 Billionen Yen vorgesehen sei. Ein Beschluß des Parlaments über diesen Haushalt ist allerdings erst nach den Wahlen im Juli möglich. In Anbetracht der Fortdauer der offiziellen Sparpolitik ist auch noch nicht klar, wie der Ergänzungshaushalt finanziert werden soll. Einige Beobachter schließen eine Steuererhöhung nicht aus. (SAD)

Hongkong in China
größter Investor

dpa/VWD, Peking

China hat in den vergangenen sechs Jahren mit ausländischen Partnern Verträge über Direktinvestitionen in Höhe von über 16 Mrd. Dollar (rd. 37 Mrd. DM) abgeschlossen. Nach einer Statistik des Außenhandelsministeriums wurden davon inzwischen knapp fünf Mrd. Dollar in mehr als 2000 Unternehmen realisiert. Unter den beteiligten 90 Ländern entfällt der größte Anteil mit 900 Mill. Dollar auf die britische Kronkolonie Hongkong, gefolgt von USA (380 Mill.) und Japan (350 Mill.).

Wie kritisch angemerkt wird, handelt es sich bei den 152 chinesisch-japanischen Gemeinschaftsunternehmen jedoch zu meist um kleinere Projekte mit begrenztem Kapital- und technologischem Aufwand. Die Bundesrepublik gehört wie England, Frankreich, Italien, Singapur und Australien zu den Ländern mit Direktinvestitionen von jeweils über 100 Mill. Dollar. Es gibt gegenwärtig sieben deutsch-chinesische Gemeinschaftsunternehmen.

GROSSBRITANNIEN / Handelsminister optimistisch

Investitionen sollen wieder
um drei Prozent steigen

fu. London

Die britische Industrie wird in diesem Jahr um drei Prozent mehr investieren als 1985. Um den gleichen Satz werden die Industrieinvestitionen auch im kommenden Jahr steigen. Dies jedenfalls erwartet das Ministerium für Handel und Industrie in seinem halbjährlichen Untersuchungsbericht über die Investitionsneigung in der britischen Wirtschaft.

Damit ist das Ministerium inzwischen deutlich optimistischer als in seinem letzten Bericht im Dezember vergangenen Jahres. Damals war von einer Investitionszunahme im gesamten Industriebereich im Verlauf dieses Jahres um lediglich ein Prozent ausgegangen worden, wobei sogar vorausgesagt worden war, daß sich die Investitionen in der verarbeitenden Wirtschaft abschwächen würden.

Andererseits ist die jüngste Investitionsprognose des Industrie-Ministeriums weniger optimistisch als die Vorhersage des Schatzamtes. So hat Schatzkanzler Lawson bei der Budget-Vorlage im März vorausgesagt,

daß die Investitionen in der privaten Wirtschaft in diesem Jahr um immerhin fünf Prozent steigen werden. Das Schatzamt gründet seine Erwartung in erster Linie auf die regelmäßigen Befragungen des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedsfirmen. Diese Umfragergebnisse gelten als zuverlässigste Indikatoren für die konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien.

Der Voraussage des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge werden die Direktinvestitionen in der verarbeitenden Wirtschaft in diesem Jahr um sechs Prozent steigen, doch begleitet von einem Rückgang des Leasing um 15 Prozent, nachdem die Möglichkeiten für Anlageabschreibungen im Leasing-Bereich deutlich reduziert wurden.

Für die gesamte britische Wirtschaft rechnet das Ministerium mit einem Investitionsanstieg in diesem Jahr um 3,5 Prozent. 1984 waren die Gesamtinvestitionen um 14,4 Prozent und im vergangenen Jahr um acht Prozent gestiegen.

ITALIEN / Unternehmen kritisieren Lira-Umstellung als „Schönheitsoperation“

Straffere Haushaltspolitik gefordert

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der von der italienischen Regierung in der letzten Woche dem Parlament zugeleitete Gesetzentwurf zur Einführung der „harten Lira“ hat in der italienischen Wirtschaft überwiegend gleichgültige bis skeptische Kommentare ausgelöst. Die Unternehmerverbände kritisieren vor allem, daß die Währungsumstellung von 1000 auf 1 erfolgt, obwohl die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit noch nicht als saniert gelten könne. Im Gegensatz zu der offiziellen Begründung, die die Einführung der harten Lira als Endpunkt des Sanierungsprozesses darstellt, betonen Wirtschaftsoberbeobachter, daß diese Sanierung bisher erst Teile der Unternehmen betreffe, insbesondere die privaten, während die öffentlichen Haushalte nach wie vor weitgehend als zerrüttet gelten könnten.

In diesem Zusammenhang weisen Experten darauf hin, daß die gesamte italienische Staatsschuld in diesem

Jahr 110,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen werde und bisher keine Aussichten für einen Abbau dieses Anteils bestünden.

Wirtschaftsbeobachter warnen deshalb davor, die Umstellung der italienischen Währung selbst als Sanierungsakt zu begreifen. Angezweifelt wird in Unternehmerkreisen sogar, daß durch die Wiedereinführung der kleinsten Währungseinheit, des Centesimo, die jahrezeitlang an hohe Inflationsraten und viele Nullen geklebte Bevölkerung zu einer neuen Einstellung zum Geld bewegt werden könne.

Statt Schönheitsoperationen, so heben Kommentatoren der Wirtschaft übereinstimmend hervor, benötige die italienische Wirtschaft vor allem eine straffere Führung in der Budgetpolitik. Als Ansatzpunkte dafür werden nicht nur die Sozialhaushalte genannt, über deren Reform schon seit Monaten und bisher erfolglos diskutiert wird, sondern auch die

Staatsunternehmen, die noch immer hohe Verluste machen.

Wichtiger als die Währungsumstellung sehen Vertreter der Wirtschaft hier unter anderem eine positivere Einstellung zu dem im Gange befindlichen Internationalisierungsprozeß sowie einen entscheidenden Durchbruch zur Liberalisierung des Kapitalverkehrs an. Dabei wird unter anderem darauf hingewiesen, daß ein eventuelles Scheitern der Beteiligungsverhandlungen zwischen den staatlichen Automobilunternehmen Alfa Romeo und dem US-Konzern Ford mehr über den wahren Sanierungswillen der Regierung Craxi aussage als jedes Lira-Lifting.

Wie sehr die italienische Wirtschaft denen der Partner hinterherhinkt, wird den Kritikern zufolge am besten dadurch belegt, daß von allen EG-Gründerländern Italien nach wie vor die höchste Inflationsrate aufweist: im Mai 6,4 Prozent statt 6,6 Prozent im Vormonat April.

Wer auch in der Zukunft Spitzenprodukte anbieten will, braucht heute vor allem eines - modernste Technik. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr mehr als jemals zuvor investiert, vor allem in die komplette Modernisierung unserer Stahlbasis. Für Hoesch ist Walzstahl heute nicht mehr Endprodukt, sondern Vormaterial zur Veredelung und Weiterverarbeitung. Darauf haben wir uns spezialisiert.

Stahl wird bei Hoesch in einem ausgewogenen System aufeinander abgestimmter Kapazitäten hergestellt - in genau der Menge und Qualität, die unsere nachgeschalteten Verarbeitungsstufen benötigen. Dieses System ist auf dem neuesten Stand.

Beispiel 3: 100 Millionen DM für die zweite Zinal-Anlage - eine Anlage für die Produktion von elektrolytisch verzinktem Feinblech u.a. für korrosionsschutzgeschützte Karosserieteile. Die Inbetriebnahme wird zum Jahresende 1986 erfolgen. Wir sind der einzige europäische Anbieter, der bereits heute contingente und korrosionsschutzgeschützte Feinbleche aus eigener Fertigung liefern kann.

Investitionen sind ein wichtiger Schlüssel für unseren Erfolg. Nicht nur im Stahlbereich unseres Unternehmens: Auch in der Verarbeitung, in unseren Maschinenbaugesellschaften, in den Handels- und Dienstleistungsbetrieben tragen Investitionen und frische Ideen zur Sicherung unserer Unternehmenszukunft bei.

All dies sind Resultate einer klaren Strategie: Bereit zu sein für die Anforderungen von morgen.

INVESTITION

Beispiel 1: 220 Millionen DM für den Bau der Stranggießanlage mit der weltweit größten Strangbreite. Mit dieser großen Strangbreite können die nachfolgenden Arbeitsstufen in den Walzwerken wesentlich schneller und flexibler durchlaufen werden: Eine moderne Längsteilanlage bringt die noch heißen Stahlbrammen auf die jeweils erforderliche Breite. Mit insgesamt drei Stranggießanlagen gehören wir zum kleinen Kreis der internationalen Stahlhersteller, die ihre Produktion zu hundert Prozent auf Strangguß-Vormaterialien umgestellt haben.

Beispiel 2: Über 300 Millionen DM für die Hoesch Contigluhe - eine Durchlaufglühfurne für Feinblech auf der Westfalenhütte in Dortmund. Ausgelegt für eine Jahreskapazität von 800.000 Tonnen, nahm sie im Oktober 1985 den Betrieb auf. Produziert wird Feinblech mit einer hervorragenden Oberflächenqualität, das unseren Kunden wesentliche Verarbeitungsvorteile bietet. Auch „hochfeste“ Bleche sind im Produktionsprogramm, die z.B. besonders leichte und doch stabile Auto-Karosserieteile ergeben.

Hoesch: Spitzenleistungen für die Automobilindustrie, für Elektro-, BSM- und Bauindustrie, den Maschinenbau und die Energiewirtschaft. Und für viele andere Branchen der Investitionsgüterindustrie.



Steuerstand der Hoesch Contigluhe

HOESCH
Hoesch Aktiengesellschaft
Eberhardstraße 12 · 4600 Dortmund · Telefon (02 31) 8 44-1

FIAT / Auf dem Weg zu stärkerer Diversifikation Interesse an Alfa Romeo

S. SCHEUCHART, Turin
Der größte privatisierungsfähige Konzern Italiens, Fiat in Turin, wird seine Diversifikationsstrategie weiter fortsetzen und insbesondere die Aktivitäten im High-Tech-Bereich verstärken. Allerdings kommt dem Pkw-Sektor auch in Zukunft die führende Rolle zu, wenn auch mit abnehmendem Gewicht, betonte Fiat-Sprecher Cesare Romiti vor Journalisten in Turin. Sein Anteil könnte von derzeit gut 47 Prozent auf etwa 40 Prozent im Jahr 2000 zurückgehen.

Marktanteile hinzugewinnen werden sollen nach Romiti vor allem in den zukunftssträchtigen Bereichen Fernmeldewesen, Elektronik, Anlagen- und Industrierobotik, dem biomedizinischen Sektor sowie der Luft- und Raumfahrt. Dabei denke man nicht an Unternehmenskäufe, sondern will bestehende Unternehmensbereiche ausbauen.

Im Vergleich zu den traditionellen Zweigen sind die Bereiche jenseits des Autos überwiegend noch mit relativ geringen Anteilen am Gesamtumsatz des Konzerns von 27 101 Mrd. Lire (rund 44 Mrd. DM) beteiligt. Fast 93 Prozent des Umsatzes wurden 1985 mit Pkw, Nutzfahrzeugen, Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen sowie der Komponentenfertigung erzielt. Die Trennung von unrentablen Unternehmenszweigen ist inzwischen abgeschlossen.

Im Zusammenhang mit den geplanten Zukunftsprogrammen sind nach Romiti weitere Kapitalerhöhungen nicht auszuschließen, obgleich es derzeit noch keine konkreten Absichten und keine Zeitvorstellungen gebe. Der Vorstand hatte sich kürzlich auf der Hauptversammlung eine Vollmacht erteilen lassen, das Aktienkapital nach und nach auf 5000 Mrd. Lire zu vergrößern. Die derzeit laufende Kapitalerhöhung auf 2250 Mrd. Lire dient der

Finanzierung des beträchtlichen Investitionsprogramms bis 1988.

Die Vermutung liegt nahe, daß etwaige Kapitalerhöhungen in der Zukunft auch in Zusammenhang mit einem Rückkauf der libyschen Kapitalbeteiligung an Fiat stehen könnte, auch wenn derartige Gerüchte bisher in Turin immer zurückgewiesen wurden. Immerhin hat das Paket, mit dem die Libyer einen Anteil von gut 15 Prozent halten, heute einen Wert von 2,5 bis 3 Mrd. Dollar. Fiat habe sich durch die Agnelli-Familienholding IRI zum Wiederankauf der Aktien bereiterklärt, betonte Romiti.

Die Bereitschaft zur Veräußerung müsse aber von den Libyern selber ausgehen: „Das Problem liegt darin, Libyen zu überzeugen, daß es den Anteil zurückgibt.“ IRI sei daran interessiert, im Fall eines Erwerbs einen beträchtlichen Teil der Aktien für sich zu behalten, man sei jedoch auch aufgeschlossen für „Partner, mit denen neue Märkte und Technologien erschlossen werden könnten“.

Zur Bereitschaft des US-Autokonzerns Ford, eine Mehrheitsbeteiligung an dem angeschlagenen Automobilkonzern Alfa Romeo in Mailand zu übernehmen, erklärte Romiti, daß man überzeugt sei, daß es auch heute noch eine italienische Lösung für das Unternehmen gebe. „Es würde uns leid tun, wenn das, was der italienische Steuerzahler in den letzten Jahren für Alfa Romeo aufgebracht habe, an ein ausländisches Unternehmen flösse.“

Fiat selbst sei an einer Beteiligung ohne Mehrheitskontrolle an dem Mailänder Unternehmen interessiert. Da nach richten sich die Überlegungen in Turin auf eine Integration der Produktion, die Alfa einen Abbau der überhängenden Produktionskapazitäten erlauben würde. „Dagegen wäre es ein Fehler für Fiat und Italien, wenn Alfa Romeo zu einem Fiat-Unternehmen würde“, erklärte Romiti.

PHB WESERHÜTTE / Schüttgüter-Anlagenbau hat noch magere Jahre vor sich - Dividende gestrichen

Auf engen Märkten noch zu viele Konkurrenten

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Mehr demonstrativ als notgedrungen läßt Aufsichtsratsvorsitzender Otto Wolff von Amerongen bei seiner Kölner PHB Weserhütte AG für 1985 die Dividende ausfallen (Hauptversammlung am 18. Juli). Daran hätten bei Fortsetzung der bisherigen Traditionsausschüttung von 5 Prozent auf 30 Mill. DM Aktienkapital seine Otto Wolff AG mit 75,1 Prozent teilpaziert, die mit dem PHB-Konzern auch in Baden-Württemberg industriell kooperierende Aachener und Münchener Versicherungsgruppe mit 24,8 Prozent und Streubesitzer noch mit einem Zehntelprozent des Aktienkapitals.

Zwar zeigt die PHB-AG für 1985 aus nur noch 360 (465) Mill. DM Umsatz einen gegen Null geschrumpften Jahresüberschuß. Aber in dem mit dem Vorjahr auf die „Weltbilanz“ erstmals gebotenen Inland-Teilkontrabschluß, der mit reichlich vier Fünfteln ihres Geschäfts und gut der Hälfte der Beschäftigten auf Auslandsmärkten lebenden PHB-Gruppe blieben aus 439 (489) Mill. DM Umsatz immerhin 3,4 (2,3) Mill. DM Jahresüberschuß. Der wurde ebenso thesauriert wie der Nettobetrag aus der in der gesamten Gruppe mit noch 1,4 (2,7) Prozent genannten Umsatzrendite vor Steuern, die ohne den DM-Aufwertungseffekt um einen halben Prozentpunkt höher gewesen wäre.

Für den PHB-Vorstandsvorsitzenden Peter Jungen ist solche komplexe Ertragsthesaurierung das Gebot der Stunde. Denn die mit zwei Dritteln ihres Geschäfts vom Anlagenbau für Gewinn und Umsatz von Schüttgütern lebende PHB-Gruppe steckt die Nachfrage nach solchen Anlagen des „Material Handling“ im weiten Feld von Kohle und Erz bis zu Düngemitteln und Getreidebranchentypisch in einem tiefen Loch, das er nach jüngstem Erkenntnisstand

auch erst in zwei bis drei Jahren überwinden sieht. Wichtigste Konsequenz für das PHB-Gruppengeschäft: Bei der PHB-AG mußten 1985 circa 300 Mill. DM Auftragsvolumen auf ferne Auslieferungszeiten gestreckt und mit 100 Mill. DM schon gebuchte Aufträge storniert werden.

Daß Auftragsrückgang und Auftragsbestand der Gruppe (letzterer im Mai 1986 sogar auf dem Rekordstand von 1,3 Mrd. DM angelangt) dieser Tendenz widersprechen, erklärt Jungen vor allem mit (erst längerfristig beschäftigungswirksamen) Sonderfaktoren wie dem 1985 gebuchten 125-Mill.-DM-Großauftrag für Umschlagnanlagen im chinesischen Hafen Quinghuangdao. Erstmals habe man da die billigeren Japaner ausgetauscht, dies wohl auch wegen des chinesischen Interesses an weitergehenden Kooperationen mit deutschem Produkt-Know-how. Überhaupt sei der Asien-Markt noch die

allein wachstumssträchtige Region für das Geschäft der Gruppe.

Auch das freilich ändert nichts an Jungens gedämpfter Prognose: Die Branche, in der sich weltweit bislang noch zu viele und oft subventionierte Konkurrenten mit Kampfpreisen tummeln, habe immer noch nicht ihren Strukturwandel hinter sich. Am Ende des fälligen Ausleseprozesses sieht der PHB-Chef nur noch etwa sechs Anbieter von Weltmarktrang übrig. Je zwei Südkoreaner und Japaner, daneben aus Deutschland Krupp und die eigene Firma.

PHB-Gruppe

	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	439	-10,5
Auftragsbestand	1 300	+33,2
Auftragsbestand	1 300	+33,2
Beschäftigte	5 248	+6,9
Gewinn vor Steuern	12	-54,0
a.G.-Jahresüberschuß	0,3	(2,8)
div. Ausschüttung	0	(1,5)

(Abzüglich Fremdstellen an Minderheitsbeteiligungen)

Erfolgreich im Pneumatik-Markt

Py. Düsseldorf

Die Martonair-Druckluft-Steuereinrichtungen GmbH, Alpen/Niederrhein, eines der führenden Unternehmen im Bereich Pneumatik und Automatisierungskomponenten sowie mit zunehmenden Aktivitäten in der Steuerungs/Handhabungs-Technik, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) ihren Umsatz um 15 Prozent auf 86 Mill. DM erhöht. Diese Expansion wurde von einem annähernd verdoppelten Investitionsvolumen (3,2 Mill. DM) und einer um sieben Prozent auf 490 Kpfe aufgestockten Belegschaft begleitet. Für 1985/86 sieht das Unternehmen Investitionen von 6,4 Mill. DM bei 2,4 Mill. DM Abschreibungen vor.

Das Stammkapital von 5 Mill. DM liegt bei der britischen Martonair International p. l. c., Twickenham, deren Mehrheit vor wenigen Tagen von der IMI p. l. c., Birmingham, übernommen worden ist. Ziel der Übernahme ist die Zusammenfügung der zu IMI gehörenden Fluid Power Group und Martonair (Umsatz 1984/85: 207 Mill. DM) zu einem im Pneumatikmarkt weltweit führenden Unternehmen. Martonair bestreift drei Viertel seines Umsatzes aus Exporten oder Umsätzen ausländischer Töchter, von denen die deutsche die größte im Ausland ist.

EVS: Preisspuren im Jahresabschluß

nl. Stuttgart

Bei der Energie-Versorgung Schwaben AG (EVS), Stuttgart, ist die Stromlieferung in ihr Stammgebiet im 1985 um 0,1 Prozent (Bundesdurchschnitt: plus 0,6 Prozent) auf 13,56 Mrd. kWh angewachsen. Die gesamten Stromlieferungen nahmen um 0,2 Prozent auf 16,2 Mrd. kWh zu. Davon erzeugte die EVS 73 Prozent in eigenen Kraftwerken. Der Anteil der Kernenergie verdoppelte sich auf 50,5 (23,5) Prozent.

Im laufenden Geschäftsjahr stieg der Stromverbrauch im Stammgebiet in den ersten fünf Monaten um 1,3 Prozent. Für das Gesamtjahr rechnet die EVS mit einer Zunahme des Stromverbrauchs um rund 3 Prozent. Anfang März hat das Unternehmen seine Strompreise um 3,7 Prozent erhöht. Aus dem Verkauf von Strom, Fernwärme und Gas hat die EVS 1985 mit 2,75 Mrd. DM 5,2 Prozent mehr Erlös als im Vorjahr.

Das Ziel, bei den Strompreisen von einem der vorderen Ränge wieder auf einen guten Mittelfeldplatz zurückzukehren, habe - so Heidinger - im Jahresabschluß deutliche Spuren hinterlassen. Der Gewinn je Aktie verringerte sich auf 7,74 (10,45) DM. Aus dem mit 53,1 (51,2) Mill. DM ausgewiesenen Jahresüberschuß wird eine Dividende von unverändert 10 Prozent auf 500 (450) Mill. DM Aktienkapital ausgeschüttet, das sich überwiegend in kommunalem Besitz befindet.

KALIKO-GRUPPE / Rendite erheblich verbessert - Hohe Investitionen gestartet

Innovationen bringen Wachstumsschub

nl. Eisingen

Das durch eine Reihe von Produktinnovationen, die vorerst spektakulärste ist der einbaufertige Autohimmel (für den VW-Golf), in Fahrt gekommene starke Wachstum der zum Continental-Konzern gehörenden Göttinger Kaliko- und Kunstlederwerke GmbH, Eisingen, löst bei diesem nunmehr 100 Jahre alten Unternehmen einen kräftigen Investitionssturm aus. Um aus der Kapazitätsengpass herauszukommen, investiert Kaliko in ein neues Werk, das bei Saarlouis entsteht und Ende 1987 mit 170 Beschäftigten seinen Betrieb aufnehmen soll, insgesamt rund 23 Mill. DM. Ein weiteres Investitionsvorhaben

betrifft einen Werksneubau (15 bis 20 Mill. DM) der zur Gruppe gehörenden Vereinigte Göttinger-Bamberger Kaliko GmbH in Bamberg.

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Dieter Encke, Sprecher der Geschäftsführung, mit einem Anstieg des Gruppenumsatzes um 7 Prozent auf 246 Mill. DM. In den ersten vier Monaten lag das Umsatzwachstum bei über 11 Prozent. Die Rendite habe sich „nicht unerheblich“ verbessert. Im Geschäftsjahr 1985 war der Gruppenumsatz um 17 Prozent auf knapp 229 Mill. DM angestiegen, wobei der Anteil der Zulieferungen für die Automobilbranche weiter auf 54,5 (53) Prozent zunahm. Die Exportquote er-

höhte sich auf 17,3 (15,4) Prozent zu. Abgeführt an die Mutter wird der um knapp ein Drittel auf 5 (3,8) Mill. DM gestiegene Gewinn, was eine Umsatzrendite von 2,2 (1,9) Prozent bedeutet. Ziel sei eine Verdoppelung dieser Zahl, wenn auch nicht in einem Jahr.

Um das Unternehmen von der Eigenkapitalbasis her für die Wachstumsphase zu präparieren, wird das Stammkapital auf 24 (18) Mill. DM aufgestockt. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 27 (31,4) Prozent. Investiert wurden im Berichtsjahr 14,3 (10) Mill. DM bei einem Brutto-Cash-Flow von 13,8 (14) Mill. DM. Die Zahl der Beschäftigten wurde um 10,7 Prozent auf 1254 Mitarbeiter vergrößert.

REICHELTE

Die Ertragspillen bleiben bitter

JB. Hamburg

Höhere Finanzierungs- und Anlaufkosten haben bei der Reichelt AG, Hamburg, trotz verbesserter betrieblicher Kostenstruktur erneut zu einem Verlust geführt. Wie der Vorstand der pharmazeutischen Großhandlung mitteilt, weist der Konzern einen Jahresfehlbetrag von 3,3 Mill. DM und die AG von 0,24 Mill. DM aus. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Verluste allerdings erheblich reduziert. Im Konzern hatten sie 1984 rund 5,2 Mill. DM und in der AG 4,4 Mill. DM betragen. Für das Berichtsjahr ergibt sich im Konzern ein Verlustvortrag von 4,8 Mill. DM.

Die Eindämmung der Verluste begründet der Vorstand mit einer überproportionalen Verbesserung des Rohertrags. Hier wirkte sich die vorrangig ertragsorientierte Vertriebspolitik positiv aus. Nach erheblichen Kapazitätsreserven sowie dem Erwerb neuer Beteiligungen habe das Unternehmen zudem eine Größenordnung der Marktkonzentration erlaubt. Durch die Neukonzolidierung der Edeka Friedrich & Kaufmann GmbH & Co. KG sowie der Chemischen Fabrik Tempelhof Preuss und Tempelhof GmbH & Co. sind die Umsätze im Konzern von 625 auf 802 Mill. DM gestiegen. Der vergleichbare Zuwachs lag bei 3,2 Prozent und damit unter dem Branchendurchschnitt.

Eine Ertragsprognose für dieses Jahr wagt der Vorstand nicht. Der Druck auf die Roherträge habe sich erneut verstärkt, und die Umsätze in den ersten fünf Monaten dieses Jahres lägen bei abgeschwächtem Branchenwachstum unter denen des Vorjahres. Die Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen zeigten bei Arzneimittel-Wirkung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

WFG: Wieder 10 Prozent

Dortmund (VWD) - Die Westfälische Ferngas AG, Dortmund, schlägt der HV am 16. Juli vor, aus dem für 1985 ausgewiesenen Bilanzgewinn von 7,38 (6,99) Mill. DM eine unveränderte Dividende von 10 Prozent zu zahlen. Die verbleibenden 0,38 Mill. DM sollen auf neue Rechnung vorge tragen werden.

Nicht zufrieden

Bielefeld (hdt) - Der Umsatz der Ravensberger Spinnerei AG, Bielefeld, sank 1985 um 9,3 Prozent auf 41,9 (46,2) Mill. DM. Folge eines Absatzrückgangs bei Handstrickgarnen. Gleichzeitig ging der Exportanteil auf 26 (31) Prozent zurück. Trotz noch ausgeglichener Ergebnisse werden die Aktionäre, wie bereits gemeldet, keine Dividende erhalten. Für 1986 waren erstmalig nach acht dividendelosen Jahren wieder 4 Prozent ausgeschüttet worden. Nach unbefriedigender Entwicklung in den ersten Monaten 1986 wird wegen der anhaltenden Flaute bei den Handstrickgarnen auch für das ganze Jahr mit einem Umsatzrückgang gerechnet.

Ertrag verbessert

Berlin (th.) - Bei der Otto Scheurmann Bank KG, Berlin/Frankfurt, hat sich die Ertragslage im Geschäftsjahr 1985 weiter verbessert. Wie das zum Bereich der Dresdner Bank gehörende Institut mitteilt, ist das Ergebnis des Vorjahres deutlich über-

troffen worden. Dazu hätte neben dem höheren Zinsüberschuß vor allem das Provisionsergebnis beigetragen. Der strukturellen Verbesserung des Geschäfts wurde 1985 Vorrang vor der Ausweitung des Bilanzvolumens eingeräumt. So stieg die Bilanzsumme nur um 3,1 Prozent auf 127,9 (123,9) Mill. DM. Die Kundeneinlagen nahmen um 1,1 Prozent auf 113,9 (112,7) Mill. DM zu; dagegen erhöhte sich das Kreditvolumen (ohne Forderungen an Banken) um 5,5 Prozent auf 95,8 (90,8) Mill. DM.

Kautex zahlt drei DM

Bonn (VWD) - Aus dem Bilanzgewinn von 2,82 Mill. DM erhalten die Aktionäre der Kautex Werke Reinhold Hagen AG, Bonn, für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 3 DM. Ein Restbetrag von 1,28 Mill. DM wird auf neue Rechnung vorgetragen (HV am 14. Juli).

AVU hält Ausschüttung

Gevelsberg (VWD) - Die Aktiengesellschaft für Versorgungs-Unternehmen (AVU), Gevelsberg, schlägt der HV am 2. Juli vor, den im Geschäftsjahr 1985 erzielten Bilanzgewinn von 8,42 (8,6) Mill. DM zur Zahlung einer unveränderten Dividende von 7 DM zu verwenden (Grundkapital: 60 Mill.). Aus dem auf 8,86 (11,89) Mill. DM gesunkenen Jahresüberschuß hat die Verwaltung vorab 0,5 (3,5) Mill. DM in die Rücklage eingestellt.

NAMEN

Reinholt-Jahn, Mitglied des Vorstands der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG für kaufmännische Verwaltung und Technik, vollendet am 31. Juni 1986 das 60. Lebensjahr.

Dr. Joachim Grawe, Geschäftsführer der Fichtner Development Engineering GmbH, Stuttgart, wurde zum Hauptgeschäftsführer der Vereini-

gung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) e.V., Frankfurt, bestellt. Er übernimmt seine Aufgabe Ende 1986. Sein Vorgänger, Dr. Horst Magerl, tritt in den Vorstand der Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG ein.

Dr. Wolfgang Stammen, Vorstandsmitglied der Zanders Feinpapier AG, Bergisch Gladbach, feiert am 12. Juni 1986 den 60. Geburtstag.

INFORMATIONSTECHNIK / Europäische Computerfirmen für Teilung von Großprojekten

Zu viele Markthürden für die Kleinen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die kleinen und mittleren Unternehmen der Informationstechnik in Europa sorgen sich zunehmend um die Chancen auf dem EG-Markt. Nicht etwa international wettbewerbsfähige Produkte fehlen im Bereich der EDV-Hard- und Software, nicht an mangelhafter Forschung und Entwicklung hapert es, sondern die Auftragsvergabe, besonders der öffentlichen Hände, vor allem im Vertrieb jenseits der eigenen Landesgrenzen, erweist sich als unüberwindliche Hürde beim Marktzugang.

Eine jetzt der EG-Kommission übergebene, in ihrem Auftrag auch erarbeitete Studie der European Independent Informatics Industry (EII) hat empfohlen, Großaufträge zu „entbündeln“, und dabei, um die Risiken der Auftraggeber einzugrenzen, Projektmanagement-Firmen einzuschalten. Kleine wie mittlere Unternehmen sollten gegenüber den zwölf Branchenriesen mit ihren politischen Einflussmöglichkeiten bei der

Auftragsvergabe nicht mehr diskriminiert werden.

Die Studie, die unter der Federführung des Deutschen Peter Dietz (früher Dietz-Computer, Mülheim) für rund 100 EII-Mitglieder überwiegend aus England, Frankreich, Italien und der Bundesrepublik, in Zusammenhang mit der Fortführung der Neuaufgabe des EG-Forschungsprogramms „Esprit“ entstanden ist, läuft konkret auf einen „Bonus“ für intereuropäische Zusammenarbeit bei der Entwicklung hinaus. Weiter wird vorgeschlagen, die EG-Förderpolitik nicht mehr auf Forschung und Entwicklung und auf technologische Fragen zu konzentrieren, sondern sich stärker mit den Markthürden auseinanderzusetzen.

Es ist, so Peter Dietz möglich, etwa 25 Prozent des Volumens eines öffentlichen Großauftrags für kleine und mittlere Unternehmen zu „reservieren“, ähnlich der US-„Small business Act“. So ist die US-Sicht der Dinge für die mittleren Europäer

nicht ohne Reiz. Eberhard Färber (PCB, München) Mitglied der Gemeinschaftsaktion mittlerer deutscher EDV-Unternehmen Impuls e. V. (16 Unternehmen mit neun bis 3975 Mitarbeitern und Umsätzen zwischen 1 und 45 Mill. DM) hebt die kostenlos geleistete Entwicklungsarbeit an US-Universitäten, die „echten“ Venture-capital-Möglichkeiten und die öffentlichen Auftragsvergabe-Praktiken hervor, die nicht nur für einen Gleichschritt von Finanzierung und Auftragsvergabe, sondern auch den Weg nach Europa erleichtern.

Jedes noch so unbekanntes US-Unternehmen, das in wenigen Jahren Riesenumsätze erzielt, werde hier als US-Tochter mit dem „Glorioschein des Erfolgs“ von den Marktpartnern ohne weiteres akzeptiert, „weil Computer eben aus Amerika kommen und wir als Technologielieferanten, vor allem im Software-Bereich, kein Image haben. Dabei sind viele Große der Branche auf uns angewiesen und geben das auch offen zu.“

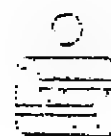
Die Finanzierung von Innovationen hat bei uns Tradition.

Der Begriff mag relativ jung sein. Aber das, was er besagt, ist so alt wie ein Grundsatz der Sparkassen: Technischer Fortschritt ist teuer, aber Stillstand noch teurer. Darum hat auch die Finanzierung der Innovation bei der Sparkasse Tradition. Als Partner von Mittelstand und Industrie war sie schon immer zukunftsorientiert engagiert: ob Dampfhammerschmiede oder Mikroprozessor.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater darüber.

Ihre Sparkasse kann heute weit mehr als Finanzierungskonzepte anbieten. Sie liefert Ihnen fundierte Markt- und Branchenanalysen und gibt viele Informationen, die Ihre Unternehmer-Entscheidung zwar nicht ersetzen, aber ganz wesentlich erleichtern können. Auch in diesem Sinne ist Ihre Sparkasse offen für Innovation. Paßt das nicht optimal zu Ihrer Konzeption?

Wenn's um Geld geht - Sparkasse



BROCKHAUS

Verluste haben sich verdoppelt

dpa/VWD, Mannheim

Der Lexikonverlag Bibliographisches Institut F. A. Brockhaus AG, Mannheim, mußte 1985 erneut das Stichwort „Verluste“ aufschlagen. Bei einem Umsatzrückgang um 6,5 Prozent auf 56,6 Mill. DM im Konzern führten Belastungen aus dem Zusammenschluß der beiden Verlage (Duden und Brockhaus) – insbesondere infolge der Übersiedlung von Brock-

VERBAND DEUTSCHER PAPIERFABRIKEN / „Priorität von Recycling im Abfallbeseitigungsgesetz erhalten“

Vor erheblichen finanziellen Anstrengungen

HENNER LAVALL, Bonn

Vor erheblichen finanziellen Anstrengungen sieht sich die deutsche Papierindustrie in den kommenden Jahren. Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, benötigt die Branche nach Angaben des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP), Bonn, deshalb eine „weitere Festigung ihrer Finanzkraft durch Marktpreise, die eine entsprechende Selbstfinanzierung ermöglichen“. Allein für das laufende Jahr erwartet der Verband Investitionen von 1,3 Mrd. DM bei seinen 116 Mitgliedsunternehmen, nachdem es im Jahr zuvor 1,2 Mrd. DM waren.

Während davon bisher aber noch gut zwei Drittel auf Umbau- und Erweiterungsvorhaben entfallen, sollen bis zum Ende dieses Jahrzehnts die neuen Anlagen den Schwerpunkt der Investitionen bilden. Dies ist auch notwendig, denn die Importe in die Bundesrepublik „gewinnen langsam, aber stetig an Boden“, erklärte Carl-Ludwig Graf von Deym, Präsident des VDP. Ihr Anteil am Verbrauch in der Bundesrepublik habe im ersten Quartal 1986 um weitere elf Prozent

auf jetzt 1,2 Mill. Tonnen zugenommen.

Immerhin konnten die deutschen Papierfabriken ihre Produktion (Papier, Karton und Pappe) im Zeitraum Januar bis April 1986 mit 3,1 Mill. Tonnen auf dem hohen Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums halten. Die Kapazitätsauslastung erreichte 95 Prozent. Graf von Deym rechnet auch im weiteren Jahresverlauf mit guter Mengenkonjunktur. Dazu beitragen soll ebenfalls der Export, auf den bereits jede dritte Tonne Papier entfällt. Im ersten Quartal 1986 waren es 727 000 Tonnen. Trotz der Verschlechterung der Ausführungsbedingungen durch den Dollarverfall der letzten Monate und der Aufwertung der D-Mark gegenüber den EG-Ländern (85 Prozent der Exporte gehen in den europäischen Raum) sei die deutsche Papierindustrie nicht gewillt, ihre einmal gewonnenen Positionen aufzugeben, bekräftigt der Verband.

Insgesamt sehen sich die Mitglieder des Verbandes für diese Aufgabe gut gerüstet, nachdem 1985 eine breite Konsolidierung eingesetzt hatte.

Das bereits hohe Produktionsniveau des Ausnahmestandes 1984 konnte mit 9,2 Mill. Tonnen behauptet werden. Den notwendigen Ausgleich für die leicht sinkenden Auslieferungen auf dem heimischen Markt brachte der Export, der um drei Prozent auf 2,9 Mill. Tonnen zulegte.

Bei der nahezu unveränderten Gesamtproduktion ist der Umsatz der deutschen Papierindustrie mit ihren 47 300 (47 100) Beschäftigten in 215 (218) Betrieben um fünf Prozent auf 14,6 Mrd. DM gestiegen. Dabei müsse allerdings berücksichtigt werden, so der Verband in seinem „Leistungsbericht Papier '86“, daß dieses Wachstum ausschließlich im ersten Halbjahr von 1985 entstanden ist. Als „nicht ganz unbefriedigend“ wird die Ertragslage im Berichtsjahr beschrieben. Der Gewinn vor Steuern habe sechs Prozent vom Umsatz betragen (1984: vier Prozent).

Mit Sorgenfalten beobachten die Papierfabriken allerdings die geplante Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes, das das Recycling mit der Verbrennung zur Energiegewinnung in seinem volkswirtschaftlichen

Nutzen gleichstelle. Graf von Deym zeigt sich enttäuscht darüber, daß die „sinnvolle und notwendige Priorität der Wiederverwertung vor der energetischen Nutzung“ nicht im Gesetz festgelegt werden soll. Bei zunehmendem Ausbau der Müllverbrennungskraftwerke bedeute dies, daß immer mehr Altpapier aus den Haushalten vernichtet wird.

Dabei ist Altpapier ein wichtiger Rohstoff für die Papierindustrie. In 1985 waren es mit knapp 4 Mill. Tonnen 39 Prozent des gesamten Rohstoffeinsatzes (insgesamt 10,1 Mill. Tonnen). Auch in diesem Jahr sollen es wieder 4 Mill. Tonnen Altpapier sein, die bei der Industrie dem Recycling zugeführt werden.

Die durch das überzogene Preisniveau im Jahr zuvor entstandenen Sammlerüberschüsse hätten zwischen den Altpapierpreisen wieder auf ein normales Maß gedrückt. Im Zusammenhang mit diesen bestehenden Überschüssen aber von „einem drohenden Kollaps des Altpapier-Recyclings“ zu sprechen, hält der Verband Deutscher Papierfabriken für überzogen.

CREDITREFORM / Zahl der Konkurse steigt noch

Faule Firmen sterben schnell

J. G. Düsselrodt

Im Gegensatz zur generell günstigen Wirtschaftsentwicklung rechnet die führende deutsche Wirtschaftskammer Creditreform, Neuss, auch für 1986 mit einer Zunahme der Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen um etwa zwei Prozent auf 13 900 und der Gesamtinsolvenzen um 0,7 Prozent auf rund 19 000. „Mit ausschlaggebend“ für diese anhaltende Unternehmenslabilität sei die hohe Zahl von Unternehmensgründungen auf ungesunder Basis. Vor allem deshalb sei auch die Quote der masselosen Konkurse von 77,2 Prozent in 1985 nun in den ersten fünf Monaten dieses Jahres noch auf 77,9 Prozent gestiegen. Der im bisherigen Verlauf von 1986 durch Insolvenzen entstandene gesamtwirtschaftliche Schaden sei auf 11 Mrd. DM zu schätzen.

Die ungesunde Basis von Unternehmensgründungen wird nach den Beobachtungen von Creditreform dokumentiert durch zu viele GmbH-Gründungen nur mit Mindestkapital und mit häufig zu geringer Qualifikation der Gründer speziell in den Bereichen Einzelhandel und Dienstlei-

stungen. Bis Ende Mai 1986 wählten von den 14 000 neu ins Handelsregister eingetragenen Firmen reichlich 75 Prozent die GmbH-Form und davon 80 Prozent nur das gesetzlich vorgeschriebene Mindestkapital von 50 000 DM.

Für die ersten fünf Monate dieses Jahres schätzte Creditreform die Zahl unersorfter Neugründungen auf 2000. Demen sei erfahrungsgemäß nur eine kurze Lebensdauer beschieden – mit der Konsequenz von schätzungsweise 1,2 Mrd. DM Schaden. Solcher Schaden aus unersorften Gründungen sei schon 1985 auf 2,2 (1,5) Mrd. DM angeschwollen. Der Anstieg liege auch daran, daß unseriöse Gründer in immer kürzeren Abständen (häufig über Mittelsmänner) erneut als Selbständige auftreten.

„Weniger wäre oft mehr“, meint die Auskunft bei solcher Bilanz zur Gründungsfreudigkeit in der deutschen Unternehmenslandschaft. Man solle deshalb der Gleichung Valet sagen, daß die Zahl der Unternehmensgründungen den Grad gesamtwirtschaftlicher Prosperität spiegle.

RHENUS-STINNES REEDEREI / Die einzigen Sorgen in der Sparte Werften

Netz der Niederlassungen wird komplettiert

ews, Dortmund

Nach dem außerordentlich guten Ergebnis des letzten Geschäftsjahres, das im Geschäftsbericht kühl mit „insgesamt zufriedenstellend“ bezeichnet wird, erwartet Hans-Günter Mertens, Sprecher des Vorstands der Rhenus AG, Dortmund, auch für 1986 einen Abschluß „zumindest nicht schlechter als im Vorjahr“ für die Transport-Interessengemeinschaft Rhenus und Stinnes Reederei.

Der Umsatz erhöhte sich um 8,5 Prozent auf 2,007 Mrd. DM und der für die Bewertung wichtigere Roherttrag wurde um 8 Prozent auf 671 Mill. DM gesteigert. Aus dem Jahresüberschuß von 16,5 (14,2) Mill. DM werden 2,1 (1,3) Mill. DM in die Rücklage eingestellt. Ausschüttet wird die Rhenus AG, die zu knapp 94 Prozent

der Stinnes AG und damit der Veb-Gruppe gehört, eine Dividende von 15 (13) Prozent auf das Grundkapital von 71,9 Mill. DM. Beschäftigt werden 7992 (7697) Mitarbeiter.

Das einzige Sorgenkind der Gruppe bleiben die Werften. „In der Sparte kracht es“, so Mertens, aber man werde sich aus diesem Bereich nicht zurückziehen, weil die Geschäftspolitik auf Gewinnoptimierung mit sozialem Hintergrund ausgerichtet sei. Überdies sei die Beschäftigungslage gut, „aber die Preise stimmen nicht“.

Mit gewaltigen Zuwachsraten der Luftfracht hat die Gruppe am Branchen-Boom teilgenommen und ihre Position unter den führenden Gesellschaften (Nummer vier in der Lata-Liste) gestärkt. Der Umsatz erreichte knapp 100 Mill. DM und auch rentabi-

litätsmäßig habe sich Rhenus verbessert. Mit verstärkten Investitionen, im letzten Jahr 77 (56) Mill. DM, will die Gruppe die letzten Lücken in ihrem flächendeckenden Niederlassungsnetz stopfen und im Straßengüterverkehr den Ausbau des Kombiverkehrs sowie des 24-Stunden-Taktes weiter vorantreiben.

Gelassen sieht Mertens Bestrebungen in der EG. Bis zur Realisierung eines freien Marktes mit „gleichen Startbedingungen in ganz Europa“ sieht er noch einen langen Weg. Der folgende Preisrückgang würde wohl die Rentabilität belasten, „aber wir lassen uns nicht bange machen, weil wir uns als Besorger von zusätzlichen Dienstleistungen in einem wirklich freien Transportmarkt außerordentlich wohl fühlen können.“

Baulandmangel ist Nadelöhr

nl, Stuttgart

„Mit zuviel Vorratssbau erstreckt man, und ohne ihn verhungert man.“ Gemäß dieser von Wolfgang Müller, Geschäftsführer der Hausbau Wüstenrot gemeinnützige Gesellschaft mbH, Ludwigsburg, dem Bauträger der Wüstenrot-Gruppe, formulierten Devise, geht die Gesellschaft gewohnt vorsichtig an den Markt heran.

Konkret heißt dies, daß die Hausbau Wüstenrot, eines der wenigen noch gesund dastehenden Unternehmen der Wohnungswirtschaft, erst dann in die Realisierung von Bauvorhaben einsteigt, wenn schon vor Baubeginn die Hälfte der Wohneinheiten verkauft ist. „Nadelöhr“ für die Geschäftstätigkeit sei auch weiterhin die Beschaffung von qualitativ gutem und preiswertem Bauland.

Nach bewußter Zurückhaltung 1984 hat die Hausbau Wüstenrot im vergangenen Jahr mit dem Bau von 253 (126) Wohneinheiten begonnen. Für 1986 sind 250 bis 300 Wohneinheiten zum Baubeginn vorbereitet. Verkauft hat die Gesellschaft 1985 mit 205 Wohneinheiten 7 Prozent mehr als im Vorjahr, doch ging der Wertumsatz um 2,8 Prozent auf 48,7 Mill. DM zurück.

Hier wirkt sich eine Linie aus, wonach die Hausbau Wüstenrot verstärkt Projekte unter dem Aspekt des kosten- und flächensparenden Bauens aufgreift, um so auch „für den Normalverdiener“ etwas zu offerieren. Der nach Dotierung der Rücklagen mit 0,28 Mill. DM ausgewiesene Bilanzgewinn von 0,27 Mill. DM wird gleichfalls den Rücklagen zugeführt, die sich auf fast 44 Mill. DM erhöhen. Die Eigenkapitalquote macht ansehnliche 42 Prozent der Bilanzsumme von 103,5 Mill. DM aus.

Die zur Firmengruppe gehörende Wüstenrot Städtebau- und Entwicklungsgesellschaft mbH, war 1985 in 55 (44) Städtebau- und Entwicklungsprojekten in 32 (31) Städten und Gemeinden als Sanierungsträger und -berater tätig. Verwaltet wurde ein Treuhandvermögen von 123 (112) Mill. DM.

BARMENIA / Starkes Wachstum mit hohen Erträgen

Mit Produktinnovationen voran

HARALD POSNY, Wuppertal

Die vornehmlich auf das Geschäft mit Familien und privaten Haushalten ausgerichtete Barmenia Versicherungs-Gruppe, Wuppertal, zeigt für 1985 bei den drei Gesellschaften (Kranken, Leben und Sach) dank günstiger Kapitalerträge zum Teil erhebliche Steigerungen der Überschüsse vor, die – wie bei allen Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit (VVG) üblich – auch hier den Versicherten zugute kommen. Das gilt für die Krankenversicherung mit der Aufstockung der garantierten Beitragserstattung für Leistungsfreiheit, für die Lebensversicherung mit Versicherungssummen steigenden Sonderausschüttungen sowie in der Autoversicherung mit erhöhter Beitragsgefahr bei langjähriger Unfallfreiheit.

Die Barmenia, die unter den privaten Krankenversicherungen als Nummer sechs zu den Großen der Sparte zählt und unter den Lebensversicherern einen beachtlichen Mittelplatz ausfüllt, gehört auch zu den besonders innovativen. So hat ein preisgünstiger „Kompakttarif“, eine Zusammenfassung von ambulanten und stationären Behandlungen mit Jahresbeitragszahlung für die Krankheitskosten-Vollversicherung neue Kundenkreise erschlossen.

Ähnliches erwartet Vorstandsvorsitzender Günther Völker von einem gerade für junge, noch nicht so wirtschaftlich fundierte Familien geeigneten „Risiko-Umtauschmodell“. Es sieht einen stufenweisen Umtausch einer preisgünstigen Risikolebensversicherung einschließlich aller eventuell eingeschlossenen Zusatzversicherungen in eine Kapitallebensversicherung innerhalb von zehn Jahren vor.

Der Kranken-„Kompakttarif“ hat im Neugeschäft ein Plus von 15 Prozent gebracht. Auf der anderen Seite hat er wegen seiner preisgünstigen Ausgestaltung neben dem beitragsmindernden Beihilferecht für Beamte

und Beitragsenkungen in einigen Tarifen das Gesamtprämienaufkommen insgesamt nicht vorankommen lassen. Dies ist freilich angesichts nur sehr moderat gesteigerter Versicherungsleistungen zu verschmerzen.

Während die „Gesetzlichen“ ihre Beitragsätze erhöhen müssen, bleibt die Barmenia im laufenden Jahr ohne Beitragserhöhungen. Im letzten Jahr wurden noch 54 Mill. DM zur Milderung notwendiger Beitragsanpassungen verwendet. Fest zugesagt ist den Kunden der Vollversicherung für 1986 bereits eine Barauschüttung von bis zu vier Monatsbeiträgen bei vierjähriger Leistungsfreiheit. Künftig sollen fünf Beiträge bei fünf Jahren Leistungsfreiheit ausgeschüttet werden. Ähnliches gilt, zwar in geringeren Beträgen, für Zusatz-Tarife.

Die Barmenia-Lebensversicherung wuchs im Neugeschäft (plus neun Prozent auf 506 Mill. DM) stärker als die Branche. Der Bestand erreicht in Kürze die 5-Mrd.-DM-Grenze. Auch hier hat sich die Ertragslage weiter verbessert. Der Rohüberschuß von 63 (59) Mill. geht fast vollständig in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung. Verbessert wurden auch die Überschüsse auf insgesamt 101 Mill. DM. Für 1987 bereits wurden 20 Mill. DM Sonderausschüttung beschlossen, auch für die nächsten Jahre wird das anvisiert.

Barmenia Kranken	1985	± %	
Beiträge (Mill. DM)	514	-0,6	
Aufw./Verr. Fülle	435	+1,3	
Versch.-Leistung	532	+0,5	
Aufw./Beitr. Rückst.	217	+1,8	
Rückst./Beitr. Rückst.	217	+2,0	
Kapitalanlagen	1400	+7,2	
Kapitalerträge	114	+8,8	
in % d. d. d. d. d.	1985	1984	1983
Schadenquote	82,7	81,1	79,8
Leistungsquote	103,4	102,3	101,8
Kostenquote	12,9	12,3	11,9
Überschußquote	15,1	14,8	14,0

1) Aufw./Verr.-Fülle, Beitr.-Rückst. sowie Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung
2) Aufw./Verr.-Fülle u. Beitr.-Rückst. (in % d. d. d. d. d.)
3) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
4) Aufw./Verr.-Fülle u. Beitr.-Rückst. (in % d. d. d. d. d.)
5) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
6) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
7) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
8) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
9) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
10) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
11) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
12) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
13) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
14) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
15) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
16) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
17) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
18) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
19) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
20) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
21) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
22) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
23) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
24) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
25) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
26) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
27) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
28) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
29) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
30) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
31) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
32) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
33) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
34) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
35) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
36) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
37) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
38) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
39) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
40) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
41) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
42) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
43) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
44) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
45) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
46) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
47) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
48) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
49) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
50) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
51) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
52) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
53) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
54) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
55) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
56) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
57) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
58) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
59) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
60) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
61) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
62) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
63) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
64) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
65) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
66) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
67) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
68) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
69) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
70) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
71) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
72) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
73) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
74) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
75) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
76) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
77) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
78) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
79) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
80) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
81) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
82) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
83) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
84) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
85) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
86) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
87) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
88) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
89) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
90) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
91) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
92) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
93) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
94) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
95) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
96) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
97) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
98) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
99) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)
100) Veränd. d. Deckungs-u. Stornierstellung (in % d. d. d. d. d.)

1) Aufw./Verr.-Fülle, Beitr.-Rückst. sowie Versch.-Leistung; 2) Versch.-Leistung; 3) Versch.-Leistung; 4) Versch.-Leistung; 5) Versch.-Leistung; 6) Versch.-Leistung; 7) Versch.-Leistung; 8) Versch.-Leistung; 9) Versch.-Leistung; 10) Versch.-Leistung; 11) Versch.-Leistung; 12) Versch.-Leistung; 13) Versch.-Leistung; 14) Versch.-Leistung; 15) Versch.-Leistung; 16) Versch.-Leistung; 17) Versch.-Leistung; 18) Versch.-Leistung; 19) Versch.-Leistung; 20) Versch.-Leistung; 21) Versch.-Leistung; 22) Versch.-Leistung; 23) Versch.-Leistung; 24) Versch.-Leistung; 25) Versch.-Leistung; 26) Versch.-Leistung; 27) Versch.-Leistung; 28) Versch.-Leistung; 29) Versch.-Leistung; 30) Versch.-Leistung; 31) Versch.-Leistung; 32) Versch.-Leistung; 33) Versch.-Leistung; 34) Versch.-Leistung; 35) Versch.-Leistung; 36) Versch.-Leistung; 37) Versch.-Leistung; 38) Versch.-Leistung; 39) Versch.-Leistung; 40) Versch.-Leistung; 41) Versch.-Leistung; 42) Versch.-Leistung; 43) Versch.-Leistung; 44) Versch.-Leistung; 45) Versch.-Leistung; 46) Versch.-Leistung; 47) Versch.-Leistung; 48) Versch.-Leistung; 49) Versch.-Leistung; 50) Versch.-Leistung; 51) Versch.-Leistung; 52) Versch.-Leistung; 53) Versch.-Leistung; 54) Versch.-Leistung; 55) Versch.-Leistung; 56) Versch.-Leistung; 57) Versch.-Leistung; 58) Versch.-Leistung; 59) Versch.-Leistung; 60) Versch.-Leistung; 61) Versch.-Leistung; 62) Versch.-Leistung; 63) Versch.-Leistung; 64) Versch.-Leistung; 65) Versch.-Leistung; 66) Versch.-Leistung; 67) Versch.-Leistung; 68) Versch.-Leistung; 69) Versch.-Leistung; 70) Versch.-Leistung; 71) Versch.-Leistung; 72) Versch.-Leistung; 73) Versch.-Leistung; 74) Versch.-Leistung; 75) Versch.-Leistung; 76) Versch.-Leistung; 77) Versch.-Leistung; 78) Versch.-Leistung; 79) Versch.-Leistung; 80) Versch.-Leistung; 81) Versch.-Leistung; 82) Versch.-Leistung; 83) Versch.-Leistung; 84) Versch.-Leistung; 85) Versch.-Leistung; 86) Versch.-Leistung; 87) Versch.-Leistung; 88) Versch.-Leistung; 89) Versch.-Leistung; 90) Versch.-Leistung; 91) Versch.-Leistung; 92) Versch.-Leistung; 93) Versch.-Leistung; 94) Versch.-Leistung; 95) Versch.-Leistung; 96) Versch.-Leistung; 97) Versch.-Leistung; 98) Versch.-Leistung; 99) Versch.-Leistung; 100) Versch.-Leistung; 101) Versch.-Leistung; 102) Versch.-Leistung; 103) Versch.-Leistung; 104) Versch.-Leistung; 105) Versch.-Leistung; 106) Versch.-Leistung; 107) Versch.-Leistung; 108) Versch.-Leistung; 109) Versch.-Leistung; 110) Versch.-Leistung; 111) Versch.-Leistung; 112) Versch.-Leistung; 113) Versch.-Leistung; 114) Versch.-Leistung; 115) Versch.-Leistung; 116) Versch.-Leistung; 117) Versch.-Leistung; 118) Versch.-Leistung; 119) Versch.-Leistung; 120) Versch.-Leistung; 121) Versch.-Leistung; 122) Versch.-Leistung; 123) Versch.-Leistung; 124) Versch.-Leistung; 125) Versch.-Leistung; 126) Versch.-Leistung; 127) Versch.-Leistung; 128) Versch.-Leistung; 129) Versch.-Leistung; 130) Versch.-Leistung; 131) Versch.-Leistung; 132) Versch.-Leistung; 133) Versch.-Leistung; 134) Versch.-Leistung; 135) Versch.-Leistung; 136) Versch.-Leistung; 137) Versch.-Leistung; 138) Versch.-Leistung; 139) Versch.-Leistung; 140) Versch.-Leistung; 141) Versch.-Leistung; 142) Versch.-Leistung; 143) Versch.-Leistung; 144) Versch.-Leistung; 145) Versch.-Leistung; 146) Versch.-Leistung; 147) Versch.-Leistung; 148) Versch.-Leistung; 149) Versch.-Leistung; 150) Versch.-Leistung; 151) Versch.-Leistung; 152) Versch.-Leistung; 153) Versch.-Leistung; 154) Versch.-Leistung; 155) Versch.-Leistung; 156) Versch.-Leistung; 157) Versch.-Leistung; 158) Versch.-Leistung; 159) Versch.-Leistung; 160) Versch.-Leistung; 161) Versch.-Leistung; 162) Versch.-Leistung; 163) Versch.-Leistung; 164) Versch.-Leistung; 165) Versch.-Leistung; 166) Versch.-Leistung; 167) Versch.-Leistung; 168) Versch.-Leistung; 169) Versch.-Leistung; 170) Versch.-Leistung; 171) Versch.-Leistung; 172) Versch.-Leistung; 173) Versch.-Leistung; 174) Versch.-Leistung; 175) Versch.-Leistung; 176) Versch.-Leistung; 177) Versch.-Leistung; 178) Versch.-Leistung; 179) Versch.-Leistung; 180) Versch.-Leistung; 181) Versch.-Leistung; 182) Versch.-Leistung; 183) Versch.-Leistung; 184) Versch.-Leistung; 185) Versch.-Leistung; 186) Versch.-Leistung; 187) Versch.-Leistung; 188) Versch.-Leistung; 189) Versch.-Leistung; 190) Versch.-Leistung; 191) Versch.-Leistung; 192) Versch.-Leistung; 193) Versch.-Leistung; 194) Versch.-Leistung; 195) Versch.-Leistung; 196) Versch.-Leistung; 197) Versch.-Leistung; 198) Versch.-Leistung; 199) Versch.-Leistung; 200) Versch.-Leistung; 201) Versch.-Leistung; 202) Versch.-Leistung; 203) Versch.-Leistung; 204) Versch.-Leistung; 205) Versch.-Leistung; 206) Versch.-Leistung; 207) Versch.-Leistung; 208) Versch.-Leistung; 209) Versch.-Leistung; 210) Versch.-Leistung; 211) Versch.-Leistung; 212) Versch.-Leistung; 213) Versch.-Leistung; 214) Versch.-Leistung; 215) Versch.-Leistung; 216) Versch.-Leistung; 217) Versch.-Leistung; 218) Versch.-Leistung; 219) Versch.-Leistung; 220) Versch.-Leistung; 221) Versch.-Leistung; 222) Versch.-Leistung; 223) Versch.-Leistung; 224) Versch.-Leistung; 225) Versch.-Leistung; 226) Versch.-Leistung; 227) Versch.-Leistung; 228) Versch.-Leistung; 229) Versch.-Leistung; 230) Versch.-Leistung; 231) Versch.-Leistung; 232) Versch.-Leistung; 233) Versch.-Leistung; 234) Versch.-Leistung; 235) Versch.-Leistung; 236) Versch.-Leistung; 237) Versch.-Leistung; 238) Versch.-Leistung; 239) Versch.-Leistung; 240) Versch.-Leistung; 241) Versch.-Leistung; 242) Versch.-Leistung; 243) Versch.-Leistung; 244) Versch.-Leistung; 245) Versch.-Leistung; 246) Versch.-Leistung; 247) Versch.-Leistung; 248) Versch.-Leistung; 249) Versch.-Leistung; 250) Versch.-Leistung; 251) Versch.-Leistung; 252) Versch.-Leistung; 253) Versch.-Leistung; 254) Versch.-Leistung; 255) Versch.-Leistung; 256) Versch.-Leistung; 257) Versch.-Leistung; 258) Versch.-Leistung; 259) Versch.-Leistung; 260) Versch.-Leistung; 261) Versch.-Leistung; 262) Versch.-Leistung; 263) Versch.-Leistung; 264) Versch.-Leistung; 265) Versch.-Leistung; 266) Versch.-Leistung; 267) Versch.-Leistung; 268) Versch.-Leistung; 269) Versch.-Leistung; 270) Versch.-Leistung; 271) Versch.-Leistung; 272) Versch.-Leistung; 273) Versch.-Leistung; 274) Versch.-Leistung; 275) Versch.-Leistung; 276) Versch.-Leistung; 277) Versch.-Leistung; 278) Versch.-Leistung; 279) Versch.-Leistung; 280) Versch.-Leistung; 281) Versch.-Leistung; 282) Versch.-Leistung; 283) Versch.-Leistung; 284) Versch.-Leistung; 285) Versch.-Leistung; 286) Versch.-Leistung; 287) Versch.-Leistung; 288) Versch.-Leistung; 289) Versch.-Leistung; 290) Versch.-Leistung; 291) Versch.-Leistung; 292) Versch.-Leistung; 293) Versch.-Leistung; 294) Versch.-Leistung; 295) Versch.-Leistung; 296) Versch.-Leistung; 297) Versch.-Leistung; 298) Versch.-Leistung; 299) Versch.-Leistung; 300) Versch.-Leistung; 301) Versch.-Leistung; 302) Versch.-Leistung; 303) Versch.-Leistung; 304) Versch.-Leistung; 305) Versch.-Leistung; 306) Versch.-Leistung; 307) Versch.-Leistung; 308) Versch.-Leistung; 309) Versch.-Leistung; 310) Versch.-Leistung; 311) Versch.-Leistung; 312) Versch.-Leistung; 313) Versch.-Leistung; 314) Versch.-Leistung; 315) Versch.-Leistung; 316) Versch.-Leistung; 317) Versch.-Leistung; 318) Versch.-Leistung; 319) Versch.-Leistung; 320) Versch.-Leistung; 321) Versch.-Leistung; 322) Versch.-Leistung; 323) Versch.-Leistung; 324) Versch.-Leistung; 325) Versch.-Leistung; 326) Versch.-Leistung; 327) Versch.-Leistung; 328) Versch.-Leistung; 329) Versch.-Leistung; 330) Versch.-Leistung; 331) Versch.-Leistung; 332) Versch.-Leistung; 333) Versch.-Leistung; 334) Versch.-Leistung; 335) Versch.-Leistung; 336) Versch.-Leistung; 337) Versch.-Leistung; 338) Versch.-Leistung; 339) Versch.-Leistung; 340) Versch.-Leistung; 341) Versch.-Leistung; 342) Versch.-Leistung; 343) Versch.-Leistung; 344) Versch.-Leistung; 345) Versch.-Leistung; 346) Versch.-Leistung; 347) Versch.-Leistung; 348) Versch.-Leistung; 349) Versch.-Leistung; 350) Versch.-Leistung; 351) Versch.-Leistung; 352) Versch.-Leistung; 353) Versch.-Leistung; 354) Versch.-Leistung; 355) Versch.-Leistung; 356) Versch.-Leistung; 357) Versch.-Leistung; 358) Versch.-Leistung; 359) Versch.-Leistung; 360) Versch.-Leistung; 361) Versch.-Leistung; 362) Versch.-Leistung; 363) Versch.-Leistung; 364) Versch.-Leistung; 365) Versch.-Leistung; 366) Versch.-Leistung; 367) Versch.-Leistung; 368) Versch.-Leistung; 369) Versch.-Leistung; 370) Versch.-Leistung; 371) Versch.-Leistung; 372) Versch.-Leistung; 373) Versch.-Leistung; 374) Versch.-Leistung; 375) Versch.-Leistung; 376) Versch.-Leistung; 377) Versch.-Leistung; 378) Versch.-Leistung; 379) Versch.-Leistung; 380) Versch.-Leistung; 381) Versch.-Leistung; 382) Versch.-Leistung; 383) Versch.-Leistung; 384) Versch.-Leistung; 385) Versch.-Leistung; 386) Versch.-Leistung; 387) Versch.-Leistung; 388) Versch.-Leistung; 389) Versch.-Leistung; 390) Versch.-Leistung; 391) Versch.-Leistung; 392) Versch.-Leistung; 393) Versch.-Leistung; 394) Versch.-Leistung; 395) Versch.-Leistung; 396) Versch.-Leistung; 397) Versch.-Leistung; 398) Versch.-Leistung; 399) Versch.-Leistung; 400) Versch.-Leistung; 401) Versch.-Leistung; 402) Versch.-Leistung; 403) Versch.-Leistung; 404) Versch.-Leistung; 405) Versch.-Leistung; 406) Versch.-Leistung; 407) Versch.-Leistung; 408) Versch.-Leistung; 409) Versch.-Leistung; 410) Versch.-Leistung; 411) Versch.-Leistung; 412) Versch.-Leistung; 413) Versch.-Leistung; 414) Versch.-Leistung; 415) Versch.-Leistung; 416) Versch.-Leistung; 417) Versch.-Leistung; 418) Versch.-Leistung; 419) Versch.-Leistung; 420) Versch.-Leistung; 421) Versch.-Leistung; 422) Versch.-Leistung; 423) Versch.-Leistung; 424) Versch.-Leistung; 425) Versch.-Leistung; 426) Versch.-Leistung; 427) Versch.-Leistung; 428) Versch.-Leistung; 429) Versch.-Leistung; 430) Versch.-Leistung; 431) Versch.-Leistung; 432) Versch.-Leistung; 433) Versch.-Leistung; 434) Versch.-Leistung; 435) Versch.-Leistung; 436) Versch.-Leistung; 437) Versch.-Leistung; 438) Versch.-Leistung; 439) Versch.-Leistung; 440) Versch.-Leistung; 441) Versch.-Leistung; 442) Versch.-Leistung; 443) Versch.-Leistung; 444) Versch.-Leistung; 445) Versch.-Leistung; 446) Versch.-Leistung; 447) Versch.-Leistung; 448) Versch.-Leistung; 449) Versch.-Leistung; 450) Versch.-Leistung; 451) Versch.-Leistung; 452) Versch.-Leistung; 453) Versch.-Leistung; 454) Versch.-Leistung; 455) Versch.-Leistung; 456) Versch.-Leistung; 457) Versch.-Leistung; 458) Versch.-Leistung; 459) Versch.-Leistung; 460) Versch.-Leistung; 461) Versch.-Leistung; 462) Versch.-Leistung; 463) Versch.-Leistung; 464) Versch.-Leistung; 465) Versch.-Leistung; 466) Versch.-Leistung; 467) Versch.-Leistung; 468) Versch.-Leistung; 469) Versch.-Leistung; 470) Versch.-Leistung; 471) Versch.-Leistung; 472) Versch.-Leistung; 473) Versch.-Leistung; 474) Versch.-Leistung; 475) Versch.-Leistung; 476) Versch.-Leistung; 477) Versch.-Leistung; 478) Versch.-Leistung; 479) Versch.-Leistung; 480) Versch.-Leistung; 481) Versch.-Leistung; 482) Versch.-Leistung; 483) Versch.-Leistung; 484) Versch.-Leistung; 485) Versch.-Leistung; 486) Versch.-Leistung; 487) Versch.-Leistung; 488) Versch.-Leistung; 489) Versch.-Leistung; 490) Versch.-Leistung; 491) Versch.-Leistung; 492) Versch.-Leistung; 493) Versch.-Leistung; 494) Versch.-Leistung; 495) Versch.-Leistung; 496) Versch.-Leistung; 497) Versch.-Leistung; 498) Versch.-Leistung; 499) Versch.-Leistung; 500) Versch.-Leistung; 501) Versch.-Leistung; 502) Versch.-Leistung; 503) Versch.-Leistung; 504) Versch.-Leistung; 505) Versch.-Leistung; 506) Versch.-Leistung; 507) Versch.-Leistung; 508) Versch.-Leistung; 509) Versch.-Leistung; 510) Versch.-Leistung; 511) Versch.-Leistung; 512) Versch.-Leistung; 513) Versch.-Leistung; 514) Versch.-Leistung; 515) Versch.-Leistung; 516) Versch.-Leistung; 517) Versch.-Leistung; 518) Versch.-Leistung; 519) Versch.-Leistung; 520) Versch.-Leistung; 521) Versch.-Leistung; 522) Versch.-Leistung; 523) Versch.-Leistung; 524) Versch.-Leistung; 525) Versch.-Leistung; 526) Versch.-Leistung; 527) Versch.-Leistung; 528) Versch.-Leistung; 529) Versch.-Leistung; 530) Versch.-Leistung; 531) Versch.-Leistung; 532) Versch.-Leistung; 533) Versch.-Leistung; 534) Versch.-Leistung; 535) Versch.-Leistung; 536) Versch.-Leistung; 537) Versch.-Leistung; 538) Versch.-Leistung; 539) Versch.-Leistung; 540) Versch.-Leistung; 541) Versch.-Leistung; 542) Versch.-Leistung; 543) Versch.-Leistung; 544) Versch.-Leistung; 545) Versch.-Leistung; 546) Versch.-Leistung; 547) Versch.-Leistung; 548) Versch.-Leistung; 549) Versch.-Leistung; 550) Versch.-Leistung; 551) Versch.-Leistung; 552) Versch.-Leistung; 553) Versch.-Leistung; 554) Versch.-Leistung; 555) Versch.-Leistung; 556) Versch.-Leistung; 557) Versch.-Leistung; 558) Versch.-Leistung; 559) Versch.-Leistung; 560) Versch.-Leistung; 561) Versch.-Leistung; 562) Versch.-Leistung; 563) Versch.-Leistung; 564) Versch.-Leistung; 565) Versch.-Leistung; 566) Versch.-Leistung; 567) Versch.-Leistung; 568) Versch.-Leistung; 569) Versch.-Leistung; 570) Versch.-Leistung; 571) Versch.-Leistung; 572) Versch.-Leistung; 573) Versch.-Leistung; 574) Versch.-Leistung; 575) Versch.-Leistung; 576) Versch.-Leistung; 577) Versch.-Leistung; 578) Versch.-Leistung; 579) Versch.-Leistung; 580) Versch.-Leistung; 581) Versch.-Leistung; 582) Versch.-Leistung; 583) Versch.-Leistung; 584) Versch.-Leistung; 585) Versch.-Leistung; 586) Versch.-Leistung; 587) Versch.-Leistung; 588) Versch.-Leistung; 589) Versch.-Leistung; 590) Versch.-Leistung; 591) Versch.-Leistung; 592) Versch.-Leistung; 593) Versch.-Leistung; 594) Versch.-Leistung; 595) Versch.-Leistung; 596) Versch.-Leistung; 597) Versch.-Leistung; 598) Versch.-Leistung; 599) Versch.-Leistung; 600) Versch.-Leistung; 601) Versch.-Leistung; 602) Versch.-Leistung; 603) Versch.-Leistung; 604) Versch.-Leistung; 605) Versch.-Leistung; 606) Versch.-Leistung; 607) Versch.-Leistung; 608) Versch.-Leistung; 609) Versch.-Leistung; 610) Versch.-Leistung; 611) Versch.-Leistung; 612) Versch.-Leistung; 613) Versch.-Leistung; 614) Versch.-Leistung; 615) Versch.-Leistung; 616) Versch.-Leistung; 617) Versch.-Leistung; 618) Versch.-Leistung; 619) Versch.-Leistung; 620) Versch.-Leistung; 621) Versch.-Leistung; 622) Versch.-Leistung; 623) Versch.-Leistung; 624) Versch.-Leistung; 625) Versch.-Leistung; 626) Versch.-Leistung; 627) Versch.-Leistung; 628) Versch.-Leistung; 629) Versch.-Leistung; 630) Versch.-Leistung; 631) Versch.-Leistung; 632) Versch.-Leistung; 633) Versch.-Leistung; 634) Versch.-Leistung; 635) Versch.-Leistung; 636) Versch.-Leistung; 637) Versch.-Leistung; 638) Versch.-Leistung; 639) Versch.-Leistung; 640) Versch.-Leistung; 641) Versch.-Leistung; 642) Versch.-Leistung; 643) Versch.-Leistung; 644) Versch.-Leistung; 645) Versch.-Leistung; 646) Versch.-Leistung; 647) Versch.-Leistung; 648) Versch.-Leistung; 649) Versch.-Leistung; 650) Versch.-Leistung; 651) Versch.-Leistung; 652) Versch.-Leistung;

VORSTANDSGEHÄLTER

Die Autoindustrie zahlt am besten

DW, Bonn

Die deutschen Aktiengesellschaften zahlten ihren Vorstandsmitgliedern 1984 im Durchschnitt 305 000 DM pro Kopf. Spitzenreiter war mit 624 800 DM die Fahrzeugindustrie, gefolgt von der - zumeist gemeinnützigen - Wohnungswirtschaft mit 136 000 DM. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Gehaltsstudie der Kienbaum Vergütungsberatung, Gumbach.

Die Aufsichtsratsmitglieder wurden mit durchschnittlich 13 100 DM dagegen „äußerst bescheiden“ dotiert, schreibt Kienbaum. Hier führte die chemische Industrie mit 24 600 DM die Branchenliste an. Während sich damit in den letzten 20 Jahren die Vorstandsbezüge nahezu verdreifachten (1964: 106 400 DM), sank die Aufsichtsratsdotierung im gleichen Zeitraum um zehn Prozent ab (1964: 13 300 DM). Diese finanzielle Geringfügigkeit der Aufsichtsratsmitglieder dürfte nach Ansicht der Personalberater auf Dauer das Engagement und die Qualität der Aufsichtsratsmitglieder höchst negativ beeinflussen.

Einsatzbereitschaft besonders gefragt

WVD, Frankfurt

Unter den außerfachlichen Anforderungen bei Bewerbern um technische Führungspositionen schätzen die Unternehmen Einsatzbereitschaft und Leistungsorientierung am höchsten ein. Das ergab eine Befragung des Instituts der Deutschen Wirtschaft, an der sich 90 Unternehmen beteiligten. Unter den insgesamt abgegebenen rund 180 Nennungen (Mehrfachnennungen möglich) entfielen auf diesen Punkt 21. An zweiter Stelle mit 20 Nennungen liegen Führungsfähigkeiten vor Kreativität (17) und Kooperationsfähigkeit (14). Durchsetzungskraft und Problemlösungsfähigkeiten werden je einmal gefordert.

Weniger gefragt sind Fremdsprachenkenntnisse und regionale Mobilität, die auf je fünf Nennungen kamen. Innovationskraft und (Eigen-)Verantwortung wurden je viermal genannt. Wie das Institut darüber hinaus feststellt, sei das „fachübergreifende Wissen, das ein Bewerber um eine Führungsposition besitzen soll, weiterhin noch Mangelware“.

STELLENWECHSEL / Mitarbeiter müssen nicht alle Beurteilungen ihrer Vorgesetzten widerspruchlos hinnehmen

Die Geheimsprache der Personalleiter in den Arbeitszeugnissen ist längst entschlüsselt

HEINZ STÜWE, Bonn

„Frau Gudrun Hinz, geb. am 31. 3. 1950, war bei uns in der Zeit vom 4. 10. 1984 bis 9. 2. 1986 als Sekretärin tätig. Ihre Arbeitsleistungen waren gut. Wir bedauern, daß Frau Hinz ihre Tätigkeit bei uns beendet. Verbunden mit dem Dank für ihre Mitarbeit wünschen wir ihr alles Gute für ihre weitere berufliche Zukunft.“ Das Zeugnis, ausgestellt von einer Maschinenfabrik, klingt recht positiv und doch dürfte es Frau Hinz bei der Stellensuche eher schaden als nützen. Denn hier fehlt so ziemlich alles, was ein qualifiziertes Zeugnis ausmacht. „Leider ist ein solches Zeugnis kein Einzelfall“, berichtet Klaus Rischer vom Pädagogischen Institut für die Wirtschaft. Häufig fehlen unverzichtbare Elemente, die eine Beurteilung erst zu einem qualifizierten Zeugnis machen, auf das der Mitarbeiter bereits nach vier Wochen Tätigkeit einen Rechtsanspruch hat.

So kann etwa Frau Hinz von ihrem früheren Arbeitgeber eine konkrete Beschreibung ihrer Tätigkeit verlangen (der ungenaue Begriff Sekretärin reicht nicht aus) sowie eine Beurteilung ihres Verhaltens gegenüber Kunden, Vorgesetzten und Mitarbeitern. Ein schwerwiegendes Manko für einen Bewerber ist, wenn wie in diesem Beispiel aus dem Zeugnis nicht hervorgeht, wer gekündigt hat oder ob sich beide Teile in gegenseitigem Einvernehmen trennten. Scheidet der Mitarbeiter auf eigenem Wunsch aus, so kann er verlangen, daß dies im Zeugnis auch deutlich ausgesprochen wird. Die Formel „Im gegenseitigen Einvernehmen“ muß er sich dann - so haben die Arbeitsgerichte entschieden - nicht gefallen lassen. Die Ursache der Vertragsauflösung hat dagegen im Zeugnis nichts zu suchen. Es gibt allerdings Ausnahmen: Ist wiederholtes unentschuldigtes Fehlen der Kündigungsgrund, ist der Arbeitgeber berechtigt und verpflichtet, dies zu schreiben.

Das Beispiel zeigt, daß der Aussteller eines Zeugnisses eine Gratwanderung zu vollführen hat. Denn ein Zeugnis muß wahr und wohlwollend zugleich sein. Es soll dem Arbeitnehmer keine Steine in den Weg legen, andererseits aber den künftigen Arbeitgeber auch warnen, wenn dies notwendig ist, um ihn vor einem Reifall zu bewahren.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Verschweigt der Arbeitgeber Verfehlungen seines bisherigen Mitarbeiters, kann es für ihn teuer werden. So wurde eine Firma, die eine Buchhalterin im Zeugnis als „zuverlässig“ charakterisiert hatte, obwohl sie wegen einer Unterschlagung von 65 000 DM gekündigt worden war, zu 113 000 DM Schadenersatz verurteilt, nachdem die Frau im neuen Unternehmen erneut unterschlagen hatte.

Fast alle Schadenersatzprozesse drehen sich um das Wort „ehrlich“. Bei allen Tätigkeiten, die den Umgang mit Vermögenswerten beinhalten, ist es unverzichtbar. Jede Verkäuferin, jeder Ausendienst-Mitarbeiter kann im Zeugnis diesen Vermerk verlangen.

Das Problem, eine schlechte Leistung in einem Zeugnis als solche darzustellen, stürzt regelmäßig viele Vorgesetzte in arge Verlegenheit. Dabei stehen ihnen eine Reihe von Möglichkeiten offen, wie Klaus Rischer in einem Seminar der Vereinigung für Bankberufsbildung erläuterte. Die alte Floskel „Er hat sich bemüht, die

ihm übertragenen Aufgaben...“ sei heute nicht mehr üblich. Vom Bundesarbeitsgericht selbst als glatte Fälschung bestätigt wurde die Formulierung: „Er hat mit großem Fleiß und Interesse seine Aufgaben erfüllt.“ Das gleiche, nur direkter gesagt, bedeutet: „Die Leistung war nicht voll befriedigend.“ Solche Zeugnisse sind nur möglich, wenn eine Leistungsabmahnung vorausgegangen ist.

Bei Auszubildenden reicht auch der Hinweis auf die nicht bestandene Abschlussprüfung, um eine schlechte Leistung auszudrücken. Bei der Nennung durch Weglassen gibt es noch zahlreiche verfeinerte Varianten: Wenn etwa auf eine ausführliche Tätigkeitsbeschreibung, wie sie bei Führungskräften üblich ist, nur ein formelhafter Satz zur Qualität der Leistung folgt, ist das ein schlechtes Urteil. Ebenso zu werten ist das Lob für ein kleinen Teil der Tätigkeit, wenn über die Hauptaufgabe nichts gesagt ist.

Aus den üblichen Formulierungen in Zeugnissen läßt sich eine regel-

rechte Notenskala erstellen. Dem die Geheimsprache der Personalleiter, wenn es sie je gab, ist längst entschlüsselt. Der Satz „Herr Meier hat die ihm übertragenen Aufgaben stets zur Zufriedenheit erledigt“ klingt besser als er gemeint ist, denn er ist nicht mehr als eine Vier. „Stets zu unserer vollen Zufriedenheit“ bedeutet befriedigend, „stets zu unserer vollen Zufriedenheit“ heißt gut. „Sehr gut“ liest sich dann so: Herr Meier hat jederzeit alle Aufgaben stets zur vollen Zufriedenheit erfüllt.

Diese Beurteilung muß der Arbeitgeber aber nur geben, wenn der Mitarbeiter neue Ideen und Vorschläge entwickelt hat, die erfolgreich waren oder wenn er eine besonders schwierige Aufgabe hervorragend erfüllt hat“, betont Rischer. In Streitfällen trifft den Arbeitnehmer die Beweislast.

Sehr gute Leistungen lassen sich aber auch ohne diese Floskeln würdigen. Wenn etwa die ausführliche Leistungsbeschreibung mit dem Satz „Wir bedauern außerordentlich den Weggang dieses wertvollen Mitarbeiters“ abgeschlossen wird. Auf solch schmückendes Beiwerk hat der Arbeitnehmer keinen Rechtsanspruch.

Das gilt auch für andere Formulierungen, etwa das Wort „umsichtig“. Die Rechtsprechung zeigt deutlich, daß der Arbeitgeber die Formulierungen, den Inhalt und die Gewichtung bestimmt, soweit das Zeugnis wahr bleibt“, hebt Rischer hervor. Einiges ist allerdings ausdrücklich verboten, etwa das Werturteil „mangelndes Einfühlungsvermögen“ oder Bemerkungen über das Privatleben oder die Erwähnung eines Arbeitsgerichtsverfahrens wegen der Kündigung.

Wenn der Arbeitgeber ein Zeugnis verweigert oder dieses lückenhaft oder falsch ist, kann der Arbeitnehmer sein Recht vor dem Arbeitsgericht durchsetzen. Wichtig ist, daß mit einer Kündigungsschutzklage nicht automatisch das Zeugnis angefochten wird. Wenn das Zeugnis verspätet erstellt wurde oder falsch war und der Arbeitnehmer dadurch finanzielle Einbußen hatte, kann er vom Arbeitgeber Schadenersatz verlangen.

In der nächsten Ausgabe der WELT DER BERUFE wird das Thema mit dem Beitrag „Zeugnisse für Manager“ fortgesetzt.

MITTELSTAND

Bei der Mitarbeiterauswahl liegt noch vieles im argen

DW, Köln

Weder die Unternehmensgröße noch das Vorhandensein einer Personalabteilung lassen Rückschlüsse auf die Qualität der Mitarbeiterauswahl zu. Lediglich sehr kleine Unternehmen mit maximal 49 Beschäftigten zeigen keinerlei Ansätze für eine systematische Mitarbeiterauswahl. Zu diesem Ergebnis gelangt eine Untersuchung unter dem Thema „Gestaltung der Mitarbeiterauswahl und -beurteilung in mittelständischen Unternehmen“, die Klaus Heitmeyer am Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Organisationslehre der Universität zu Köln auf der Basis einer Erhebung bei 20 mittelständischen Unternehmen verschiedener Größe und Branche durchführte.

Die Form der Personalauswahl scheint vor allem eine Frage der Einstellung der jeweiligen Unternehmensleitung beziehungsweise Personalleitung zu sein. Bei der Art und Weise, wie mittelständische Betriebe ihr Personal auswählen, konnte der

Kölnen Wirtschaftswissenschaftler drei Schwachstellen ausmachen. So gingen sehr viele Betriebe bei der Auswahl neuer Mitarbeiter wenig systematisch vor. Hier zeigten sich Mängel bei der Erstellung von Beurteilungskriterien und vielfach fehlten Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile. Die Entscheidungsträger legten in vielen Fällen nicht die nötige Professionalität an den Tag. So wurden die Verantwortlichen nur in sehr wenigen Fällen auf ihre Aufgabe der Personalauswahl vorbereitet und nur selten nahmen die späteren Entscheidungsträger an der Formulierung der Beurteilungskriterien teil.

Es zeigten sich aber auch instrumentelle Mängel. So lehnten die befragten Unternehmen nahezu einstimmig den Einsatz von Tests ab. Drei Unternehmen verzichteten sogar auf die Einholung von Referenzen. Die Möglichkeit des Einsatzes komplexerer Verfahren, die eine höhere Vorhersagegenauigkeit erlauben, wurde nur von zwei Unternehmen genutzt.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Kündigungsgründe

Bei der Kündigung von Arbeitnehmern hat der Betriebsrat mitzubestimmen. Wenn der Betriebsrat bei Einleitung des Anhörungsverfahrens bereits über den erforderlichen Kenntnisstand verfügt, um über die beabsichtigte Kündigung eine Stellungnahme abgeben zu können, ist nach der Entscheidung 3 AZR 412/84 des Bundesarbeitsgerichts eine weitere Darlegung der Kündigungsgründe durch den Arbeitgeber nicht mehr erforderlich. Dabei ist unerheblich, ob es sich um einen Klein- oder Großbetrieb handelt.

Häufige Fehlzeiten

Bei einer Kündigung wegen häufiger Kurzerkrankungen gehört nach dem Urteil 2 AZR 657/84 des Bundesarbeitsgerichts vom 7. 11. 1985 zum Kündigungsgrund die aufgrund einer Prognose festgestellte Besorgnis weiterer häufiger Fehlzeiten und eine sich daraus ergebende erhebliche Beeinträchtigung der Interessen des Betriebes. Eine derartige Kündigung ist nur dann sozial gerechtfertigt, wenn

sich aufgrund der abschließenden Interessenabwägung im konkreten Einzelfall eine unzumutbare betriebliche oder wirtschaftliche Belastung ergibt.

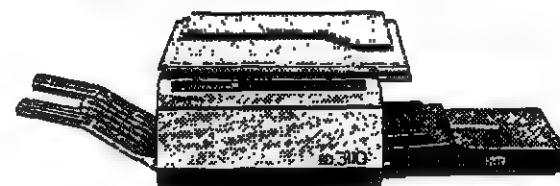
Betriebsstilllegung

Ist die ordentliche Kündigung durch einen Tarifvertrag ausgeschlossen, so kann nach dem Urteil 2 AZR 113/84 vom 28. 3. 1985 eine Betriebsstilllegung eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen. In einem derartigen Fall ist die gesetzliche oder tarifvertragliche Kündigungsfrist einzuhalten, die gelten würde, wenn die ordentliche Kündigungsfrist nicht ausgeschlossen wäre.

Konkursausfallgeld

Nimmt ein Arbeitnehmer im Konkurs des Unternehmens Konkursausfallgeld in Anspruch, kann er nach dem Urteil 5 AZR 74/84 des Bundesarbeitsgerichts vom 17. 4. 1985 vom Arbeitgeber beziehungsweise vom Konkursverwalter nicht die Zahlung des Teiles des Bruttolohnanspruchs an sich verlangen, der als Lohnsteuer abzuführen gewesen wäre.

Viele Unternehmen kopieren ihr Geld zum Fenster hinaus.



Schade drum. Schließlich gibt es jetzt den neuen Toshiba Kopierer BD 3110. Der schont Ihr Kapital schon bei der Anschaffung und ist auch wirtschaftlich auf Dauer: Mit ca. 4 Pfennig pro Kopie hält er Ihr Geld zusammen. Andere Kopierer können bis zu dreimal soviel verbrauchen.

Was der neue Toshiba BD 3110 sonst noch alles kann, erfahren Sie per Coupon oder in einem der über 120 Toshiba Stützpunkte ganz in Ihrer Nähe.

Dort gibt es den technischen Service von Toshiba, der jederzeit für Sie da ist. Dort gibt es die beste Beratung für Toshiba Kopierer. Und dort können Sie dann auch ausprobieren, wie schnell man mit dem BD 3110 Spaß am Sparen bekommt - Kopie für Kopie.

TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, Kopierer Inland A&P, Hammer Landstr. 115, 4040 Neuss.

Schicken Sie mir bitte die Informationen über den neuen Toshiba Kopierer BD 3110.

Name: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____ DW 1006

PROBLEME LÖSEN PER KOPIE.
TOSHIBA
K O P I E R E R

17

[illegible]

km/h, 0 auf 100 km/h in 9,9 Sek. CROMA 2000 i.e. Kat. 83 kW (113 PS). Spitze 191 km/h, 0 auf 100 km/h in 10,4 Sek.

CROMA Turbo Diesel. 74 kW (100 PS). Spitze 185 km/h, 0 auf 100 km/h in 11,9 Sek.

Ausgehend von einer eindrucksvollen Erholung an den US-amerikanischen Börsen wartete der bundesdeutsche Rentenmarkt am Montag mit erheblichen Schwankungen auf. Dies beruhte vor allem auf Hoffnungen, daß der japanische Finanzminister am Montag die Gründe für den 6. Juli überbrachten. Parallel dazu hatten die japanischen Medien berichtet, daß die japanische Regierung in den nächsten Tagen eine Zinssenkung um 0,25 Prozentpunkte in Aussicht genommen habe. Diese Ankündigung wurde in der Tat am Montag bestätigt. Die Zinssenkung wurde in der Tat am Montag bestätigt. Die Zinssenkung wurde in der Tat am Montag bestätigt.

F	3 1/2	Dickel 85 a.o.	88.25	10	dpl. 82/89	109.75	109.75	6 1/2	Emhart Corp. 82/89
F	4	Dresdin Bk. 83 a.o.	191G	8	dpl. 84/91	105.25	105.15	9 1/2	Emhart Overseas 82/89
F	4	dpl. a.o.	96	9	Air Canada 82/92	110G	109.25	6 1/2	Erlanson Ltd 72/87

[illegible][illegible]

Aus den Jahresabschlüssen		1983	1984	1985
in Millionen Flux - per 31.12.1985 - 100 Flux = 4.8601 DM				
Reingewinn		458	522	645
Verteilter Gewinn		206	260	357
Nett dividende je Aktie	Flux 250	Flux 280	Flux 335	
Cash flow*		2.885	3.339	3.827

Es ist das Ziel der Bank, auch zukünftig das Privatkundengeschäft weiter international auszubauen. Vermögensverwaltung, Anlageberatung, Edelmetalle bis zur Domizilierung von Holdinggesellschaften und Investmentfonds stehen dabei im Vordergrund.

Präsenz an den internationalen Finanzmärkten

Die 1983 gegründete Tochterbank in Singapur, BIL (Asia) Ltd, konnte bei einer Bilanzsumme von umgerechnet 336 Mio DM mit einem verdreifachten Ergebnis in Höhe von 15 Mio DM

☐ Domizierung von Holding- und Investmentgesellschaften
☐ Geschäftsbericht und die EUROKONTO-Broschüre

Name: _____
Straße: _____
Ort: _____ Telefon: _____

auscheiden. Im angestrichenen Geschäftsjahr wurden eine 100%ige Tochterbank, die BIL (Suisse) S. A. sowie eine Filiale in London eröffnet. Mit den Repräsentanzen in New York und Singapur, der Mitgliedschaft in ABECOR und dank des internationalen Korrespondenzbankennetzes wird der Kundschaft weltumfassender „Service nach Maß“ geboten.

BIL **BANQUE INTERNATIONALE
A LUXEMBOURG**
Société Anonyme – Gegründet 1856
L-2953 Luxembourg – Boulevard Royal 2
Telefon: 479 11 – Telex: 3 626 bil lu
Telefax: 4791 21 10, 4791 42 27

Präsenz im Ausland: New York, Singapur, London, Lausanne

DER

DER NEUEN VENTILATOR-GENERATION

Wir haben den Alleinvertrieb in der BRD sowie benachbarte EG-Länder und vergeben Exklusivverkauf auf entsprechende Einzelhandelsgeschäfte..

Hauchschön - chinalakrot - gold-
MIT FERNBEDIENUNG

Schrittliche Kontaktaufnahme über HTS,
Nomenpfl. 45, 05 Ansabrück, 0541/25521

DE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:

Axel Späcker, 1. Dr. Herbert Krugm

Chefredakteur:

Peter Gilman und Manfred Hebel

Stellvertretender Chefredakteur:

Dr. Günter Zsche

Mitglieder: Rufe von Leowassers

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Präsident: Hans Jürgen Fritzsche

Vize: Hans Jürgen Fritzsche

Stabsredaktion: 5000 Bonn 1, Godesberger
Allee 98, Tel. (0228) 30 14 565, Anzeigen:
Tel. (0228) 30 91 23 37 34 85

1000 Berlin 61, Köpenicker Str. 84, Redaktions:
Tel. (030) 5 50 130, Tel. (030) 5 50 130, Anzeigen:
Tel. (030) 5 50 91 23 37 34 85

2000 Hamburg 30, Kaiser-Wilhelm-Straße 1,
Tel. (040) 36 21, Tel. (040) 36 21, Anzeigen:
Tel. (040) 36 21 23 37 34 85

5000 Köln 30, Kaiser-Wilhelm-Straße 1,
Tel. (0221) 36 21, Tel. (0221) 36 21, Anzeigen:
Tel. (0221) 36 21 23 37 34 85

5000 Düsseldorf 30, Kaiser-Wilhelm-Straße 1,
Tel. (0211) 36 21, Tel. (0211) 36 21, Anzeigen:
Tel. (0211) 36 21 23 37 34 85

5000 Frankfurt 30, Kaiser-Wilhelm-Straße 1,
Tel. (069) 36 21, Tel. (069) 36 2

ECU-Tageswage	
	6.6. 6.6.
Coplen	20,95
Blü	14,1243
DM	2,1643
W	1,0187
PF	0,63786
Wm	7,6763
Str	1,7734
Str	15,191
Samen	17,32
Str	9,8987
Str	2,0851
Wm	3,5616
Wm	1,6478
Wm	4,9975
Wm	16,946
Wm	13,487

Laßt das Hudeh sein!

reich - Es gibt eine unglaublich organisierte Art von Intelligenz, die unter der Dummheit der Menschen mehr leidet als unter dem Bösen; und die ist die meine. Das Böse, so sehr es mich auch erschreckt, erscheint mir als unvermeidlich und mitgegeben: Es ist ein notwendiges Übel im allergenuesten Wortsinn. Aber die Dummheit kommt mir ganz unnötig vor, wenn auch wider besseres Wissen: Ich reagiere gewissermaßen allergisch auf Dummheit. Sie setzt mich in fassungsloses Erstaunen, sie macht mich unglaublich in der Seele, selbst wenn mein Kopf sie einkalkuliert hat.

Der Grund dafür liegt wohl in dem, daß die Dummheit, im Gegensatz zum Bösen, mir keine Rätsel aufgeben, als bloß das eine, wie man denn hat so dumm sein können. Wenn ich die Dummheiten, seien sie die eigenen, seien es die von den anderen begangenen, kurz Revue passieren lasse, dann war das, im Wesen und Kern der Sache, immer die Gier nach dem schnellen Gewinn, nach dem momentanen Erfolg, nach der Siegestraße anstatt nach dem Sieg, ein Handeln in jenen Dimensionen, ein Denken in jenen Perspektiven, die mit dem eigenen Standpunkt identisch, also bloß Illusionen sind. Der blinde und überhastete Zugriff verwechselt, was einem zufallen wollte.

Was endlich als Dummheit offen zutage tritt, das begann wohl fast immer, so oder so, mit dem Hudeh - das Wort, für Voreiligkeit, Überstürzung, Gebrauch, bedeutet so viel wie Fuscherei, und das Dummheit bezeichnen wir ja in der Tat gerade das, womit man sich selber etwas verpuscht hat.

Dies ist der letzte Text, den uns der in der vergangenen Woche verstorbene österreichische Schriftsteller Herbert Eisenreich zugeordnet hat.

Film: „Zärtlichkeit 2“

Der rüde Charme eines Ulkmagazins

Mögen sich seine galischen Kollegen allesamt auf der breiten Piste des exzessiven Publikumschmacks bewegen, so sucht Patrick Schulmann ungetrübten reinen Trampelpfad abseits der künstlerischen Normalität. Zumindest im ersten Teil seiner „Zärtlichkeitsserie“ wurde er fündig und stellte vom Weichling bis zum Macho eine höchst vergnügliche Typologie der Männerwelt auf. Auch in „Verdammt noch mal: wo bleibt die Zärtlichkeit? Teil 2“ nimmt er Hemmungen und Besenheiten, vor allem aber die ewig störenden Mißverständnisse zwischen den Geschlechtern satirisch aufs Korn. Und erneut ist seine Geschichte eher eine Folge frecher Sketche, deren Inszenierungslust weniger vom hingehauchten Esprit französischer Meisterkomödien als vom rüden Charme amerikanischer Ulkmagazine inspiriert scheint.

Schon seine beiden Helden strotzen vor Absoluten. Während der unheimlich romantische Mäker Gil ausgerechnet mit dem Manko der Farbenblindheit geschlagen ist, entpuppt sich sein fotografierender Freund Bob als überauschend liebreuend Exemplar jener Spezies, die per Teleskop und Richtmikrophon die erotischen Gewohnheiten ihrer Mitmenschen verfolgt. Zumindest Gils Leben aber ändert sich schlagartig, als er irgendwann im Pariser Verkehrsgeräusch die ehrgeizige Rundfunkjournalistin Cat kennenlernt. Dabei scheint sich ihre Beziehung zunächst auf emsiges Bettgeflüster zu beschränken. Doch da sich Cat dann beide Hände bricht und Gil zum fürsorglichen Krankenpfleger reift, wird die Affäre bald zur Romanze veredelt.

Mit einer soich konventionellen Entwicklung freilich will sich Schulmann nicht begnügen. Deshalb reichert er sein respektloses Außenseiterfilmen mit einer merkwürdigen Einführungsgeschichte, vor allem aber mit einer bunten Scher ausgekosteter Sondereffekte an. So sehr sich ein schlichtes Dickerchen, ein neurotischer Kommissar und eine lustvolle Novizin freilich auch anstrengen: mit ihren Tricks und Marotten können sie nur wenige Holprigkeiten der wild zusammengefügten Story überspielen.

Schulmann tastet sich im Labyrinth der filmischen Stilmittel nur von Zeit zu Zeit, ohne dabei den rettenden Anker des Humors zu finden. Wenn er etwa nach Zeichentrickmanier phantasiervoll gezeichnete Denkbilder über den Köpfen seiner Figuren schweben läßt, scheint er gar nicht zu merken, daß diese Helden zu Comic-Klischees schrumpfen. Ebenso antäuschbar wirkt denn auch die Botschaft seines Streifens. Denn wer fast zwei Jahrzehnte nach der „sexuellen Revolution“ noch die allein seligmachende Kraft ungehemmter Sinnlichkeit predigt, schockiert niemand mehr, sondern stellt nur ein bemerkenswert schlechtes Weltbild zur Schau.

HARTMUT WILMES

Der Kongreß des Studienzentrums Weikersheim über die Rolle der Medien

Amüsieren – kontrollieren?

Ein Hund war übers Wochenende bei diesem kalten Regenwetter hinter dem Ofen hervorzulocken, doch mit dem Thema „Die Medien – das letzte Tabu der offenen Gesellschaft“ gelang es dem Studienzentrum Weikersheim, über 600 interessierte Zuhörer und etwa 50 Journalisten im Rittersaal des dortigen Schlosses zusammenzuführen. Sogar eine öffentlich-rechtliche Kamera sah man erstmals dort ihren Dienst verrichten.

Zweifelslos galt ihr Hauptaugenmerk dem schon in vielen Medien vorgestellten oder gar herausgestellten US-Professor Neil Postman, der mit seiner griffigen These „Wir amüsieren uns zu Tode“ einen Siegeszug durch die Medienwelt angetreten konnte; und nicht nur das: Er kommt damit wirklich in der Welt herum, während 70 Prozent seiner armen Landsleute Abend für Abend nur in die Röhre gucken sollen. Das heißt, sie sollen es eben nicht.

Denn an die Stelle der Erkenntnis tritt in den USA, so Postman, das „Zerstreuungsgeschäft“. Und was sei die Folge? „Ein rapider Verfall der menschlichen Urteilskraft“. Da hätte freilich ein gewisser Immanuel Kant aus Kaliningrad, natürlich a priori, ganz vergebens gewartet. Aber Kant verstand es ja leider nie, die Massen zu ergreifen. Das blieb dafür dem Prometheus aus Trier vorbehalten, dessen Irrlichter sogar in jenen Nachkommen weiterflackern, die sich heute wie Prof. Postman ziemlich selbstherrlich als „echte Konservative“ vorstellen. Ronald Reagan hingegen ist nach dieser von dem Fernsehteam viel beachteten Meinung „ein unangenehmer und sogar abscheulicher Typ von Radikalen, weil er die Redeweise der konservativen Philosophie benutzt und dadurch dem Konservatismus einen schlechten Ruf verschafft“.

Postmans einziger Popanz: der Fernseh-Kommerz

Das Schreckgespenst, das seit Karl Marx nicht mehr nur in Europa umgeht, hat bei Postman eine neue, endlich „konservative“ Konkretisierung erfahren: Es ist das kommerzielle Fernsehen. Logisch, daß von der Stargast aus Amerika mit charmanterm Lächeln rät, „nicht gegen staatlich kontrollierte Programme zu sein“. In seiner Heimat, so behauptet er, betont das Fernsehen stets die visuelle Bildgestaltung; die gezielte Informationsvermittlung, jeglichen Hintergrundes, jeglichen Zusammenhangs, jeglicher Erläuterung. Darin ist zu erkennen, daß der irreal existierende Sozialismus den Amerikanern tatsächlich eine ganze

Epoche voraus ist. Denn unsere Landsleute hinter den vielen Mauern und Wachtürmen müssen unter diesem Manko nicht leiden, sie haben ihren Chefkommentator Karl Eduard von Schitzler, der ihnen allwöchentlich erzählt, was die Welt im Außenstehen zusammenhält.

Viel zu ernst, viel zu bürgerlich anständig versuchten anschließend Prof. Steinbuch und Frau Prof. Noelle-Neumann, den mit Halbwahrheiten und skurrilen Bewertungen gespickten Eröffnungsbrei des neomarxistischen Referenten Postman auszulöffeln. Die angemessene und brillante Form, die vom Publikum mit viel Beifall quittiert wurde, fand Enno von Loewenstern. Er verpflichtete nicht nur sarkastisch die mangelnde Urteilskraft des Eröffnungredners, sondern hielt auch den verträumten Bürger zum samt seinen Repräsentanten einen Spiegel vor, der sich gewaschen hatte.

Ein Beispiel großbürgerlicher Scharfsinns, meinte von Loewenstern, lieferte der Bundespräsident in seiner Antrittsrede. Er mokierte sich über die „neuen Medien“ und ihr „neues Heil“ und sorgte sich um eine „Denver Clan-Koexistenz“, es sei jedoch nicht schwer wahrzunehmen, daß die „alten“ öffentlich-rechtlichen Anstalten diese Serien ausstrahlten.

Vor allem prangerte von Loewenstern die „tendenziöse Aufwindung des Programms“ an, die besonders den Jugendlichen einzuordnen versuche: „Du hast keine Zukunft, also mach sie dir kaputt, denn erstens werden die jungen Menschen ohnehin am Atomkrieg sterben und zweitens an der Atomkraftwerken und drittens an der chemischen Vergiftung und viertens an Arbeitslosigkeit, falls sie aber, fünftens, Arbeit kriegen sollten, so wäre dieselbe nichts als sinnleere Maloch und obendrein, sechstens, unterbezahlte Ausbeutung, weshalb sie, siebentens, um bessere Bezahlung kämpfen müßten, aber, achtern, von dieser besseren Beziehung keinen Anspruch machen dürften, denn das wäre Unterwerfung unter den Konsumzwang“.

Mit auf dem Podium saßen die Mitverantwortlichen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nämlich der Fernsehredirektor des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Boelte, der Leiter der Hauptabteilung Programmplanung des ZDF, Dr. Konrad, und Dr. Freiherr von Roeder, ebenfalls vom ZDF. Jeder kann sich vorstellen, daß diese Herren solche Polemik am wenigsten schmeckte. Durchsichtig in seiner Art, der großen Menschlichkeit vor dem Versuch der unhöflichen Beantwortung der Monopolstellung ihrer Sendeanstalten zu verteidigen, bei der sie ihren Ärger über die sehr konkreten Vorschläge Enno von Loewensterns,

den Wettbewerb wie auf dem Buch- oder Zeitschriftenmarkt auch für die elektronischen Medien zu organisieren, nicht verbergen konnten.

Am zweiten Tag sprach Christa Meves über die „doppelte Moral“ des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. Auf der einen Seite würden die Anstalten allen möglichen gesellschaftlichen Gruppen Intoleranz vor, seien aber andererseits nicht bereit, die von Frau Noelle-Neumann beklagte „blockierte Kommunikation“ zugunsten eines Meinungsppluralismus aufzugeben. Statt dessen predige das Fernsehen eine „neue Moral“, die auf die „totale Emanzipation“ des Menschen abziele, in Wirklichkeit aber den Menschen zerstöre.

Brauchen wir eine Ethik speziell für die Medien?

Frau Meves wies besonders auf die zersetzende Darstellung des Ehe- und Familienlebens im Fernsehen hin: Abtreibung, Scheidung und wilde Ehe wird den Zuschauern als gesellschaftsfähig verkauft. Mehr noch: Wie könnten sich manche Sender mit dem Prädikat „öffentlich-rechtlich“ schmücken und es sich dabei erlauben, „ständig auf dem Rechtsstaat rumzutampeln“. Sie forderte die Rundfunkgewaltigen dazu auf, nicht länger ihren Einfluß auf Politik und Gesellschaft zu bagatellisieren, sondern ihn verantwortlich auszuüben. Dazu gehöre ein „moralisches Umdenken“. Es fehle an Sendungen, die zeigten, daß Hingabe an andere nicht Dummheit, sondern Glück bedeute, daß Liebe mehr sei als nur ein sentimentales Fühlen – der Wille nämlich, dem Partner zu dienen.

Prof. Otto Roegel von der Universität München betonte anschließend die Notwendigkeit einer journalistischen Ethik, die den Redaktoren in die Pflicht nehme. Renate Köcher (Al-Zeitungs) schließlich legte die Ergebnisse einer Untersuchung vor, die geeignet waren, die Wogen ein wenig zu glätten. Denn danach sagten englische Journalisten weit häufiger als deutsche: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Im allgemeinen werde in der Bundesrepublik das Recht auf Persönlichkeitsschutz von den Medien geschildert. Freilich, immer wieder gebe es einzelne Fälle, in denen dieses Recht in unfaßbarer Weise gegen das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit ausgetauscht werde.

Noch manches andere wurde im Laufe der zwei Weikersheimer Tage zur Sprache gebracht. Viele Vorschläge gingen unter im Lärm der Debatte. Aber viele Teilnehmer hielten diesen Medienkongreß dennoch für den interessantesten seit langem.

SIEGMAR FAUST

Dionysos-Kult: Dortmund spielt Karol Szymanowskis Oper „König Roger“

Das klare Herz der Sonne opfern

Karol Szymanowskis Oper „König Roger“ gehört zu den großen Leistungen der Musikgeschichte. Man weiß: Szymanowski ist ein hervorragender Komponist, hat in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts Musik geschrieben, die der von Strauss und Schreker an die Seite gestellt werden kann. Man weiß auch: Diese Geschichte um den normannischen König Roger II., der im 12. Jahrhundert über beide Stidien herrschte, ist ein faszinierender Stoff aus einem in tiefe Vergangenheit verankerten Kapitel europäischer Geschichte. Er wollte eine Verbindung von antiken Mythen und christlichem Glauben stiften, den ungeheuren kulturellen Bruch, den die Ausbreitung des Christentums für Europa bedeutet hatte, wieder heilen: ein Renaissanceemensch im Mittelalter. Es war eine Zeit der künstlerischen Fruchtbarkeit Dekadenz. Eben dieser Aspekt war es, der Szymanowski am meisten interessierte.

Die Handlung der Oper: Am christlichen Hof Rogers taucht ein heidnisch predigender Hirt auf, der die

Menschen für sich gewinnt durch den seltsamen Glanz, der von ihm ausgeht. Auch die Königin Rokana verfällt ihm. Als der König ihn vor ein nächliches Gericht zitiert, erlegt selbst er dem seltsamen Wesen des vermeintlichen Hirtens – denn dieser ist niemand anders als der antike Gott Dionysos. Das Werk endet damit, daß das Königspaar dem Dionysos opfert und Roger stirbt. Aus der Tiefe der Einsamkeit, aus dem Abgrund meiner Macht reißt die klare Herz und opfert es der Sonne.

Das ist starker Tobak. Soviel Symbolismus, soviel Mythos-Begierde, soviel Unchristlichkeit waren selbst in den 1920er Jahren suspekt. Der Uraufführung 1924 in Warschau folgten zwar eine Reihe von Einstudierungen, so die Deutsche Erstaufführung zwei Jahre später in Duisburg, aber auf Dauer konnte sich das Werk nur in Polen halten. Kaum jemals hatte man die Gelegenheit, Szymanowskis Hauptwerk hierzulande zu hören.

Aus Polen hat nun auch das Dortmunder Theater seine Einstudierung

des „König Roger“ bezogen: Es handelt sich um die Ausstattung, ja, die gesamte Inszenierung des Warschauer Teatr Wielki, und die ist gezeichnet von etwas naiven Symbolismus-Pomp altmodischer Opernregie.

Eine bessere Idee hingegen war es, auch den Dirigenten aus Polen einzuladen, nämlich den ausgesprochen Szymanowski-Kenner Robert Satajowski, der an der musikalischen Seite der Dortmunder Unternehmung keinen Wunsch offen läßt. Szymanowskis verklärte Musik, dieses in pure Feuer der Ekstase, die altertümlichen Harmonien und chromatischen Klangfarbentöne: Sie machen die Aufführung für den, der hören kann, zum Genuß.

Auch die einstudierten Sänger, Peter Kovacs als Roger, Wakob Shikada als Rokana und Raimo Sildä als Dionysos in den Hauptpartien, lassen das Plädoyer für Szymanowskis „Kral Roger“ eindrucksvoll gelingen. Ob es diesmal nutzen wird?

EUGEN RICHTER

Weitere Aufführungen: 1., 4. und 11. Juli; Karteninformation: 0231/5421

Im Zeichen des Markus-Löwen: Yehudi Menuhin hat die diesjährigen Festspiele von Echternach eröffnet

Mit Bonifatius und Beethoven in der Basilika

Der Beginn der diesjährigen Festspiele in Echternach (Luxemburg) wurde zu einer verspäteten Geburtstagsfeier und zu einem Triumph für den 70jährigen Yehudi Menuhin, der mit seinem Sohn Jeremy in der Willibrodus-Basilika mit drei Duosonaten von Beethoven das Festival eröffnete. Mit Bedacht hatte er die drei Stücke ausgewählt: die G-Dur-Sonate, op. 96, Nr. 10, die c-Moll-Sonate, op. 80, Nr. 2, und die „Kreutzer-Sonate“ (A-Dur, op. 47). Wer sich als Festival-Ouverture in dem gewaltigen Kirchenraum vielleicht lieber ein „richtiges“ Konzert gewünscht hätte, wurde rasch zufriedengestellt. Die beiden Solisten nahmen mit Verve den Komponisten beim Wort, der erklärtermaßen die „Kreutzer-Sonate“ in einem sehr konzertanten Stil, „comme d'un concerto“, geschrieben hat.

Die überfüllte Basilika erlebte in der Tat ein (quasi) Doppelkonzert ohne Orchester und feierte Menuhin mit Ovationen, die sich kaum beruhigt,

wiederholen sollten, als ihm der „Echternacher Löwe“ verliehen wurde. Dieser „Löwe“ ist eine tellergroße Plakette mit einem Relief, das offensichtlich dem Markus-Löwen eines Echternacher Evangelars aus dem 8. Jahrhundert nachgebildet ist. Das Evangeliar selbst zählt zu den schönsten Schöpfungen der vorkarolingischen Buchkunst. Damit ist ein Stichwort gefallen, das für diese Festspiele von Bedeutung ist. Denn Festspiele entstehen ja nicht von ungefähr. Man muß schon etwas bieten, worauf sie sich gründen: Humus, Hintergrund, Rahmen und Resonanz. Echternach besitzt das alles. Das 400-Einwohner-Städtchen an der Sauer ist aus altem, kulturträchtigem Boden erwachsen, im Schatten der Abtei des hl. Willibrod (der 739 hier starb), die zu den frühen Pflanzstätten der abendländischen Kultur gehört.

Die Echternacher Buchmalerei ließ zeitweise alle anderen Skriptorien wie Fulda, Köln, Salzburg, selbst die Rei-



Von oben herab: Christian Stahr in Rosendorfer „Oh Tyrol oder Der Letzte auf der Erde“, das in Stuttgart uraufgeführt wurde. FOTO: LAUBACHER

Neuer Shakespeare und Rosendorfer in Stuttgart

Rechnung mit dem Wirt

Die Situation scheint gar nicht so abwegig. Da lugern in einer heruntergekommenen Kneipe ein paar Schauspieler herum. Sie saufen, schlagen sich zum Spaß der anderen auch mal den Bauch voll und verzichten zwischendurch auch nicht auf die Liebesdienste einer allzeit bereiten Dame – und haben am Ende keinen einzigen Penny in der Tasche. Schließlich hat der Zensor das gemeinsame verfaßte Stück verboten.

Wie sollen sie da aus notwendigen Kleingeld kommen, wenn sie es nicht aufbringen dürfen? Sie sind praktisch arbeitslos. Guter Rat ist teuer. Doch die fünf haben die Rechnung gottlob nicht ohne den Wirt gemacht. Denn der hat an diesem Morgen irgendwann im London zu Beginn der 90er Jahre des 16. Jahrhunderts zu tief ins Glas geschaut und dort offenbar seine plötzliche Liebe zur Schauspielkunst entdeckt: Er will das zensierte „Buch von Sir Thomas More“ endlich kennen lernen, selbst wenn die anderen dabei Kopf und Kragen riskieren. Das Lokal wird zur Bühne des eigenen Lebens. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit findet eine Aufführung statt, an der sich alle beteiligen – auch der schmähliche Nobody, der auf den wohlklingenden Namen William Shakespeare hört.

Das „Buch“, so unwahrscheinlich das auch klingt, gibt es tatsächlich. Und es hat – eine Gemeinschaftsarbeit von Shakespeare, Henry Chettle, Thomas Heywood, Thomas Dekker und Anthony Munday – unbeschadet selbst die bösesten Zeiten überstanden: wohlverwahrt in den Archiven des britischen Zensors. Erst 1964 wurde es zum 400. Geburtstag Shakespeares uraufgeführt: ein chronicle play, das seine Aktualität nie verloren hat. Auch heute ist das legendäre Eiland „Utopia“, das der Kanzler seiner Majestät einst in seinem Buch beschrieb, noch unentdeckt.

Die deutschsprachige Erstaufführung, von Géza Révay (Übersetzung, Bearbeitung) und Edith Körber (Inszenierung, Bühnenbild) für das Stuttgarter Theater „tri-bühne“ besorgt, befriedigt also nicht allein einen literarischen Nachholbedarf in Sachen Shakespeare (dessen Autorenschaft nicht über jeden Zweifel erhaben ist). Sie macht uns auch mit einem Mann bekannt, dessen utopische Vorstellungen eben nicht in einem luftleeren Raum beheimatet sind, sondern auf den blutigen Alltagserfahrungen unter Heinrich VIII.

Weitere Aufführungen: (tri-bühne): 12., 13., 14., 15. und 16. Juni; Kartenbestellungen: 0711/256277. Die nächsten Vorstellungen im Theater der Altstadt: 20. und 21. Juni; Karten: 0711/244342.

füßen. Indem sie die Umstände der Entstehung gleichsam nachvollziehen und das „Buch“ aus der Mitte einer sinnstiftenden Gemeinschaft heraus entwickelt, erwirtschaftet sie sich eine Fülle von Beobachtungen und eine Buntheit, die jede lehrhafte Langeweile verhindert. Mehr kann man von einem Theater wie der „tri-bühne“ nicht verlangen.

Ähnlich die Perspektive bei einer Uraufführung im Stuttgarter Theater der Altstadt. Aber die Landschaft, die Herbert Rosendorfer aus der Vogelschau heraus beschreibt, hat mit der Realität, wie sie Shakespeare schildert, ohnehin nicht so viel im Sinn. Das arme Land Tirol, in dem man aus Mangel an Abwechslung an langen Winterabenden die Unzucht pflegt, erscheint in seinem Theatermonolog „Oh Tyrol“ auf Außenlichkeiten reduziert.

Sobald sich der Vorhang öffnet, sieht man Simeon Zingerle, den letzten Styliken in der gefürsteten Grafschaft, nach Verichtung seiner Notdurft zweieinhalb Stunden lang auf seiner Stühle hocken – 44 Meter über dem Erdboden, wie der schwatzhafte Säulenheilige uns immer wieder versichert: kein Wunder, wenn einem die Sicht da manchmal etwas einseitig vorkommt. Über den Wipfel ist zwar keine Ruh, bisweilen tobt der Sturm gar furchtlich über die Minibühne, aber es geschieht auch nicht so viel, daß man als Zuschauer gleich den Kopf verliert. Christian Stahr macht aus dem Balance-Akt auf dem Säulenstumpf ein schwindelfreies Bravourstück, das einen den Abend lang bestens amüsiert – auch wenn den Witz zwischen ein langer Bart gewachsen ist. Unter der Spielleitung von Michael Holz kommt Christian Stahr gehörig ins Schwitzen, schließlich ist ein Mann seines Kalibers vor keiner Versuchung sicher. Doch er wandelt am Ende so zuversichtlich auf den Wogen der Stille, daß ihm auch als Darsteller keinen Augenblick lang wirklich Gefahr droht.

Eine Aufführung, so gehenswert wie die andere. Es muß nicht immer ein Staatstheater sein, das Uraufführungen beweist. Kleine Bühnen machen manches besser.

HARTMUT REGITZ

3SAT

JOURNAL

Dreißig Stunden „Rock am Ring“

dpa, Nürburgring
Das nach Veranstalterangaben größte diesjährige Open-Air-Festival in Europa geht am Wochenende am Nürburgring über die Bühne: 30 Stunden Rockmusik mit 17 Bands sind am 14. und 15. Juni bei „Rock am Ring“ zu hören. Stars des zweitägigen Festivals sind die „Simple Minds“ aus Großbritannien und James Taylor aus den USA. Zu den bekannten Bands gehören die Frauengruppe „Bangles“ (USA), Chris Rea, „The Cure“, „Talk Talk“, Feargal Sharkey (alle Großbritannien) und „Cock Robin“ (USA). Die Farben der bundesrepublikanischen Rockmusik vertreten Herwig Mitteregger und „Fritz Brause“.

Die Skulptur zur Zeit Donatellos

J. V. Florenz
Nach der umfassenden Donatello-Ausstellung zum Donatello-Jahr 1966 in Florenz (vgl. WELT v. 15. 1.) ist nun im Fort Belvedere vom 15. Juni bis 8. September die Ausstellung „Die Skulptur zur Zeit Donatellos“ zu sehen. Gezeigt werden 90 Beispiele aus der Werkstatt Donatellos, von seinen Vorgängern, Zeitgenossen oder Nachfahren aus amerikanischen Museen. Dazu gehören u. a. Künstler wie della Robbia und Alberto Guerra. Die Ausstellung, die bereits im „Institute of Arts“, Detroit, und im „Kimble Art Museum“, Fort Worth/Texas, zu sehen war, wird durch originale Arbeiten Donatellos aus Florentiner Besitz angereichert.

Claudel im Mittelpunkt des Chaillot-Theaters

AFP, Paris
Im Mittelpunkt der Spielsaison 86/87 des „Théâtre National de Chaillot“ in Paris wird Paul Claudels Stück „Der Tausch“ stehen. Die Inszenierung besorgt Theaterdirektor Antoine Vitez. Bühnenbild und Kostüme entwirft Jannis Kokkos. Ein weiteres Claudel-Stück, „Der seidene Schuh“, bereitet Vitez für die Festspiele von Avignon im Juli 1987 vor. Im Anschluß daran wird es in Paris aufgeführt. Auf dem Spielplan stehen außerdem Stücke von Beaumarchais, Racine, Shakespeare und Labiche sowie „Hair“ und „Amadeus“ mit der Ballett-Truppe der Amerikanerin Twyla Tharp.

Nachwuchskünstler bei Brenner's Musiktagen

DW, Baden-Baden
Jung, aber schon vielfach ausgezeichnet sind die Nachwuchskünstler, die während Brenner's Musiktagen 1986 auftreten. Das Grunburg-Trio, Julius Berger (Violoncello), Margarita Höhnrieder (Klavier) und das Mannheimer Streichquartett bringen vom 26. bis 29. Juni Werke von Haydn, Henssberg, Smetana, Beethoven, Brahms, Rachmaninoff und Schubert.

Benefiz-Konzert für Flüchtlinge

AFP, Genf
Ein klassisches Benefiz-Konzert veranstaltet das UNO-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) am 30. 9. in Genf. Als Solisten treten Julian Bream, Gidon Kremer, Susan Dunn, Anne-Sophie Mutter, Jean-Pierre Marais und Isaac Stern auf. Des Symphonische Orchester von Chicago unter der Leitung Sir Georg Solti sowie das Duo Wladimir Askenazy/Lynn Harrel werden sich über eine Direktionsschaltung aus Chicago und London an der Veranstaltung beteiligen. Ebenfalls direkt übertragen wird ein Auftritt des Philharmonischen Orchesters, New York, unter der Leitung Zubin Mehta (Solisten: Itzhak Perlman, Marta Argerich, Yehudi Menuhin, Simon Estes und Kiri Te Kanawa).

Peymann verabschiedet sich mit Rekorden

dpa, Bochum
Claus Peymann, künftiger Chef des Wiener Burgtheaters, und sein Ensemble verabschieden sich aus Bochum mit Rekorden. Die siebente und letzte Spielzeit des Bochumer Ensembles war die beste seit 1969. Die durchschnittliche Platzausnutzung im Schauspielhaus lag bei 87,43 Prozent.

„Tosca“ oder Die Ewige Stadt in der NS-Zeit

dpa, Florenz
Der Stadtrat von Florenz soll darüber diskutieren, ob es zulässig ist, die Handlung von Giacomo Puccinis Oper „Tosca“ aus dem päpstlichen Rom des 19. Jahrhunderts in die Zeit der nationalsozialistischen Besetzung der Ewigen Stadt während des Zweiten Weltkriegs zu verlegen. Eine entsprechende Debatte beantragten die Christdemokraten im Stadtparlament, in dem der Sozialist Massimo Bogianckino, früherer Chef der Pariser Oper, Bürgermeister ist. Was am 21. Juni Premiere haben soll, nämlich „Tosca“ in der NS-Zeit spielen zu lassen, ist nichts Neues. Es war kürzlich erst am Essener Theater zu besichtigen.

EO PLUNJEN



Maler und Schreiber bei der Arbeit: Miniatur aus dem „Echternacher Parikopenbuch“ (11. Jh.). FOTO: DIE WELT

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte informieren Sie mich über die wertvollen Prämien,
die ich erhalte, wenn ich für die WELT neue Abonnenten gewinne.

Name: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Vorw./Tel.: _____

01-944